

17/X. 1916

17
6

* **Die Reduzierung der Beleuchtung.** Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Minister des Innern in absoluter Unkenntnis der Technik über die Gaslieferung von der Direktion der Gaswerke die Reduzierung des Gasverbrauchs in den Privatwohnungen fordert. Die Direktion erklärte wohl, daß dies unmöglich sei, weil eine Kontrolle ausgeschlossen erscheint, der Minister kommt aber, wenn es sich um die Forderung von Unmöglichkeiten handelt, nicht in Verlegenheit und machte den Vorschlag, die Hauptgasleitungen in gewissen Tages- oder Nachtstunden abzusperren. Der Minister des Innern propagierte diese geniale Idee auch in Abgeordnetenkreisen, die sie weiter kolportierten, und die Folge der Propaganda des Ministers war, daß sich furchtsame Leute auf das Petroleum stürzten und wo sie solches nur erreichen konnten, zu jedem Preise aufkauften. Dem Minister ist es somit gelungen, eine Petroleumhauffe zu erzeugen, aus seiner Lieblingsidee aber, den Privatverbrauch von Gas einzuschränken, wird wohl schwerlich etwas werden. Wir haben nämlich an den Generaldirektor der Gaswerke Dr. Franz Rippl die Frage gerichtet, ob die Abspernung der Gasleitung möglich ist. Der Generaldirektor war so liebenswürdig, uns dahin aufzuklären, daß dieser Wunsch des Ministers des Innern unerfüllbar sei, weil die Gasleitung anders konstruiert sei, als die elektrische Leitung, die auch auf kurze Strecken ausgeschaltet werden kann. Die Abspernung der Gasleitung sei nur auf großen Territorien möglich, in welche auch solche Betriebe fallen, die nur mit direkter, verhängnisvoller Schädigung auch solcher industrieller Betriebe verbunden wäre, die eine direkte Verletzung der Heeresinteressen involvirt. Nun kann der Minister des Innern neuerdings auf die Suche gehen, um einen Vorwand zu finden, sein Stedenpferd: die Gasreduktion, reiten zu können, die Petroleumhauffe aber dürfte nach diesen Aufklärungen wieder abflauen.

19./IX. 1916

7

Städtische Kriegsauslagen.**Mehrerfordernis von 3,650,000 Kronen.**

Die „Rathauskorrespondenz“ meldet: In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete Vizebürgermeister Hof über Mehrausgaben aus Anlaß des Krieges im Verwaltungsjahre 1915/16. Veranschlagt waren 1,600,000 K., die Mehrauslagen betragen 3,650,000 K. Dieses bedeutende Mehrerfordernis ist damit begründet, daß bei der Aufstellung des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1915/16 nicht mit einem vollen Kriegsjahr gerechnet wurde, ferner mit den steigenden Preisen und schließlich mit dem Umstande, daß Auslagen notwendig waren, die bei Aufstellung des Voranschlages noch nicht vorausgesehen werden konnten. Das Mehrerfordernis für sanitäre Vorkehrungen betrug 1,350,000 K., hauptsächlich infolge größeren Ueberbelages im Jubiläumshospital, höherer Verpflegskosten in den Barackenhospitälern, an restlosen Baukosten der Baracken u.

Für die Approvisionierung (mit Ausschluß des Lebensmitteleinkaufes) ergaben sich nicht vorhergesehene Auslagen von rund 2,570,000 K., hauptsächlich durch die Notwendigkeit, die Brot- und Mehlkommissionen aufrechtzuerhalten, durch die Errichtung einer Kartoffeltrockenanlage, durch die Anlage von Kartoffelmieten, durch den Gemüseanbau in den städtischen Anlagen und durch Schulkinder. Nach Abzug der Minderausgaben und des durch Mehreinnahmen gedeckten Betrages ergibt sich das obige Mehrerfordernis von rund 3,650,000 K. Der Bericht wird zur nachträglichen Genehmigung dem Gemeinderat vorgelegt werden.

20. IX. 1916

M

Hauptversammlung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs. Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs hält am 28. d. um 4 Uhr nachmittags im Gemeinderatssaale des Wiener Rathhauses seine Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: Begrüßung durch den Bundesobmann Bürgermeister Dr. A.

Wetzstirchner. Bericht über die Tätigkeit des Bundes und über die Kriegsarbeit der deutsch österreichischen Städte und Märkte; erstattet vom Obmann der Geschäftsleitung Abg. E. Kraft. Kassenbericht; erstattet vom Kassenverwalter Abg. Kommerzialrat August Denk. Bericht der Kassenprüfer. Neuwahlen. Die Autonomie der Städte. Bericht erstatter Bgm. Dr. E. Storch, Komotau. Der derzeitige Stand der Ernährungsfragen. Berichterstatter Reichsratsabgeordneter Dr. A. Freißler. Der Ausgleich mit Ungarn. Berichterstatter Bundesausschuß L. Kunjach. Zufällige Anträge und Anfragen.

Mitarbeit der Opposition im Stadtrat.

Der Krieg hat den Frieden in die Ratsstube gebracht. Die Majorität hat die Forderung der Minorität auf Vertretung im Stadtrat als berechtigt anerkannt, und der Bürgerklub hat in seiner überwiegenden Mehrheit beschlossen, der Opposition drei Stadtratsmandate — und zwar zwei der deutschfortschrittlichen und eines der sozialdemokratischen Partei — zu überlassen. Damit wird auch der Wechsel eingelöst, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner anlässlich seiner Beerdigung als Bürgermeister ausgestellt hat. In seiner Antrittsrede hat Dr. Weiskirchner versichert, daß es seine vornehmste Aufgabe sein werde, das Zusammenarbeiten aller Gemeinderäte ohne Unterschied der Parteistellung herbeizuführen, die sich auch tatsächlich auf der Basis der gemeinschaftlichen Arbeit für die Stadt gefunden haben. Die Obmännerkonferenz, die seit Beginn des Krieges inskaliert ist, hat sich bewährt, was ja schon aus dem Umstand hervorgeht, daß fast sämtliche Beschlüsse mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt wurden. Der Bürgerklub hat eine in den Körperschaften aller Länder geübte parlamentarische Pflicht erfüllt, indem er nun — nach zwanzigjähriger Pause — der Opposition das ihr zustehende Recht der Teilnahme am Stadtrat zubilligte. Die Gemeinde hat in der Zukunft die größten Aufgaben zu lösen. Nur positive Arbeit aller, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, wird es möglich machen, daß die durch den Krieg verursachten Schäden wieder gutgemacht werden. Die Personenfrage zu erörtern ist gegenwärtig nicht am Platz. Der fortschrittliche Parteiverband tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, um über die Frage, wer als Vertrauensmann der Partei in den Stadtrat eintritt, schlüssig zu werden. In der Opposition sitzt eine Reihe sehr tüchtiger und geachteter Männer, die im Stadtrat gewiß ihren Platz ganz und voll ausfüllen werden.

Die „Rathauskorrespondenz“ meldet:

In der gestrigen Sitzung des Bürgerklubs wurde noch einem Antrag des Obmannes Oberkurator Leopold Steiner und nach eingehender mehrstündiger Debatte mit allen gegen fünf Stimmen

Beschlossen, die Zahl der Stadtratsmandate von 27 auf 30 zu erhöhen und drei Stadtratsmandate der Opposition zur Teilnahme an den Beratungen des Stadtrates anzubieten, und zwar ein Mandat der sozialdemokratischen Gruppe und zwei Mandate der deutschfreiheitlichen Partei. Gestern fand im Bureau des Bürgermeisters eine Besprechung statt, in welcher Oberkurator Leopold Steiner den Obmännern der oppositionellen Gruppen, den Gemeinderäten Dr. Hein und Neumann, diesen Beschluß des Bürgerklubs mitteilte. Die Vertreter der Opposition nahmen die Mitteilung zur Kenntnis und wird bereits diesen Freitag eine Plenarsitzung des Gemeinderates stattfinden, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Vermehrung der Stadtratsmandate berichten wird.

Die Opposition im Wiener Stadtrat.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Giller, Gemeinderat der Stadt Wien.

Noch vor Ablauf dieses Monats soll im Plenum des Wiener Gemeinderates Stadtratswahl stattfinden. Nach mehr als zwanzigjähriger Pause soll nunmehr auch die Opposition im Stadtrat wieder Sitz und Stimme erhalten — und zwar ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses.

Ein vieljähriger erbitterter Kampf hat vorläufig ein Ende gefunden; noch sind alle Forderungen der Opposition nicht erfüllt, aber einer der wichtigsten Streitpunkte im kommunalen Vertretungskörper ist entfernt, und für sachliche Arbeit, ohne allzuviel politische Zutaten, wie sie einer wirtschaftlichen Körperschaft, wie es der Gemeinderat ist, am besten tangen sollte, scheint die Möglichkeit einer freien Bahn gegeben.

Nicht im politischen Kampf wurde dieses selbstverständliche Recht der Opposition, auch als Minorität im wichtigsten Ausschuss des Gemeinderates vertreten zu sein, erstritten. Die Kriegsnot, die schwere Zeit, hat das Recht der Opposition als notwendig und unabweislich erwiesen. Nicht zum mindesten auch die Pflichttreue und der Gemein Sinn, den die Opposition im Gemeinderat und ihre Vertreter in der Obmännerkonferenz durch mehr als zwei schwere Kriegsjahre bezeugt haben, und die auch jederzeit von der Majorität anerkannt werden mußte. Und deswegen braucht die Opposition ob ihres Rechtsnieges nicht zu triumphieren, wie etwa über einen politischen Sieg, sie kann aber mehr, weit mehr, sie darf stolz sein ob ihres durch rastlose, sachliche Arbeit und ehrlichste Pflichterfüllung errungenen Erfolges, sie darf stolz sein, daß man ihr freiwillig geben mußte, was der Kampf ihr versagte. Die Opposition hat im Krieg an Achtung und Ansehen gewonnen, nicht durch Wahlsiege, nein, durch etwas weit Höheres, durch Anerkennung der Arbeit ihrer Mitglieder.

Wir sind von Feinden rings umgeben. Alle Völker Oesterreichs haben sich geeint und die zwingende Notwendigkeit des Waltens vereinter Kräfte erkannt. Alle, tiefgehende Feindschaften mußten verstummen; nun hat auch der Wiener Gemeinderat, wenn auch spät, so doch nicht zu spät, der großen Erkenntnis Raum gegeben: Im Kriege gegen so viele Feinde, im Kampfe um Leben und Tod darf das Vaterland keine Parteien unterscheiden. Die Gutgesinnten aller Parteien müssen sich finden. Vielleicht wirkt dann auch einmal das im Krieg Erlernte im Frieden noch nach.

Die Lösung der Frage der Vertretung der Opposition im Stadtrat hing, wie allgemein bekannt, auch mit der Judenfrage zusammen. Sie ist nunmehr für den Stadtrat wohl erledigt. Jetzt ist nicht die Zeit für Retrimationen und Erinnerungen, und die Geschehnisse der Gegenwart sprechen von selbst Kritik über die Unterlassungen der Vergangenheit.

Die Opposition aber wird weiter arbeiten wie bisher mit allen andern gemeinsam für das gemeinsame Wohl der Stadt, für kraftvolles Zusammenhalten zur Erhaltung ihrer Autonomie, für kraftvolles Durchhalten bis zum Endsieg gegen die Feinde unseres Landes. Die Männer der Opposition aber werden auch weiterhin vor allem Oesterreicher und Wiener und erst in zweiter Linie Oppositionelle sein.

20. IX. 1916

14

Drei Stadträte mehr!

Die Mandate werden der Opposition eingeräumt.

Aus dem Rathause wird gemeldet:

In der gestrigen Sitzung des Bürgerklubs wurde nach einem Antrag seines Obmannes Leopold Steiner und nach eingehender mehrstündiger Debatte mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, die Zahl der Stadtratsmandate von 27 auf 30 zu erhöhen und drei Stadtratsmandate der Opposition zur Anteilnahme an den Beratungen des Stadtrates anzubieten, und zwar ein Mandat der sozialdemokratischen Gruppe und zwei Mandate der deutschfreiheitlichen Partei. Heute fand beim Bürgermeister eine Besprechung statt, in welcher Leopold Steiner den Obmännern der oppositionellen Gruppen, den Gemeinderäten Dr. Hein und Reumann, diesen Beschluß des Bürgerklubs mitteilte. Die Vertreter der Opposition nahmen die Mitteilung zur Kenntnis. Am Freitag wird eine Plenarsitzung des Gemeinderates stattfinden, in der der Bürgermeister über die Vermehrung der Stadtratsmandate berichten wird.

Dieser Beschluß des christlichsozialen Bürgerklubs hat bereits seine lange Vorgeschichte. Seitdem die christlichsoziale Mehrheit im Wiener Rathause herrscht, hat die Opposition eine Vertretung in dem Stadtrat, der ja tatsächlich alle Geschäfte führt, als ihr gutes Recht in Anspruch genommen. Es wurde ihr versagt, und zwar in unruhmlischer Weise, weil die Christlichsozialen, solange sie in der Minderheit waren, das Recht der Opposition auf Vertretung im Stadtrat stets selber verlangt und dann, auf dem Gipfel der Macht angekommen, wieder verleugnet haben. Es hat also nahezu zwanzig Jahre und außerdem diesen Weltkrieg bedurft, um sie zu ihrer Jugendhaltung zurückzubelehren.

Die Gründe, warum sie jetzt den Standpunkt schroffet Ablehnung aufgegeben haben, sind mancherlei. Während des Krieges hat der Bürgermeister eine Art freier Zwischeninstanz in der Konferenz der Obmänner aller Gemeinderatsparteien geschaffen und die wichtigsten Geschäfte der Stadt im Einvernehmen mit dieser Konferenz geführt, ein Schritt, der sicherlich zum Vorteil der Stadt und der Bürger ausschlug. So scheint man sich die Ueberzeugung verschafft zu haben, daß das Zusammenarbeiten gegnerischer Parteien in der Verwaltung keine Gefahr und kein Unbing ist, sondern eher eine Förderung und Verbesserung der Verwaltung mit sich bringt. Ähnlich haben ja auch die Proporzstädte das alte Vorurteil zerstört, daß die Verwaltung notwendig bloß einer Partei zukommen und allen anderen Gruppen die Kritik zufallen müsse — eine Kritik, der die sachlichen Voraussetzungen, die unmittelbare Anschauung und Teilnahme, künstlich entzogen sind und die daher für das Gemeinwesen selbst an Wert einbüßt.

Diese Zusammenarbeit bedeutet allerdings in einem gewissen Maße auch Mitverantwortung. Es scheint nun, daß angesichts der ungewissen Zukunft heute den Einsichtigeren aus dem Bürgerklub eine solche Teilnahme nicht unerwünscht ist.

Bei diesem Anlaß fällt allerdings der Widerspruch des Wiener Vertretungssystems wieder schmerzhaft auf. Die sozialdemokratische Partei, deren Stimmenzahl an die christlichsoziale Wählerzahl nahe herankommt, würde nach dem Vorschlag des Bürgerklubs von dreißig Stadtratsstellen eine einzige erhalten, die liberalen Parteien, die im ersten Wahlkörper zu Hause sind und bei den letzten Gemeinderatswahlen nur eine geringe Stimmenzahl erreicht haben, jedoch zwei, die Christlichsoziale Partei aber sieben und zwanzig! Begreiflicherweise kann sich die Arbeiterschaft Wiens mit einem solchen Vertretungssystem niemals anfühlen und niemals zufriedengeben. Auf keinen Fall kann dadurch den künftigen Forderungen und Bestrebungen präjudiziert oder irgend etwas vergeben werden.

Vermehrung der Stadtratsmandate.

Drei Sitze für die Opposition.

Ueberraschend schnell und schmerzlos, ohne lange Vorbesprechungen ist die seit Jahren schwebende Streitfrage der Zulassung von Mitgliedern der Opposition in den Wiener Stadtrat gelöst worden. Aus dem Rathause wird uns gemeldet, daß der Bürgerklub auf Antrag seines Obmannes Oberkurator Steiner die Vermehrung der Stadtratsmandate von 27 auf 30 beschloß und den oppositionellen Gruppen des Gemeinderates diese drei neuen Sitze angeboten hat; ein Mandat den Sozialdemokraten, zwei Mandate dem Deutschfreihheitlichen Verband. Der Beschluß erfolgte mit allen

gegen fünf Stimmen. Bei einer Besprechung im Arbeitszimmer des Bürgermeisters machte Oberkurator Steiner den Obmännern der oppositionellen Gruppen Doktor Hein und Reumann von dem Beschlusse des Bürgerklubs Mitteilung, die von den beiden Vertretern der Minderheit zur Kenntnis genommen wurde. Damit haben die Obmänner der Minderheitsgruppen das Anbot der Mehrheit grundsätzlich angenommen. Die Angelegenheit gelangt bereits in der nächsten Gemeinderatssitzung am Freitag, 22. September, zur Berichterstattung. Das Referat wird der Bürgermeister erstatten.

Die Forderung auf Vertretung im Stadtrate bildet ein altes Postulat der Opposition. Seit dem Tage, da die Wahlen für den Gemeinderat zum ersten Male eine christlich-soziale Mehrheit ergaben und dadurch die Parteiverhältnisse im Rathause eine grundsätzliche Umwandlung erfuhren, wurden in den Stadtrat ausschließlich Angehörige der Majorität entsendet. Der Verlust der Herrschaft war für die Liberalen mit der Ausschaltung aus dem Stadtrate gleichbedeutend, obgleich sie in den ersten Jahren des Regimes Zuegers noch über eine starke Minderheit im Gemeinderate verfügten. Die Fortschrittspartei und — nach der Einführung der allgemeinen Wählerklasse — die Sozialdemokraten erhoben immer wieder die Forderung auf eine ihrer Anhängerzahl entsprechende Anzahl von Stadratsitzen. Dieser Anspruch wurde in Versammlungen, im Gemeinderate, besonders zur Zeit von Wahlen, leidenschaftlich verfolgt und in allen Polemiken der oppositionellen Redner spielte der „Kampf um die Stadtratsmandate“ die Hauptrolle. Nun hat die Zeit des Bürgerfriedens, da der Parteienkampf ruht, lokalpolitische Fehden durch die alles beherrschenden Wirtschaftsfragen in den Hintergrund gedrängt wurden und Vertreter aller Parteien des Gemeinderates in der Obmännerkonferenz einträchtig zusammenwirken, auch das alte Problem der Minoritätenvertretung im Wiener Stadtrate der Lösung nahegebracht.

Der Entschluß der im Bürgerklub repräsentierten Gemeinderatsmehrheit beweist, daß sie die Mitarbeit der Opposition im Stadtrate für nützlich, notwendig und wertvoll erachtet. Der Opposition wird dadurch Gelegenheit geboten, bei allen im Stadium der Vorberatung befindlichen kommunalen Fragen mitzusprechen und ihre Anschauungen rechtzeitig zu verfechten. Durch diese Mitarbeit erlangt die Minorität auch die Möglichkeit, genaueren Einblick in die Geschäftsführung zu gewinnen, sich mit den einzelnen Agenden lebhafter zu befassen und vertraut zu machen. Sie kann nunmehr auch das oft betonte Recht der Ueberwachung ausüben — die alten Klagen von der „Kontrolllosigkeit des Stadtrates“, dessen Beratungen bekanntermaßen vertraulich sind, werden jetzt gegenstandslos.

Wie wir erfahren, sind dem Beschlusse des Bürgerklubs unverbindliche Konferenzen mit den führenden Persönlichkeiten der Minderheit vorausgegangen, in denen eine Uebereinstimmung erzielt wurde. Die Mehrheit hat die Ueberlassung von Stadratsitzen an die Opposition ohne Vorbehalte und Bedingungen, wie sie früher aufgestellt wurden, zugebilligt. Diese früheren Einschränkungen sind bekannt, mögen aber hier, angesichts der alle Teile befriedigenden Tatsache, unerörtert bleiben. Selbstverständlich kann der Gemeinderat vorerst lediglich über die Vermehrung der Stadtratsmandate schlüssig werden. Der grundsätzliche Beschluß hierüber macht eine Aenderung des Statuts notwendig, die der Genehmigung durch die Regierung bedarf. Erst wenn diese Formalität erfüllt ist, kann der Gemeinderat die Neuwahlen in den Stadtrat vornehmen. Gegenwärtig sind vier Stadtratsmandate durch das Ableben der bisherigen Träger unbesetzt; sie werden neuerdings an Mitglieder der Majorität vergeben werden. Für die drei neuen Mandate haben die Minoritätsgruppen ihre Kandidaten namhaft zu machen. Wie uns mitgeteilt wird, hat der

Fortschrittliche Verband über die Personalfrage noch nicht beraten.

Ueberlassung von drei Stadtratsmandaten an die Opposition.

Zwei Stadtratsstellen für die Fortschrittlichen, eine für die Sozialdemokraten.

Wien, 19. September.

Aus dem Rathause kommt die Nachricht, daß die Majorität des Gemeinderates sich entschlossen habe, der Opposition drei Stadtratsmandate einzuräumen. Zwei dieser Stellen werden mit Anhängern der bürgerlich fortschrittlichen Opposition zu besetzen sein, während die dritte den Sozialdemokraten zugewiesen wird. Die Ausführung dieses Beschlusses wird mit einer Vermehrung der Stadtratsmandate von 27 auf 30 Hand in Hand gehen.

Es soll heute nicht untersucht werden, welche Motive die Majorität des Gemeinderates bestimmen, sich endlich zu einem Zugeständnis bereit zu finden, das in allen parlamentarischen Körperschaften eine Selbstverständlichkeit ist. In ihrem eigener Interesse mußte die Mehrheit des Gemeinderates es schon längst als einen durchaus unhaltbaren Zustand empfinden, wenn die eigentliche Verwaltung der Gemeindegeschäfte ohne jede Kontrolle seitens der Oppositionsparteien erfolgte, zu deren Anhängern nebenbei bemerkt gerade die steuerkräftigsten Elemente der Bevölkerung zählen. Der Krieg und die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen, die er im Gefolge hat, bringen es mit sich, daß auch die derzeit herrschende Partei des Gemeinderates sich nicht länger solchen Erwägungen verschließen konnte. Die gemeinderätliche Opposition aber wird im Interesse des Gemeinwohlles manche Kränkung und Zurücksetzung vergessen, und ebenso wie ihre Vertreter während der abgelassenen Kriegsjahre in der Obmannerkonferenz ernste, unbefangene und vorurteilslose Arbeit geleistet haben, werden sie dem jetzt an sie ergehenden Ruf, sich im Stadtrat zu betätigen, ihr Ohr nicht verschließen.

Die Beschlüsse des Bürgerklubs.

In der gestrigen Sitzung des Bürgerklubs wurde nach einem Antrage des Obmannes Oberkurator Leopold Steiner und nach eingehender mehrstündiger Debatte mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, die Zahl der Stadtratsmandate von 27 auf 30 zu erhöhen und drei Stadtratsmandate der Opposition zur Anteilnahme an den Beratungen des Stadtrates anzubieten, und zwar ein Mandat der sozialdemokratischen Gruppe und zwei Mandate der deutschfreihheitlichen Partei.

Heute fand im Bureau des Bürgermeisters eine Besprechung statt, in welcher Oberkurator Leopold Steiner den Obmännern der oppositionellen Gruppen, den Gemeinderäten Dr. Hein und Reumann, diesen Beschuß des Bürgerklubs mitteilte. Die Vertreter der Opposition nahmen die Mitteilung zur Kenntnis. Es wird bereits diesen Freitag eine Plenarsitzung des Gemeinderates stattfinden, in der Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Vermehrung der Stadtratsmandate berichten wird.

Mitteilungen aus Gemeinderatskreisen.

Der Wiederzusammentritt des Gemeinderates nach den Sommerferien vollzieht sich im Zeichen eines prinzipiell bedeutungsvollen Wechsels in der Zusammensetzung des Stadtrates. Der „kontrolllose Stadtrat“ als Parteiregulator der christlichsozialen Majorität, in dem die Opposition untertreten ist, verschwindet von der Bildfläche und der jahrelang geführte Kampf um die Zulassung der freisinnigen und der sozialdemokratischen Minderheit in die engere Stadtvertretung findet jetzt seinen Abschluß. Die Erwägung liegt nahe, daß die Mehrheit, die so lange eifersüchtig ihre Alleinentscheidungsrecht gewahrt hat, die große Verantwortung, welche die durch den Krieg und im Gefolge desselben auftauchenden wirtschaftlichen Fragen der Gemeindevertretung ausbilden, nicht mehr länger tragen will. Während des Krieges hat die Obmannerkonferenz zuerst den Gemeinderat vollständig substituiert. Später hat sie als wichtiges vorbereitendes Organ sich gut bewährt, und vielleicht hat auch die persönliche Fühlungnahme mit den Führern der Opposition, die ernste sachliche Art ihrer Mitarbeit dazu beigetragen, die früher bestandenen Gegensätze etwas zu mildern.

Der Kampf um die Vertretung der Minderheit im Stadtrat führt auf das Regime Lueger zurück. Doktor Lueger wies anfangs jeden Versuch, der Minderheit Sitz und Stimme im Stadtrat zu gewähren, zurück, und berief sich dabei immer auf den Willen des auch für seine Entschließung allmächtigen Bürgerklubs. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wollte man der Minderheit einige Mandate im Stadtrat überlassen, ihr aber zugleich das laudinische Joch auferlegen, daß unter den vorgeschlagenen Kandidaten sich kein Jude befinde. Unter Annahme dieser prinzipiellen Bedingung sollte die Opposition sechs Stadtratsmandate erhalten. Als die Opposition, wie nicht anders zu erwarten war, dieses unwürdige Ansuchen zurückwies, vergingen Jahre, ehe die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Bei einem neuerlichen Versuche der Opposition, in den Stadtrat zu gelangen, verschärfte der Bürgerklub sogar die Bedingung, indem er die Forderung aufstellte: nicht nur keine Juden, sondern auch Namhaftmachung der Kandidaten durch den christlichsozialen Bürgerklub! Die Verhandlungen blieben selbstverständlich ebenso ergebnislos und ruhten dann vollständig, um erst unter der Bürgermeisterschaft Doktor Weiskirchners zögernd und tastend wieder einzusetzen. Aktuell wurde die Frage eigentlich erst im Kriege, der den Uebelstand, daß breite Schichten der Intelligenz und der steuerkräftigsten Kreise der Bevölkerung von der eigentlichen Arbeit in der Gemeindevertretung ausgeschlossen seien, so recht unterstrich und die Gefahren eines solchen Systems klar hervortreten ließ.

Die jüngsten Verhandlungen datieren seit Monatsbeginn; es fanden wiederholte Besprechungen beim Bürgermeister unter Zuziehung der verschiedenen Parteiohmänner und Vertrauensmänner statt. Im Laufe derselben formulierte der Fortschrittliche Parteiverband, der gegenwärtig 17 Mitglieder zählt, seine Forderung auf Ueberlassung von drei Stadtratsmandaten, während die sozialdemokratische Partei, die sieben Mandate im Gemeinderate besitzt, zwei Stellen im Stadtrate verlangt. Außerdem gehören zur freisinnigen Minderheit drei Wilce (Stein, Goltz und Schäfer), der Vertreter von Mariahilf, Herr Schleier, kommt nicht in Betracht, weil er von seinen früheren fortschrittlichen Gesinnungsgenossen weiter abgerückt ist, so daß insgesamt im Augenblicke 27 Freisinnige gegen 125 Christlichsoziale stehen. Gemeinderat Stalich, der sich von den Christlichsozialen abgesondert hat, dürfte jetzt mit der Opposition gehen, zehn Gemeinderäte sind seit den letzten Wahlen gestorben, ein Mitglied hat auf sein Mandat verzichtet.

Gegenwärtig sind vier Stadtratsmandate erledigt, deren frühere Träger Oppenberger, Kleinert, Gräf und Schreiner gestorben sind. Der vollbesetzte Stadtrat zählt außer dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern siebenundzwanzig Mitglieder.

Auf die Forderung nach Ueberlassung von drei, beziehungsweise zwei Stadtratsmandaten antwortet der Bürgerklub jetzt mit dem Gegenanbot von zwei, beziehungsweise einer Stelle an die freisinnige und an die sozialdemokratische Partei. In der letzten Sitzung des Bürgerklubs, in der dieses Anbot zum Beschluß erhoben wurde, sprachen mehr als dreißig Redner und schließlich stimmte auch die Gruppe des Landesausschusses Kunschak, die sich bisher in dieser Frage prinzipiell ablehnend verhalten hatte, der Ueberlassung von drei Mandaten an die Opposition zu.

Die Zahl der Stadträte soll demnach von sieben und zwanzig auf dreißig vermehrt werden, wozu, da es sich um eine Aenderung des Gemeindestatuts handelt, die Zustimmung des niederösterreichischen Landtages notwendig wäre. Da dessen Funktionsperiode bereits abgelaufen ist, würde der bezügliche Beschluß des Gemeinderates im Wege einer kaiserlichen Verordnung Gesetzeskraft erhalten.

In den Kreisen des Bürgerklubs wird Wert darauf gelegt, daß die beiden Parteiohmänner Dr. Oskar Hein und Jakob Reumann zwei von den drei der Opposition zu überlassenden Mandate erhalten. Der Bürgerklub dürfte sich in dieser Beziehung in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Opposition befinden. Aus der Nominierung der beiden Genannten scheint hervorzugehen, daß diesmal die Ueberlassung von Stadtratsmandaten an die Minderheit an keine einschränkende Bedingung geknüpft worden ist. Für das zweite den Fortschrittlichen zu überlassende Stadtratsmandat sollen nach dem augenblicklichen Stande der Dinge Dr. Alexander v. Dorn oder Oswald Hohenstinner in Betracht kommen, eventuell würde von der sozialdemokratischen Fraktion an Stelle Reumanns Gemeinderat Emmert nominiert werden.

Die Pflicht zur Kontrolle.

Auf Antrag des Bürgerklubs, also der Vereinigung der Mehrheit im Wiener Gemeinderat, wird die Mehrheit in der Gemeinderatssitzung vom nächsten Freitag die Regierung ersuchen, die Zahl der Stadtratsmandate von 27 auf 30 zu erhöhen. Diese drei neu zu schaffenden Stadtratsstellen sind dazu bestimmt, Mitgliedern der Minderheit in der Wiener Gemeindevertretung den Eintritt in die Körperschaft zu ermöglichen, die in der Regel die wichtigste Entscheidung in Wiener Verwaltungsfragen so souverän fällt, daß Änderungen im Gemeinderat selbst zu den Seltenheiten gehören. Der Kampf um die Kontrollfrage im Stadtrat war insbesondere während der letzten Gemeinderatswahlen ein heftiger, ja erbitterter. Die Gemeinderatsmajorität hat sich harte Dinge sagen lassen müssen über ihre hartnäckige Verteidigung der Kontrolllosigkeit dieser Körperschaft, während die Kontrolle doch zum Wesentlichen jeder Verwaltungsbehörde gehört. Der Bürgerklub ist nun plötzlich weich geworden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dies als ein Zeichen der Zeit deutet, der schweren Kriegszeit, die bereits in ihr drittes Jahr getreten ist. Es dürfte kaum spät erwachtes Gerechtigkeitsgefühl oder gar Großmut gewesen sein, die in der Mehrheit den Gedanken geweckt hat, daß es sich empfehlen dürfte, nicht mehr ganz unter sich zu sein, wenn einmal geprüft werden wird, was die Wiener Gemeindeverwaltung im Kriege geleistet hat.

Im Frieden haben die Herren von der Rathhausmehrheit keinen Augenblick gezögert, ihre Verwaltung als die beste der Welt zu bezeichnen. Im Frieden ist aber auch die Ver-

waltung eines großen, reichen, blühenden und aufstrebenden Gemeinwesens im großen und ganzen um so mehr eine Sache der Routine, je älter die Autonomie der Stadt ist, und je bedeutender die Männer waren, die die Schablone geschaffen haben, mit der man sich fortsetzen kann. Natürlich kann man auch im Frieden Fehler machen, und die Christlichsozialen haben sie auch gemacht: aber die Lorbeeren hängen im Frieden niedriger als im Kriege. Der Municipalsozialismus, dessen sich die Christlichsozialen bemächtigt haben, weil sie in eine Zeit kamen, in der mit ihm der Anfang gemacht werden mußte, gestattete anfangs billige Erfolge. Blühende und gut organisierte Privatunternehmungen, wie Tramway, Gas- und Elektrizitätswerke, Leichenbestellungsunternehmen usw., brauchten bloß die Firma zu wechseln, um erfolgreich verstaatlicht zu sein. Im Kriege aber bedarf es neuer Ideen, bedarf es der Männer, die im richtigen Augenblick die Schablone beiseite schieben und durch ihre Verleugnung Zweckmäßiges schaffen können. Davon war nicht viel zu merken in diesen zwei Kriegsjahren. Das Urteil über die Arbeit unserer Gemeindegemeinschaft kann jetzt nicht abgeschlossen werden, weil vor allem das Material nicht öffentlich vorliegt. Mit manchen guten Absichten mag sie ja an anderen Hindernissen gescheitert sein, aber die Tatsache bleibt, daß man bei uns von großzügigen Kriegsvorbereitungen der Gemeinde weit weniger hörte und vor allem merkt, als in den meisten Gemeinwesen Deutschlands. Wie immer das Urteil der Bevölkerung später einmal lauten wird, heute hat die Mehrheit im Rathaus allen Grund, der Kontrolle wenigstens einen Spalt der bisher sorgsam verschlossenen Tür zu öffnen.

Das mögen sich die drei Männer, die dazu bestimmt sein werden, das Recht ihrer Wählerschaft auf Kontrolle der Gemeindeverwaltung auszuüben, beim Antritt und bei der Ausübung ihres neuen Amtes vor Augen halten. Die Mehrheit hat ihnen mit diesen bezahlten Stellen kein Geschenk gemacht, sie sind ihr auch zu keinem Dank verpflichtet. Spät, sehr spät hat sie sich entschlossen, der Bevölkerung ein Recht nicht mehr vorzuenthalten, das sie ihr nie hätte vorenthalten dürfen. Die Gemeinderäte, die dieses Recht für diese Bevölkerung ausüben werden, haben die Pflicht der

Kontrolle, die dem Recht der Kontrolle entspricht, das den Wählern zusteht. Da sie bezahlte Ämter antreten, müssen sie doppelt vorsichtig sein. Sie sind nicht verantwortlich für das, was bisher geschehen ist, nicht verantwortlich für das, was die Mehrheit in ihrer Anwesenheit ohne sie oder gegen sie beschließen wird. Aber sie sind verantwortlich dafür, alles zu sehen, vor allem zu warnen, was ihnen nutzlos oder gar schädlich erscheint, und zuerst dafür, daß sie sich dort nicht etwa als geduldete Gäste fühlen oder in Kameradschaften einwickeln lassen und sich für ihre endliche Zulassung — noch dazu bedingungslos, es darf ja sogar ein Jude dabei sein — durch die liebenswürdige Zusicherung rebanzieren, „das mit der Kontrolle sei ja doch nur Formsache“. Sie müssen sie vielmehr nach bestem Wissen ausüben, wenn die drei neuen Stadtratsmandate mehr sein sollen als eine gute Ausrede für die Mehrheit und eine neue Belastung des Gemeindefiskus.

Die Stadtratsmandate der Opposition.

Hein und Hohensinner von den Liberalen als Bewerber
aufgestellt. — Mitarbeiter oder Zuschauer?

In der heute abgehaltenen Sitzung des Verbandes der liberalen Gemeinderäte berichtete, wie die Rathhauskor. meldet, der Vorsitzende G. Dr. Hein über den vom Bürgerklub gefaßten Beschluß auf Ueberlassung von drei Stadtratsstellen an die Minderheit. Der Verband beschloß, das Anbot anzunehmen und beauftragte seinen Obmann, in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Gemeinderates eine Erklärung in diesem Sinne abzugeben. Als Bewerber wurden der Obmann des Verbandes G. Dr. Hein und der Schriftführer G. Hohensinner aufgestellt.

Während die Mehrzahl der liberalen Blätter und auch das sozialdemokratische Organ, wie aus den Zitaten in unserer heutigen Nachmittagsausgabe hervorgeht, den künftigen drei Stadträten der Opposition eifrige Mitarbeit zum Wohl der Bevölkerung zur Pflicht machen und ihnen daher selbstverständlich auch eine entsprechende Mitverantwortung zuschreiben, macht der liberale „Abend“ heute die betrieblche Entdeckung, daß die Christlichsozialen im Stadtrat nach wie vor in der überwältigenden Mehrheit sein werden (was bei 137 christlichsozialen, 20 liberalen und 8 sozialdemokratischen Gemeinderatsmandaten wohl eine ganz unstatthafte Einrichtung ist!) und daß es somit „undenkbar“ sei, daß bei einem Meinungsstreit im Stadtrat jemals die Anschauung der Minderheit sich durchsetzen könnte. Bei Meinungsstreiten pflegt in parlamentarischen Körperschaften allerdings in der Regel die Mehrheit — zumal eine so große! — zu siegen und nicht die Minderheit; dagegen läßt sich nichts machen, das ist schon einmal so auf dieser schändlichen Welt. Der „Abend“ aber zieht daraus folgenden Schluß:

Man ersieht daraus, daß die Teilnahme an Stadtrats-sitzungen nie vom Gesichtspunkt der Mitarbeit oder gar Mitverantwortung betrachtet werden darf. Davon kann nie die Rede sein. Trotzdem ist es uns wichtig, daß Vertreter der Opposition im Stadtrat sitzen. Sie werden doch sehen und hören, was im Stadtrat vorgeht, sie werden die Aufsichtspersonen sein, die der „Kontrolllosigkeit“ ein Ende machen. So werden hoffentlich auch die drei neuen Stadträte ihre Stellung auffassen. Wir sagen hoffentlich, in erster Linie mit Bezug auf die Liberalen, von denen wir wissen, daß sie bei ihren Verhandlungen die Wähler nicht befragt haben, ob diese den Eintritt ihrer Vertreter überhaupt wünschen.

Das heißt, der „Abend“ wünscht die Verständigung im Rathause über eine alte Streitfrage nicht, und zwar bloß deshalb nicht, weil die Minderheit eben in der Minderheit bleiben wird. Und weil er die Verständigung nicht wünscht, sucht er sie durch eine Giftspritzerei zu vereiteln, indem er den künftigen liberalen Stadträten, ganz entgegen der bereits gewürdigten Erklärung des G. Dr. Schwarz-Siller, die Rolle von bloßen Aufpassern und Hörchern zuweisen möchte. Von Mitarbeit oder Mitverantwortung könne „nie“ die Rede sein! Das Zuschauen, wie andere arbeiten, ist freilich bequemer als das Mitarbeiten und eine Lieblings„beschäftigung“ von Leuten, die entweder arbeitscheu oder arbeitsunfähig sind. Wir glauben aber gerade deshalb, daß die liberale Opposition, welche der „N. Fr. Br.“ zufolge die steuerkräftigsten und intelligentesten Schichten der Bevölkerung vertritt, über die ihr vom parteigenössischen „Abend“ zugeschriebenen oder zugemuteten Eigenschaften kaum besonders erfreut sein wird. Da der „Abend“ gleichzeitig für die Entsendung der Herren Dr. Hein und Hohensinner in den Stadtrat eintritt, die in der Tat heute als Bewerber aufgestellt wurden, so sind es diese zwei Mandatäre, die er mit seinen Zumutungen bloßstellt. Wir denken von den Absichten und den Fähigkeiten der beiden künftigen liberalen Stadträte besser als das liberale Parteiblatt. Die Stadträte sind denn auch besoldet, und zwar für die Arbeit, die sie zu leisten haben, und nicht nur das Zuschauen, Aufpassen und Hören. Die Stadtratsposten sind Arbeits- und nicht Höchposten.

31. IV. 1906

18

(Zur Ueberlassung von Stadtratsstellen an die gemeinderäthliche Minderheit.) Die „Kathaus-Korrespondenz“ berichtet: In der gestern stattgehabten Sitzung des Verbandes der bürgerlich-freiheltlichen Gemeinderäte berichtete der Vorsitzende Gemeinderat Dr. Hein über den vom Bürgerklub gefassten Beschluß auf Ueberlassung von drei Stadtratsstellen an die Minderheit. Der Verband beschloß, das Anbot anzunehmen, und beauftragte seinen Obmann, in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Gemeinderates eine Erklärung in diesem Sinne abzugeben. Als Beiber wurden der Obmann des Verbandes Gemeinderat Dr. Hein und der Schriftführer Gemeinderat Hohenfinner aufgestellt.

Das „eine Stadtratsmandat“ der Sozialdemokraten.

Wie schon erwähnt, war das Ergebnis der letzten Gemeinderatswahlen das (mit Einschluß der beiderseitigen Wilden) die Christlichsozialen von den 165 Gemeinderatsitzen 137, die Liberalen 20 und die Sozialdemokraten 8 innehatten. Von den künftigen 30 Stadtratsmandaten, die aus dem Gemeinderate besetzt werden, werden die Christlichsozialen 27, die Liberalen 2, die Sozialdemokraten ein Mandat haben. Es sei zugegeben, daß dieses Verhältnis nicht ganz haarscharf der Stärke der Parteien im Gemeinderate entspricht. Aber es handelt sich um einen ersten Versuch, der sich, wie wir hoffen wollen, bewähren kann, oder auch nicht. Die der Opposition gewährte Vertretung reicht völlig hin, um sie in die Lage zu versetzen, den Beweis zu erbringen, daß sie sich aufrichtig gebessert und von ihrer früheren unfruchtbaren volks-schädlichen Demagogie, von ihren „Hyänenprogrammen“ endgültig abgewendet habe; die neuen Stadträte der Opposition dürfen dann freilich nicht den Ratschlägen des allabendlichen liberalen Heßblattes folgen. Je nach der Bewährung der Verständigung wird man dann ja über den Fall weiter reden können. Zu übersehen ist aber dabei nicht, daß die Mehrheit, auf deren Schultern immer die Hauptlast der Arbeit und Verantwortung ruht, Anspruch darauf hat, die Stärke ihrer Vertretung im Stadtrate so zu regulieren, daß ihr die erforderliche Bewegungsfreiheit in der Arbeit gewahrt bleibt.

Da die Stadtratsmandate vom Gemeinderate besetzt werden, so kommt bei der Vergabung wohl die Stärke der Parteien im Gemeinderate in Betracht, keinesfalls aber die Wählerzahl der Parteien. Diese Feststellung ist notwendig, weil das sozialdemokratische Hauptorgan heute in einem ziemlich hanebüchenen Zeit-artikel — in Auseinandersetzungen mit den Christlich-sozialen verfällt das Blatt immer wieder in seinen Wahl-kampffargon zurück und dann wunderte es sich gestern, daß seine (Mennerischen) Aufsätze Monologe bleiben, als ob das

Blatt mit der liberalen Finanzpresse sachliche Dialoge je zu führen hoffen dürfte! — das christlichsoziale Angebot zwar annimmt, aber ganz gewaltig darüber wettert, daß den acht sozialdemokratischen Gemeinderatsmandaten nur ein Stadtratsitz zugebilligt werde, obwohl die Wählerzahl der Sozialdemokraten in Wien sich jener der Christlichsozialen näherte, die bei 137 Gemeinderatsmandaten 27 Stadtrats-sitze behalten. Es ist richtig, daß zwischen den Wähler-zahlen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten kein großer Unterschied ist, das hat aber mit den Stadtrats-mandaten, bei deren Besetzung einzig und allein die 165 Gemeinderäte als Wähler in Betracht kommen, gar nichts zu tun. Auch im Reichs-rate, wo die Sozialdemokraten doch eine recht maßgebende Partei sind, wurde bei der Wahl der Ausschüsse nie mal s nach der größeren oder geringeren Wählerzahl der Parteien oder der Abgeordneten gefragt, sondern ausschließlich nach der Zahl der Gewählten einer Partei. Das Gegenteil würden die Sozial-demokraten im Parlamente — mit Recht — für De-m-a-g-o-g-i-e erklären. Die „A. Z.“ sollte also, will sie an dem Kampf gegen die parlamentsmörderische Demagogie ehrlich teilnehmen, auch in der Wiener Kommunalpolitik nicht mit demagogischen vergiftenden Schlagworten arbeiten.

Was aber das Verhältnis der Gemeinderats-mandate zu den Wählerzahlen der Parteien betrifft, so ist es richtig, daß die Sozial-demokraten bei den Wahlen schlecht wegkamen. Aber auch die Christlichsozialen sind übler daran als die Liberalen. Es ist ganz unangebracht und ebenfalls Demagogie, wenn die „A. Z.“ polternd über die Gemein-de-wahlordnung herfällt, ohne zu sagen, daß diese trotz allem und allem die demokratischste von allen Städten Oester-reichs ist und daß die ursprünglich von Lueger geplant ge-wesene noch demokratischere Reform an dem bestimmten Widerspruche der Regierung scheiterte. Auch daß jeder Schritt zur Demokratisierung des Wahlrechts von den Christ-lichsozialen im heftigsten Kampfe gegen die liberalen Bun-desgenossen der Sozialdemokraten durchgesetzt werden mußte, dürfte die „A. Z.“ ehrlicherweise nicht verschweigen. Gleichwohl schweigt sie davon, weil das Bekenntnis, daß die nämliche „A. Z.“, die gegen die christlichsoziale Wahlordnung so wettert, allezeit die eifrigste Vertreterin des Bündnisses mit jenen Liberalen war, denen die bestehende Wahl-ordnung viel zu demokratisch ist, eben nicht angenehm wäre. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß für den Einfluß auf die Verwaltung einer Gemeinde andere Grundsätze gelten, als für die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung und daß dort neben der nackten Zahl doch auch Steuerleistung, Bodenständigkeit, Verantwortlichkeit usw. Faktoren sind, die berechtigterweise Geltung verlangen.

Aber wäre etwa die Einführung des gleichen Wahl-rechts für die Gemeinde — und darauf scheint die „A. Z.“ abzielen — eine Bürgschaft gegen die vom sozialdemokra-tischen Organ beklagten Härten bei der Mandatsverteilung? Mit nichten! Bei den Reichsratswahlen im Juni 1911 erhielten in Wien bei 338.283 abgegebenen gültigen Stimmen die Christlichsozialen mit ihren 128.188 (und 13.329 zersplitterten, also zusammen 141.517 Stimmen) nur drei Mandate, die Sozialdemokraten mit 156.405 Stimmen 19 Mandate, die Freisinnigen mit zusammen 28.702 Stimmen 11 Mandate! Damals aber fand die „A. Z.“ diese ungleiche Mandatverteilung (trotz oder gerade wegen des gleichen Wahlrechts!) ganz in der Ordnung, damals war es ein „europäischer Sieg“, von dem die „A. Z.“ aller-dings heute bereits zugibt, daß jene Wahlen einen aus-nahmsweisen Charakter hatten.“ Wenn das sozialdemokra-tische Organ nicht wieder mit demagogischen Schlagworten den politischen Kampf vergiften will, dann darf es daher nicht an der Gemeindevahlordnung als „Nachwerk ohne Spur von Gerechtigkeit und Scham“ verurteilen, was es an der Reichsratswahl von 1911 als ganz vorzüglich be-jubelt hat.

**Die Ueberlassung von drei Stadtratsmandaten
an die Opposition.****Ablehnung der Stadtratskandidatur des
Gemeinderates Hohensinner durch den Bürgerklub.**

Wien, 21. September.

Wie wir erfahren, wurde der Verband der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte im Laufe des heutigen Tages in offizieller Weise davon verständigt, daß das Präsidium des Bürgerklubs die vom Verbands der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte aufgestellte Kandidatur des Gemeinderates Schriftführer **H o h e n s i n n e r** für eines der Stadtratsmandate **a b g e l e h n t** habe.

Auf Grund dieser Mitteilung wurde für heute nachmittags eine Sitzung der fortschrittlichen Gemeinderäte einberufen, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, vorläufig an der Kandidatur des Gemeinderates **Hohensinner** für den Stadtrat festzuhalten.

Die „legislative Genehmigung“.

Die Christlichsozialen sind in der Gebeläune und wollen der Opposition drei Mandate im Stadtrat einräumen. Was darüber, daß die Wiener Sozialdemokratie in dem dreißiggliebrigen Stadtrat mit einem Mandat bedacht werden soll — sie, die selbst in dem Wahlkörper-Gemeinderat ein Zwanzigstel der Mandate besitzt, soll im Stadtrat auf ein Dreißigstel reduziert werden —, zu denken ist und zu sagen wäre, haben wir bereits dargetan und es reicht, unseres Bedünkens, schon aus, um über die ganze Frage zu einem Urteil zu gelangen. Wir wollen es dabei bewenden lassen und nun betrachten, wie die Sache durchgeführt werden soll.

Der Stadtrat, der jetzt aus siebenundzwanzig Mitgliedern besteht, soll bekanntlich um drei Mitglieder vermehrt werden, eben die, die der Opposition „eingeräumt“ werden sollen. Warum und wozu die Vermehrung? Hat sich etwa herausgestellt, daß siebenundzwanzig Stadträte die Arbeit nicht versehen können? Sicherlich nicht! Oder soll damit etwa ausgedrückt werden, daß die Christlichsozialen auf die siebenundzwanzig Mandate ein unveräußerliches Recht haben und der Schein erweckt werden, daß in dem Stadtrat für die Opposition bisher eben kein Platz frei war? Das wird eine selbstbewusste Opposition natürlich nicht gelten lassen! Es wäre natürlich auch ganz in Ordnung, wenn die Christlichsozialen, indem sie der Opposition drei Mandate „überlassen“ wollen, auf drei inne habende Mandate verzichten. Aber das brauchen sie ja nicht, diese „Entsagung“, daß ein Mandatar verzichtet, braucht ihnen gar nicht zugemutet werden: denn es sind fünf Stadtratsmandate erledigt. Nichts also selbstverständlicher, als daß von den fünf erledigten Mandaten eben drei der Opposition überlassen werden. Und doch die Vermehrung!

Um so selbstverständlicher, als die Vermehrung der Mandate auf dem Wege, den das Gesetz vorschreibt, im Augenblick gar nicht möglich ist. Das Wiener Gemeindestatut ist ein Landesgesetz, und zu der Vermehrung der Mandate, also zur Abänderung des § 29 des Landesgesetzes vom 22. Juni 1905, braucht es eines neuen Gesetzes, das selbstverständlich nur im niederösterreichischen Landtag beschlossen werden kann. Es gibt aber derzeit keinen niederösterreichischen Landtag; die Gesetzgebungsperiode des letztgewählten ist seit Jahr und Tag abgelaufen und kein neuer ist gewählt. Man begreift danach, welche Spiegelsechterei darin liegt, wenn es in dem Beschluß über die Sache, den zu fassen der Bürgermeister den Gemeinderat in der morgigen Sitzung auffordern will, wörtlich heißt: „Der Magistrat wird aufgefordert, die legislative Genehmigung dieses Gesetzentwurfes zu erwirken“, also angewiesen wird, etwas zu erwirken, was überhaupt nicht erwirkt werden kann. Die Genehmigung durch die Gesetzgebung ist, mangels eines niederösterreichischen Landtages, schlechthin unmöglich; wie also soll sie der Magistrat erwirken?

Das weiß natürlich der Herr Bürgermeister, und der Gemeinderat wird doch nicht die Komödie auführen wollen, daß er sich stellt, als wüßte er nicht, was unter jener „legislativen Erwirkung“ gemeint

Die Ueberlassung von Stadtratsmandaten an die Opposition.

Wien, 22. September.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die vom Fortschrittlichen Verband aufgestellte Kandidatur des Gemeinderates Hohenfinner für das eine der beiden diesem Verbands zu überlassenden Stadtratsmandate von der christlich-sozialen Majorität nicht gutgeheißen wird, die vielmehr auf dem Standpunkte steht, daß jene drei Mitglieder der Minderheit, die sich an den Arbeiten der Obmännerkonferenz beteiligt haben, Dr. Hein, Dr. v. Dorn und Reumann, als neue Mitglieder in den Stadtrat aufgenommen werden sollen. Demgegenüber steht aber der Fortschrittliche Parteiverband auf dem Standpunkte, daß das Anbot der Ueberlassung von Mandaten an die Opposition ohne jede einschränkende Bedingung erfolgt ist, und der Verband scheint vorläufig wenigstens nicht gewillt zu sein, sich einem Diktat des Bürgerklubs, das einer Beschränkung der freien Meinung der Opposition gleichkäme, zu fügen. Die Mehrheit dagegen beruft sich auf den § 32 des Gemeindestatuts, der die Mitglieder des Gemeinderates verpflichtet, die auf sie fallende Wahl für den Stadtrat anzunehmen, widrigenfalls sie ihres Amtes als Gemeinderäte verlustig gehen. Dadurch würde sich die interessante Sachlage ergeben, daß, wenn die Majorität, die zahlenmäßig in der Lage ist, ihren Willen durchzusetzen, auf ihrem Standpunkt beharrt und neben Dr. Hein und Reumann auch Gemeinderat Dr. v. Dorn zum Stadtrat wählt, dieser entweder annehmen müßte, womit sich implizite der Fortschrittliche Parteiverband dem Willen des Bürgerklubs beugen würde oder seines Gemeinderatsmandates verlustig ginge.

Der Bürgerklub ist für heute nachmittag zu einer Sitzung einberufen, in der die Vorlage über die Vermehrung der Stadtratsmandate zur Beratung gelangen wird. Es ist noch zur Stunde unbestimmt, ob in dieser Sitzung auch über die Personenfrage entschieden werden wird. Das Präsidium des christlichsozialen Bürgerklubs hat eine Zuschrift an den Obmann des Fortschrittlichen Parteiverbandes gerichtet, in der es seine Zweifel ausspricht, ob es angesichts der im Bürgerklub aufgetauchten Widerstände gegen die Wahl des Gemeinderates Hohenfinner zum Stadtrate in der Lage sein werde, diese Kandidatur durchzusetzen. Ein formeller Beschluß über die Ablehnung liegt nicht vor. Doch kann es als sicher angenommen werden, daß der Bürgerklub Herrn Hohenfinner seine Stimmen nicht geben wird, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er vor mehreren Wochen in offener Sitzung des Gemeinderates erklärt hat, man solle an Stelle des Bürgermeisters einen General an die Spitze der Gemeinde stellen.

Verbandsobmann Dr. Hein hat heute nachmittag eine Besprechung mit Bürgermeister Dr. Weiskirchner, in der er angesichts der eingetretenen Veränderung in der Sachlage den Wunsch aussprechen wird, daß das Referat über die Vermehrung der Stadtratsmandate von der heutigen Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt werde, um die Meinungen zu klären. Doch scheint es nach der heute vormittags im Rathause herrschenden Stimmung unwahrscheinlich, daß die Majorität auf diesen Vertagungswunsch eingehen wird. Aller Voraussicht nach dürfte die Vorlage heute beraten und zur Abstimmung darüber geschritten werden, die Wahlen selbst werden erst erfolgen, bis der Magistrat die legislative Genehmigung der Vorlage, die bekanntlich im Wege einer kaiserlichen Verordnung erfolgen soll, erwirkt haben wird.

Die Vertretung der Minorität im Stadtrate.

Wie berichtet, hat der Bürgerklub des Gemeinderates den Beschluß gefaßt, der Opposition Stadtratsmandate zu überlassen, und zwar zwei der freiheitlichen Minderheit und eines den Sozialdemokraten. Bei der diesbezüglichen offiziellen Mitteilung wurde den Parteiführern mitgeteilt, daß der Opposition das freie Präsentationsrecht ihrer Kandidaten eingeräumt ist. Die fortschrittliche Minderheit hat hierauf, wie wir berichtet haben, die Gemeinderäte Dr. Oskar Hein und Oswald Hohenfinner nominiert.

Gestern wurde nun Dr. Hein im Ratshause verständigt, daß die christlichsoziale Majorität gegen die Aufstellung Hohenfinner's sei und einen andern Kandidaten verlange. Dr. Hein berief hierauf den Parteiverband, der erklärte, an der Kandidatur Hohenfinner's unbedingt festzuhalten.

Die Gründe der Ablehnung.

Von christlichsozialer Seite wird uns mitgeteilt: Ein Beschluß des Bürgerklubs betreffend die Ablehnung der Kandidatur

Hohenfinner's liegt bisher nicht vor. Der Bürgerklub wird sich heute nachmittag mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Die Partei faßt die Bewerbung Hohenfinner's als Probation auf. Man muß nur das Amtsblatt des Monats Mai nachsehen. In der am 12. Mai stattgefundenen Gemeinderatssitzung hat Hohenfinner anlässlich der Ernennung Dr. Weiskirchner's zum Ehrenbürger der Stadt Wien eine Rede gehalten, die von Parteijanatismus erfüllt war. Bei Besprechung der „mühsamen Verhältnisse“ sagte er: In die Spitze der Kommune gehört der Bürgermeister als eine Art General, dem alle untertan sein müssen, der ein strenges Regiment zu führen vermag, und wenn dies auch nicht genügt, dann soll überhaupt ein General an die Spitze treten. Diese gegen die Autonomie der Stadt gerichteten Worte hatten schon damals stürmischen Widerspruch bei der Majorität hervorgerufen. Nun wird derselbe Mann als Vertrauensmann der Opposition in den Stadtrat delegiert. Es ist dies ein politisch unkluger Akt der Liberalen in der gegenwärtigen Zeit und gewiß keine richtige Antwort auf das Entgegenkommen des Bürgerklubs, der übrigens heute seine Entscheidung treffen wird.

Der Standpunkt der Fortschrittlichen.

Ein fortschrittlicher Funktionär äußerte sich zu einem Mitarbeiter unseres Blattes folgendermaßen:

Die Christlichsozialen haben uns zwei Stadtratsmandate überlassen, um uns — allerdings nicht in vollem Maße — das Recht der Mitarbeit im Stadtrate zu geben. Daß sie nun uns noch die Kandidaten bestimmen wollen, die wir aufzustellen haben, ist wohl eine Forderung, die auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden muß. Wer als Mann unsres Vertrauens als Vertreter der fortschrittlichen Minderheit in einen Vertretungskörper zu wählen ist, das muß der Bürgerklub wohl uns selbst überlassen. Was die Christlichsozialen an Hohenfinner auszusetzen haben, das macht ihn uns lieb und wert. Er ist ein treuer Verfechter der freiheitlichen Prinzipien, der stets in uner-schrockenster Weise für seine politischen Ideale eingetreten ist. Er ist ein nimmermüder Verfechter der Interessen der Lehrer und der Beamtenschaft und aller Konsumenten, und wenn er schärfere Worte über die in Wien herrschenden Verhältnisse gesprochen hat, so ist das eben seinem lebhaften Temperament zuzuschreiben.

Es ist selbstverständlich — darüber ist kein Wort zu verlieren — daß an der Kandidatur Hohenfinner's unter jeder Bedingung festgehalten werden wird. Wenn die Christlichsozialen entgegen ihrer bindenden Erklärung, daß uns die freie Wahl unsrer Vertrauensmänner überlassen sei, Hohenfinner nicht wählen, dann wird eben die Opposition im Stadtrate nicht vertreten sein. Die Bevölkerung wird dann das Urteil zu fällen haben, ob es angeht, in der heutigen Zeit einen durchaus ehrenhaften Mann von der Teilnahme am Stadtrate deshalb auszuschließen, weil er mit dem gegenwärtigen Regime nicht einverstanden ist. Man darf übrigens hoffen, daß der Bürgerklub die Unhaltbarkeit des Standpunktes, daß die Majorität den Mann, den sie haben will, aus der Minorität wählt, selbst einsehen wird.

* Die „Reichspost“ über „Kommunismus“. Die „A.Z.“ begegnet unserm Aufsatz über „Kommunistische Träume“ mit Talmudismus. Sie findet unsere Schilderung des Kommunismus konfus, falsch; aber wir befinden uns mit unserer Auffassung in bester wissenschaftlicher Gesellschaft. Haben wir nicht das Recht, aus Sätzen der offiziellen Kommunisten auch die Folgerungen zu ziehen? Wenn alles Eigentum an Produktionsmitteln aufgehoben, alle Produktion von einer Zentralstelle aus geleitet wird, was bleibt dann noch für ein Unterschied zwischen Vergesellschaftung und Verstaatlichung? Und ist eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel möglich, ohne daß sie die genaue Regulierung der Konsumtion zur Folge hätte, da doch im Zukunftsstaat die Produktion der Konsumtion angepaßt sein soll? Was bleibt nach solchen Regulierungen von Gesellschaftseinheiten noch übrig als Staat und Individuum, zumal wenn auch die Familie nach den Vorschlägen von Lassalle und Bebel aufgelöst? Ob uns Engels' Anti-Dühring bekannt? Ob wir je das Näschen in ein kommunistisches Manifest gesteckt? Haben gewisse Herren der „A.Z.“ je ihre größeren orientalischen Nasen in jene Bücher eines Schmoller, Adolf Wagner, Paulsen, Förster, Sombart gesteckt, wo die Zukunftsstaats-träumereien der Marx und Bebel mit aller wissenschaftlichen Entschiedenheit, oft mit blutigem Hohn abgetan werden?

Die Vertretung der Opposition im Stadtrate.

Vertagung der Angelegenheit.

Wie heute Bürgermeister Dr. Weiskirchner in der Gemeinderatssitzung mitteilte, hat er das auf der Tagesordnung stehende Geschäftstück „Vermehrung der Stadtratsmandate“ zurückgestellt.

Wir erfahren über die Vorgeschichte dieses Vorganges: Die Vertreter des gemeinderätlichen Klubs der Sozialdemokraten erschienen gestern im Rathause und teilten mit, daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte vorläufig nicht in der Lage seien, in der Gemeinderatssitzung für den Antrag auf Vermehrung der Stadtratsmandate zu stimmen. Sie müßten erst ihre Vertrauensmänner befragen, da „verfassungsrechtliche Bedenken“ aufstauchten.

Diesen Bedenken hat nämlich auch die heutige „N.Z.“ etwas verspätet Ausdruck gegeben, offenbar wurde irgend ein Haar in der Suppe gefunden, die ursprünglich augenscheinlich gut schmeckte. Wir wollen die Stellungnahme der Wiener sozialdemokratischen Vertrauensmänner abwarten und für heute nur wieder die Bereitwilligkeit der Christlichsozialen feststellen, der Opposition Sitze im Stadtrat zu geben. Ob die es sich nachträglich anders überlegt oder nicht — mit dem Schlagwort vom „kontrolllosen Stadtrat“ läßt sich künftig schwerlich mehr herumhaufieren.

Vertagung des Referates über die Vermehrung der Stadtratsstellen.

Der Gemeinderat hat sich heute zum erstenmal nach den Sommerferien wieder versammelt und fand nach der ziemlich langen Sitzungspause eine große Tagesordnung vor. Auch im Einlaß befanden sich zahlreiche Geschäftsstücke. Das politisch interessante Referat über die Vermehrung der Stadtratsmandate ist jedoch heute nicht zur Verhandlung gelangt. Es wurde in letzter Stunde vertagt und dürfte, wie die Dinge augenblicklich stehen, vielleicht nicht so bald zur Beratung gelangen. Wie der Bürgermeister nach Eröffnung der Sitzung mitteilte, ist heute eine Abordnung des Sozialdemokratischen Parteiverbandes bei ihm mit dem Ansuchen vorstellig geworden, die betreffende Vorlage von der Tagesordnung abzugeben, weil der Parteiverband noch keine Gelegenheit gehabt hätte, Fühlung mit den Vertrauensmännern zu nehmen. Der Bürgermeister erklärte, diesem Wunsche Rechnung tragen zu wollen.

Ob dieses Einschreiten nur der äußere Vorwand für die Zurückstellung der Vorlage ist oder ob es neben dem eigentlichen tieferen Grund nur nebenher längst, ist für die Beurteilung der Sachlage ziemlich gleichgültig. Tatsache ist, daß der Fortschrittliche Parteiverband an der Kandidatur Hohenstinner festhält und daß der Christlich-soziale Bürgerklub dieselbe ablehnt. Verbandsobmann Dr. Hein hat die Stellungnahme seines Klubs heute nachmittag dem Bürgermeister zur Kenntnis gebracht und darauf hingewiesen, daß die vom Bürgerklub geübte Einschränkung des freien Präsentierungsrechtes den parlamentarischen Gepflogenheiten widerspreche. Zugleich kann festgestellt werden, daß zahlreiche Gemeinderäte, namentlich die sozialdemokratischen Mitglieder, den Weg der Genehmigung des Gemeinderatsbeschlusses auf Vermehrung der Stadtratsmandate durch eine kaiserliche Verordnung ablehnen und wünschen, daß die Erledigung der An-

gelegenheit in verfassungsmäßigem Wege durch den Landtag erfolge. Da die Legislaturperiode des Landtages bereits abgelaufen ist, bestehen für eine Landtagsession vorläufig wenig Aussichten.

Die Majorität des Gemeinderates lehnt, wie bereits erwähnt, die Kandidatur Hohenstinner beharrlich ab und würde es vielmehr gern sehen, wenn jene Gemeinderäte, die in der Obmännerkonferenz mitgearbeitet haben, als Kandidaten aufgestellt werden würden. Die Sozialdemokraten dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß sich aus der Teilnahme ihrer Partei an der Obmännerkonferenz durchaus nicht die Bereitwilligkeit folgern lasse, in den Stadtrat einzutreten. Alle Parteiverbände werden nächste Woche wieder Beratungen abhalten, um die Sachlage zu klären. Der Fortschrittliche Parteiverband würde, wenn die Mehrheit tatsächlich, auf den Paragraphen 32 des Gemeindestatuts sich stützend, ihn bei den Wahlen für den Stadtrat majorisieren wollte, folgenden Ausweg wählen: § 32 verpflichtet bekanntlich die Mitglieder des Gemeinderates bei Strafe des Mandatsverlustes zur Annahme der Wahl in den Stadtrat. Sie würden im Falle der Majorisierung also die Wahl wohl annehmen, tags darauf jedoch demissionieren. Der Gesamteindruck der Vorgänge hinter den Kulissen ist aber der, daß die Berufung der Opposition in den Stadtrat vorläufig verschoben ist.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Zur Vermehrung der Stadtratsmandate.

Ablehnende Haltung der Sozialdemokraten.

Die Aktion des gemeinderätlichen Bürgerflusses auf Einräumung von drei Stadtratsmandaten an die Opposition ist über den ersten Anfang nicht hinausgekommen. Zunächst tauchten Schwierigkeiten wegen der vom deutschfortschrittlichen Parteiverband präsentierten Kandidaten auf. Als Bewerber wurden Dr. Hein und Hohenfinner aufgestellt. Gegen Gemeinderat Hohenfinner besteht in den Kreisen der Majorität eine tiefe Abneigung, die einestheils auf persönliche Gründe zurückzuführen ist, andernteils auf parteipolitische Bedenken. Augenblicklich erscheint indessen diese Komplikation durch den Umstand gegenstandslos, daß der Sozialdemokratische Klub gegen die Behandlung des Referates im Gemeinderate Einsprache erhoben hat. Vor der Sitzung erschienen nämlich Reumann und Staret beim Bürgermeister und ersuchten ihn namens ihres Klubs, das Referat auf Vermehrung der Stadtratsmandate von der Tagesordnung abzusagen. Sie mußten über diese bedeutsame Frage noch die Anschauungen der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei einholen. Früher können sie in der Sache selbst keine bindende Erklärung abgeben. Der Bürgermeister nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und das Referat wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

In den Kreisen der Majorität wurde bekannt, daß die Sozialdemokraten ihre Haltung aus verfassungsrechtlichen Bedenken ableiten. Die Erweiterung des Stadtrates um drei Mandate bedingt eine Abänderung des Gemeindestatuts, die der Zustimmung des Landtages durch ein eigenes Gesetz bedarf. Da die Legislaturperiode des niederösterreichischen Landtages jedoch abgelaufen ist und diese Körperschaft erst auf dem Wege der Neuwahlen gebildet werden muß, wäre die Abänderung des Statuts nur durch eine Notverordnung möglich, um den etwaigen Beschluß des Gemeinderates in absehbarer Zeit zu legalisieren. Gegen diesen Vorgang, der nach den Erklärungen der christlichsozialen Führer gesichert schien, sollen von sozialdemokratischer Seite Bedenken geltend gemacht worden sein, denen die sozialdemokratischen Gemeinderäte Rechnung tragen mußten. Unverbindlichen Äußerungen von dieser Seite ist zu entnehmen, daß die Sozialdemokraten die Durchführung der von der Majorität vorgeschlagenen Reform des Stadtrates auch aus parteipolitischen Motiven im gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnen. Durch Annahme des

Anbots würden sie ein Präjudiz schaffen, was sie im Hinblick auf ihre Wählerzahl und ihre wiederholt betonte Forderung nach proportioneller Vertretung im Gemeinderate, folglich auch im Stadtrate, vermeiden wollen. Angesichts dieser Haltung kann sohin der ganze Plan auf Vermehrung der Stadtratsstellen mit Hinzuziehung der Minderheit als gescheitert angesehen werden.

Drei Stadtratsmandate für die Opposition im Gemeinderate.

Von Dr. Ludwig Vogler.

Wien, 23. September.

Die Frage der Ueberlassung von drei Mandaten im Wiener Stadtrate an die Opposition, welche zu anderen Zeiten viel Staub aufgewirbelt haben würde, erscheint heute im Zeichen des Weltkrieges und in der Atmosphäre, in der wir gegenwärtig leben, als eine Frage minderer Bedeutung. Wenn ich, aufgefordert, mich darüber zu äußern, hiezu das Wort nehme, so kann dies meinerseits nur geschehen von dem Standpunkte des rückblickenden Beobachters, der durch zwei Jahrzehnte in der Stadtverwaltung mitgearbeitet hat und im ersten Stadtrate von 1891 gesessen ist.

Bei der anlässlich der Einverleibung der Vororte erfolgten Einführung der Institution des Stadtrates, welchem die eigentliche Führung der Gemeindegeschäfte übertragen worden ist, wurde seitens des damaligen Statthalters von Niederösterreich Grafen Rielmannsegg aus sachlichen Gründen vor allem Gewicht darauf gelegt, daß die einbezogenen Vororte eine entsprechende Vertretung in dieser Körperschaft erhalten. Deshalb wurde im Statut bestimmt, daß bei der ersten Wahl des Stadtrates sechs Mandate den Gemeindevertretern aus den Vororten überlassen werden müssen. Der Statthalter legte aber auch Gewicht darauf, daß die Opposition im Stadtrate vertreten sei und Bürgermeister Dr. Pirx wollte auch dem Wunsche des Statthalters entsprechen, stieß aber im fortschrittlichen Parteiverbände, in welchem sich in dieser Frage zwei Parteien bildeten, auf Widerstand. Es siegte schließlich die Meinung, daß es bei der Unsumme von Arbeit, welche die vollständige Neueinrichtung der gesamten kommunalen Verwaltung und die klaglose Eingemeindung der Vororte gerade in der ersten Zeit erfordere, nicht angezeigt wäre, in der Körperschaft des Wiener Stadtrates, die sachlich arbeiten sollte, diese Arbeit durch Parteizänke aufhalten und erschweren zu lassen. Ueberdies waren damals gerade infolge des rücksichtslosen Auftretens der Opposition die Gegensätze besonders scharf ausgeprägt. Es unterblieb daher bei der ersten Stadtratswahl im Jahre 1891 die Wahl von Mitgliedern der Minderheit.

Aber schon im zweitfolgenden Jahre wurde Doktor D u e g e r in den Stadtrat gewählt, der dort mit Rücksicht auf seine Kenntnis der kommunalen Verwaltung auf allen Gebieten und mit Rücksicht auf seine Stellung als energischer Führer der christlichsozialen Partei für die Opposition wohl die beste Vertretung war, die sie im Stadtrate haben konnte. Den Fortschrittlichen aber war seine dortige Anwesenheit nur erwünscht, weil dadurch die Einwürfe gegen den „kontrolllosen“ Stadtrat verstummen mußten.

Als im Jahre 1896 die Christlichsozialen sodann die Herrschaft im Wiener Rathause antraten, war es wieder der Statthalter Graf Rielmannsegg, der darauf drängte, daß die Minorität im Stadtrate vertreten sei, und in der Tat wurden nach Verhandlungen, bei welchen die fortschrittliche Partei auf Grund des parlamentarischen Usus eine verhältnismäßige Vertretung als ihr Recht reklamierte, den jetzt in die Minorität gedrängten Liberalen sechs Sitze im Stadtrate überlassen. Als es zur Wahl kam, erklärten jedoch die Christlichsozialen, daß sie einen der von den Liberalen aufgestellten Kandidaten, weil er ein Jude sei, nicht akzeptieren können, worauf der fortschrittliche Parteiverband be-

schloß, daß keiner der Parteigenossen ein Mandat in den Stadtrat annehmen dürfe. Eine andere Haltung der fortschrittlichen Partei wäre eine Verleugnung der freisinnigen Grundsätze der Partei gewesen.

So blieben denn die Christlichsozialen seit 1896 im Stadtrate allein, was gewiß eine bedauerliche Tatsache war, weil der Stadtrat das eigentliche beschließende und auch verwaltende Organ der Gemeinde ist.

Wenn es sich jetzt darum handelt, daß der christlichsoziale Bürgerklub des Wiener Gemeinderates den Fortschrittlichen zwei und den Sozialdemokraten ein Mandat im Stadtrate überlassen will, so kann diese Tatsache nur als eine natürliche Konsequenz der kommunalen Verhältnisse, wie sie sich in der heutigen Zeit gestaltet haben, angesehen werden. Die ungeheure Last der Verantwortung, welche die Führung der kommunalen Geschäfte seit Kriegsbeginn dem Bürgermeister und dem Stadtrate aufgelastet hat, konnte von diesen schon bisher nicht allein getragen werden, weshalb man zu dem Auskunftsmittel der Obmännerkonferenzen gegriffen hat, in welchen die Obmänner der oppositionellen Parteien eifrig mitgewirkt haben. Es entspricht nur der natürlichen Entwicklung, wenn nunmehr Vertreter dieser Parteien in den Stadtrat selbst berufen werden.

Schon hieraus erhellt, daß man die Sache keineswegs so darstellen darf, als würde durch die Ueberlassung von Mandaten im Stadtrate den oppositionellen Parteien eine besondere Gnade seitens der Majorität erwiesen werden. Ist es ja ein althergebrachtes Gewohnheitsrecht, daß in parlamentarischen Ausschüssen alle Parteien gerade so wie im Plenum ihre Vertretung finden sollen, und dies muß um so mehr von einem Ausschusse von der Bedeutung des Stadtrates gelten, der, wie erwähnt, das eigentliche verwaltende Organ der Gemeinde ist. Die oppositionellen Parteien können daher diese Vertretung als ihr Recht fordern und sie haben dies ja auch immer getan. Andererseits liegt es, wenn man die Sachlage betrachtet, heute wohl sehr im Interesse der herrschenden Partei, einen Teil der Verantwortung für die Verwaltung auf die Schultern der Minderheitsparteien zu überwälzen, so daß sie es wohl recht gerne sehen werden, wenn Vertreter dieser Parteien in den Stadtrat eintreten, von dem man sie so lange ferne gehalten hat. Für letztere kommt aber in Betracht, daß sie eine der Bevölkerung nützliche Tätigkeit in der Gemeindestube in viel höherem Maße entfalten könnten, wenn sie im Stadtrate vertreten sind, so daß trotz mancher Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden, sie sich wohl verpflichtet fühlen müssen, von der jetzt durch die Verhältnisse gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen, selbst wenn dies für sie ein Opfer bedeuten sollte. Die Bevölkerung könnte meines Erachtens ein Zusammenwirken aller Parteien im Stadtrate nur begrüßen.

Ein Jahr Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

Von Landtagsabgeordneten Dr. Johann Jarolim.

Brünn, 23. September.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs, während, nicht wegen des Krieges geschaffen, stand unmittelbar nach seiner Gründung vor einer Fülle schwieriger und verantwortungsvoller Aufgaben. Vor allem galt es, auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung einzugreifen. Hier hat der Bund eine mühselige Tätigkeit entfaltet. Er hat sich trotz der kurzen Zeit seines Bestandes den ihm angegliederten deutschen Städten gegenüber nicht allein als Ratgeber, sowie gewissenhafter Anwalt ihrer Wünsche, sondern auch als vermittelndes Organ der öffentlichen Verwaltung erwiesen. Dies gilt auch von der Tätigkeit des Bundes auf anderen Gebieten, auf welchen allerdings schon mit Rücksicht auf seinen erst einjährigen Bestand, insbesondere aber infolge der kriegsgerischen Ereignisse, noch nicht starke Erfolge zu verzeichnen sind.

Die Beseitigung oder doch Milderung der Kreditnot der Städte, welche den unmittelbaren Anstoß zur Gründung des Bundes gab, und die Schaffung der Voraussetzungen für die Vermittlung von Kommunalkrediten war eine der ersten Fragen, die zur Beratung standen. Schon vor Kriegsausbruch hatten die größeren Städte Oesterreichs einen Schuldenstand von über eine Milliarde Kronen, welcher infolge der den Städten aufgebürdeten Kriegslasten rasch answoll. Sollen dieselben ihren vielfältigen pflichtigen und anderen Aufgaben entsprechen, die zwar an sich den Charakter der Freiwilligkeit tragen, die aber, sollen die Städte in ihrer notwendigen Entfaltung nicht zurückbleiben, erfüllt werden müssen, dann sind ihnen auch die bei der Schaffung der Reichsgemeindeordnung stiefmütterlich behandelten finanziellen Möglichkeiten einer von modernem Geiste getragenen Entwicklung einzuräumen. Die österreichischen Gemeinden werden nach dem Kriege neben ihren bisherigen noch eine Fülle neuer ihnen durch den Krieg auferlegter Pflichten zu befriedigen und finanziell zu bewältigen haben und an den schweren Kriegslasten jahrelang schleppen. Ein im Vorjahre an die Regierung gerichtetes Ansuchen um Erlassung einer kaiserlichen Verordnung betreffend die Errichtung einer Notstandsdarlehenskasse für Rechnung des Staates mit einer Dotation von 500 Millionen Kronen zum Zwecke der Behebung der Kreditnot der Gemeinden und Bezirke fand bisher keine Erledigung. Wir sind nicht so glücklich wie die Gemeinden Deutschlands, wo der Bundesrat schon im ersten Kriegsjahre für die Gewährung von Beihilfen den städtischen Gemeindefürsorge für Zwecke der Kriegsfürsorge vorläufig den Betrag von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, wobei noch separat Preußen 110 Millionen, Sachsen 30 Millionen und die anderen Bundesstaaten ähnliche Beträge für den gleichen Zweck widmeten. Auch in Ungarn hat die Regierung den besonders hart betroffenen Kommunen staatliche Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Es bleibt daher vorläufig nur der Weg der Selbsthilfe übrig, und zwar durch Errichtung der bereits vom Hauptauschusse des Bundes grundsätzlich beschlossenen Geldverkehrsstelle. Denn die österreichischen Gemeinden haben es behufs leichter und billiger Befriedigung des kommunalen Kredits bisher noch nicht zu einer die Variabilität der Kurswerte der unterschiedlichen kommunalen Obligationen und die sonstigen Gebrechen ihres Marktverkehrs behebenden Zentralisierung des Kommunalkredits gebracht, wie solche in anderen Staaten bereits seit längerer Zeit besteht.

Neben der Frage des kommunalen Kredits widmete der Bund der Fürsorge für heimkehrende Krieger auf mannigfachen Gebieten, insbesondere auch im Wege der Errichtung von Kriegerheimstätten, seine besondere Aufmerksamkeit. Das Beispiel Wiens fand allgemeine Beachtung und teilweise auch schon Nachahmung. Die von der Regierung in Aussicht gestellte kaiserliche Verordnung zur Förderung der Errichtung von Kriegerheimstätten, insbesondere durch Milderung der bestehenden strengen Bauvorschriften und durch Steuer- und Gebührenbefreiungen, ist bisher nicht verlautbart worden, wodurch die Ausführung dieser wichtigen Aktion sehr gehemmt wird. Inzwischen hat Preußen das Gesetz vom 8. Mai 1916 zur Förderung der Ansiedlung und das Gesetz vom 3. Juli 1916 über Kapitalsabfindung an Stelle von Kriegsversorgung geschaffen. Man sollte meinen, daß auch bei uns die gleichen Interessen wie im Deutschen Reich für die Ansiedlung heimkehrender, insbesondere invalider Krieger vorwalten.

Die Bundesleitung beschäftigte sich ferner in einer Reihe vortrefflicher Referate mit der Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche, der Kriegsgewinnbesteuerung, mit der finanziellen Fürsorge für Invalide und für die Witwen und Waisen gefallener Krieger, mit der Schaffung eines Elektrizitätswegegesetzes und anderem mehr, insbesondere aber mit der Reform der Gemeindeordnung, welche noch in Beratung steht. Der Bund hält hierbei an der Aufrechterhaltung der Selbst-

verwaltung der Gemeinden im Rahmen des Reichsgesetzes vom 5. März 1862 fest. Denn, um ein Wort Gustav Schmollers zu gebrauchen: „Die Selbstverwaltung ist die beste Erziehungsschule zur politischen Freiheit.“ Eine solche Selbstverwaltung unter kluger Staatsaufsicht und zweckmäßiger Kontrolle erzieht das ganze Volk und hebt seinen Gemein Sinn. In der schweren Zeit des Weltkrieges haben sich die Städte der Fülle der andrängenden schwierigen Aufgaben voll gewachsen gezeigt, und ihre Maßregeln, namentlich im Sinne einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit entsprechenden Nahrungsmitteln, sowie ihre Maßnahmen auf charitativen Gebieten sind organisatorische Großtaten, welche die Geschichte, wenn sie dereinst ihr Urteil über unsere große Zeit schreiben wird, ebenso rühmend wird anmerken müssen, wie die übrige hingebende Arbeit des Bürgertums in der Selbstverwaltung.

Der Bund, dem bereits die meisten deutschen Städte Oesterreichs angehören, hat den Beweis für seine erspriessliche und umfassende Tätigkeit erbracht. Bestünde er nicht, er müßte, zumal in dieser stürmischen Zeit, in der er eine segensreiche Vermittlung zwischen den Gemeinden und den Zentralbehörden betätigt, ins Leben gerufen werden.

Deutschoösterreichischer Städtetag.

Vom Reichsratsabgeordneten Kammerrat
August Denk,

Obmann der Städtevereinigung des Deutschen
Nationalverbandes.

(Zu der am 28. d. stattfindenden Hauptversammlung
des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs.)

Im Herbst des vorigen Jahres, mitten in den Kriegswirren, wurde der Bund der deutschen Städte Oesterreichs gegründet. Wie sehr diese Gründung den Bedürfnissen entsprach, das ergab sich schon aus der Theilnahme von etwa 60 deutschösterreichischen Städten an der gründenden Versammlung und weiterhin aus den zahlreichen Beitritten. Heute zählt der Bund mehr als 140 Mitglieder, darunter fast sämtliche deutschösterreichischen Städte mit mehr als 19,000 Einwohnern.

Die bisherige Organisation der deutsch-österreichischen Städte hatte unter mancherlei Mängeln gelitten. Auf dem Oesterreichischen Städtetag waren die Statutarstädte allein vertreten, und wenn auch dort die wichtigsten, alle Städte berührenden Fragen zur Sprache kamen, so genügte es doch nicht, einmal im Jahre zusammenzutreten, um Beschlüsse zu fassen, sondern es ist nötig, durch eine stetige Arbeit und durch fortwährende Zuhilfenahme mit den einzelnen Städten jenen Bedürfnissen zu dienen, deren Befriedigung nicht nur im Interesse der städtischen Bevölkerung, sondern auch des Staatsganzen gelegen ist.

Dieser wichtigen Aufgabe will der Bund der deutschen Städte Oesterreichs entsprechen, und er hat sich im ersten Jahre seines Bestehens ehrlich bemüht, ihr gerecht zu werden. Die Aufgaben der Städte sind in der Kriegszeit schier ins Unendliche angewachsen; nicht nur haben die Städte zahllose Arbeiten für die Kriegsverwaltung zu leisten, nicht nur

Geldbedürfnisse der Städte nur im Wege der Selbsthilfe möglich ist. Demnach wurde die Gründung der Geldverkehrsstelle des Bundes beschlossen, und die unter den gegebenen Verhältnissen besonders schwierigen Arbeiten der Durchführung dieses Beschlusses sind im Zuge.

Nach sonst hat der Bund allen an ihn herantretenden Fragen, mögen sie nun alle Städte gemeinsam betreffen oder einzelne Mitglieder betreffen, seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Daß unter den gegenwärtigen Umständen nur ein bescheidener Theil der vorhandenen Uebelstände beseitigt und der ausgesprochenen Wünsche befriedigt werden konnte, ergibt sich von selbst. Allein der Bund darf sich das Zeugnis ausstellen, daß er nichts unversucht ließ, um das Mögliche zu erreichen, und daß er die Lösung der großen, alle Städte betreffenden Fragen wenigstens anzubahnen vermochte.

Die Arbeiten des Bundes werden im zweiten Jahr seines Bestehens sicherlich eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Die allgemeine Lage erheischt nicht nur an den Fronten, sondern auch im Hinterlande die größte Kraftanstrengung aller, denen öffentliche Interessen anvertraut sind. Die deutsch-österreichischen Städte haben sich ehrlich bemüht, der schweren Verantwortung, die auf ihnen lastet, gerecht zu werden. Aufgabe des Bundes wird es vor allem sein, ihnen auch für die Zukunft jene Bewegungsfreiheit zu sichern, die sie zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben brauchen. Verschiedene Gerüchte schwirren seit längerer Zeit in der Luft, daß eine Einmündung der Selbstverwaltung der Städte bevorstehe. Ueber die Reformbedürftigkeit des seit mehr als einem halben Jahrhundert bestehenden Reichsgemeindengesetzes und der auf dieser Grundlage entstandenen Gemeindeordnungen kann denn auch kein Zweifel bestehen. An dem Grundsatz der Selbstverwaltung der Städte aber als einem heiligen und bewährten Vermächtnis unsrer Väter muß festgehalten werden. Aus diesem Grunde beschäftigt sich der Bund seit längerer Zeit eingehend mit den Fragen der Gemeindeverfassung und wird nichts unversucht lassen, um zu bewirken, daß bei einer etwaigen Reform die Vorschläge der berufenen Vertreter der deutschen Städte gehört und berücksichtigt werden.

Wählerzahl und Mandate.

Ein einziges Stadtratsmandat für eine Partei, die mehr als das Drittel der gesamten Wiener Wählerschaft darstellt und vertritt: das ist ein derartig schreiendes Mißverhältnis, daß es selbst die Christlichsozialen, die sich gegen Klagen über ihre Wiener Wahlreform recht hartnäckig erweisen, nicht überhören können. Auch die „Reichspost“ gibt zu, daß „zwischen den Wählerzahlen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten kein großer Unterschied ist“; um so größer ist freilich der Unterschied zwischen ihren Mandaten, welcher Unterschied nun in der Vertretung im Stadtrat fortgesetzt und bekräftigt werden soll. Das christlichsoziale Blatt macht sich die Rechtfertigung freilich leicht: „Da die Stadtratsmandate vom Gemeinderat besetzt werden, so kommt bei der Vergebung wohl die Stärke der Parteien im Gemeinderat in Betracht, keinesfalls aber die Wählerzahl der Parteien; auch im Reichsrat, wo die Sozialdemokraten doch eine recht maßgebende Partei sind, wurde bei der Wahl der Ausschüsse niemals nach der größeren oder geringeren Wählerzahl der Parteien oder der Abgeordneten gefragt, sondern ausschließlich nach der Zahl der Gewählten einer Partei.“ Das letztere ist richtig, nur beliebt die „Reichspost“ den fundamentalen Unterschied zu übersehen, daß die Abgeordneten alle im gleichen Wahlrecht gewählt werden, also daß jeder Abgeordnete im Wesen die gleiche Wählerzahl repräsentiert, der Ausdruck der gleichen politischen Potenz ist. Die Berufung auf das Abgeordnetenhaus hat also gar keinen Sinn. Die Wahrheit ist, daß nicht die Teilnahme an den Beratungen des Stadtrates das Wichtigste ist, sondern eine Wahlreform, und daß, selbst wenn man sich zu dieser Teilnahme gleich entschließt, sie derart bemessen werden muß, daß sie der erbitternden Ungleichheit in dem Ertrag des Wählens entgegenwirkt, statt diese noch zu verstärken.

Die „Reichspost“ gibt nun, wie gesagt zu, daß zwischen den Wählerzahlen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten kein großer Unterschied ist und daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen schlecht wegkamen, aber über die Wahlreform verliert sie trotzdem kein Wort! Was soll dieses Schweigen bedeuten? Dagegen heischt sie von uns die Anerkennung, daß die Wiener Gemeindevahlordnung „trotz allem und allem die demokratischste von allen Städten Oesterreichs ist“. Das ist nicht nur nicht richtig, sondern das gerade Gegenteil ist richtig: der vierte Wiener Wahlkörper — und selbstverständlich ist der demokratische Gehalt der Gemeindeordnung nur da zu erkennen und nicht etwa bei der Abgrenzung der Privilegien — ist von allen Gemeindevahlformen, die in Oesterreich gemacht wurden, die am wenigsten demokratische Wahlreform, die am wenigsten volksfreundliche Reform. Sie steht merklich tiefer als alle Gemeindevahlformen, die nach ihr von unseren heimischen Christlichsozialen gemacht wurden: tiefer als die Gemeindevahlordnung für das Land Niederösterreich, die erstens den allgemeinen Wahlkörper mit Mandaten stärker bedeckt — ein Verhältnis von 21 zu 144 gibt es auch im ganzen Land Niederösterreich nicht — und zweitens durch das Verhältniswahlrecht gegenüber der Wiener Ordnung einen ganz beträchtlichen Fortschritt darstellt. Und die „Reichspost“ brauchte auch bloß an die neue Gemeindeordnung in Wiener-Neustadt denken, um sich das sinnlose Preisen einer Reform abzugewöhnen, die heute die schlechteste in ganz Oesterreich ist. Alle Wahlformen, die seither in Geltung traten, zum Beispiel die für Linz (und für ganz Oberösterreich), Laibach, Triest, oder die für Graz und Salzburg beschlossenen, sie alle stehen weit über dem Wiener Wahlkörper. Ueberhaupt läßt sich unschwer nachweisen, daß der vierte Wiener Wahlkörper die denkbar schlechteste Reform war; weniger an Demokratie konnte er überhaupt nicht leisten: Dreijährige Geschäftigkeit für den neuen Wähler, das Mitwählen der Wähler der drei privilegierten Wahlkörper, jedem Bezirk nur ein Mandat: sage uns doch die

„Reichspost“, was da weniger demokratisch sein könnte, wie die Wählermassen, für die man den vierten Wahlkörper doch errichtete, noch weniger an Recht erhalten konnten! Die „Reichspost“ erinnert daran, daß die ursprünglich von Zueger geplant gewesene noch demokratischere Reform an dem bestimmten Widerspruch der Regierung scheiterte. Wir haben kein Bedürfnis, unser sehr bekanntes Urteil darüber zu wiederholen, wie ernst es Zueger mit jener „noch demokratischeren Reform“, nämlich dem Beschluß, daß der ganze Gemeinderat, bei Beseitigung der Wahlkörper, aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgehen solle, gemeint hat und wie jener „Widerspruch der Regierung“ herbeigeführt wurde. Aber zwischen 138 Mandaten aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht und 20 Mandaten gibt es der Abstufungen noch viele, und niemand hätte die Christlichsozialen gehindert, diesen vierten Wahlkörper entweder als allgemeinen mit so viel Mandaten zu bedenken, wie sie die privilegierten haben, oder ihn mit 20 Mandaten den Wählern zu überlassen, die an den 138 privilegierten keinen Anteil haben — was alles noch recht tätliche Demokratie gewesen wäre —, auch die Regierung nicht, die zwar die Beseitigung der Wahlkörper ablehnte, aber bei dem vierten Wahlkörper die Demokratie gegen die Christlichsozialen noch verteidigen mußte und in mannigfachen Punkten seine vollstündigere Ausgestaltung forderte. Also die Berufung auf den Widerspruch der Regierung zählt nicht. Im übrigen sind wir bereit, auf alle historischen „Erinnerungen“ zu verzichten, wenn die Christlichsozialen jetzt tun, was sie vor achtzehn Jahren nicht getan haben: eine Wahlreform machen, die die Gedanken der politischen und sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen halbwegs bereit ist. Was ist's also mit der Gemeindevahlreform?

Aber wäre etwa die Einführung des gleichen Wahlrechtes in der Gemeinde eine Bürgschaft gegen die Härten der Mandatsverteilung? fragt die „Reichspost“ und antwortet: Mit nichts! Und die „Reichspost“ will das mit dem Wahlausgang bei den letzten Reichsratswahlen dartun, wo die Christlichsozialen trotz vieler Stimmen wenige Mandate erhielten. Aber es ist etwas anderes um die zu-

fällige Ungunst eines Wahlausganges — die Sozialdemokraten haben ja im Jahre 1897 auch nicht wenige Stimmen erhalten und gar kein Mandat errungen — und um die im Mechanismus der Wahlordnung verankerte Regel; um einen Wahlausgang, den die Majoritätswahl einmal ermöglicht, oder um eine unentrinnbare Folge des Wahlgesetzes; die „Reichspost“ wird doch nicht bestreiten, daß bei den Reichsratswahlen Wind und Wetter gleich verteilt sind (wobei wir schon die die Christlichsozialen so außerordentlich begünstigende Ungleichheit in der Verteilung der Mandate in Kauf nehmen), wogegen bei den Gemeinderatswahlen schon das Gesetz die Ungleichheit enthält, und zwar eine Ungleichheit, die einfach himmelschreiend ist. Gegen den Zufall des Ausganges bei Majoritätswahlen gibt es übrigens auch eine Vorlesung: das Verhältnißwahlrecht, und wir möchten die „Reichspost“ fragen, ob sie es vergessen hat, wer sich bei der Reichsratswahlreform dafür eingesetzt und wer es befehlet hat — und uns beschuldigt hat, wir wollen für Wien ein schlechteres, ein Ausnahmewahlrecht, und gemeint hat, es wäre für Wien eine beleidigende Ausnahme, obwohl es die Erkenntnis war, daß eine Großstadt die Reife zum modernsten Wahlrecht habe! Vielleicht haben die Ergebnisse der letzten Reichsratswahlen die Christlichsozialen belehrt und ihnen die Ablehnung des Proporz für Wien, die davon ausging, daß sie nie besiegt werden können, als einen Fehler erkennen lassen. Alles in allem, die Frage nach der Gemeindevahlreform ist die wichtigste Frage der Wiener Neuorientierung — und bevor man über die Teilnahme an den Beratungen des Stadtrates beschließt, muß die Frage nach einer der Sozialdemokratie entsprechenden Teilnahme an den Beratungen des Gemeinderates geklärt werden. Die Feststellung, daß die Sozialdemokraten nur acht Mandate im Gemeinderat haben, ist nicht ein Hohn auf unsere Partei, sondern ein Hohn auf diese Gemeindeordnung.

Die Frage der Stadtratsmandate.

Die Wiener Vertrauensmänner haben gestern (Montag) über das bekannte Anerbieten, wonach den Sozialdemokraten im Gemeinderat ein Sitz im Stadtrat überlassen wird, beraten und darüber folgenden Beschluß gefaßt:

So wie die Sozialdemokratie festhält an der Forderung nach einer gerechten demokratischen Gestaltung des Gemeindevahlrechtes, gegen welche jede innere Umgestaltung in der Gemeindevertretung an Bedeutung zurücktritt, so hält sie aber schon heute nach wie vor fest an der Forderung nach einer entsprechenden Vertretung der Partei im Stadtrat und in allen Ausschüssen des Gemeinderates. Diese Forderung kann gerade jetzt mit um so größerer Energie und Dringlichkeit erneuert werden, als eine beträchtliche Zahl von Mandaten im Stadtrat unbefetzt ist. Hingegen legt die Konferenz aus demselben Grunde auf das entschiedenste Verwahrung ein gegen den Plan, von der Regierung zu verlangen, daß sie das Statut der Gemeinde Wien ändere, indem sie über die Verfassung hinwegschreitet. Will die Mehrheit des Gemeinderates in der Tat ein an der Minorität begangenes verjährtes Unrecht wenigstens zum Teil gutmachen, so kann sie das tun, ohne die Initiative zum Verfassungsbruch zu ergreifen.

Die Organisation der deutsch-österreichischen Städte.

Vom Reichsratsabgeordneten Rudolf Wedra.

Die Notwendigkeit zu einer zusammenfassenden Organisation der Städte bestand seit jeher. In der neueren Zeit der österreichischen Geschichte finden wir, daß es vorzugsweise die deutschen Städte waren, welche getrachtet haben, zu einem gemeinsamen Zusammenwirken zum Schutze der Städte und der Interessen ihrer Bevölkerung zu kommen. Eine der bekanntesten Organisationsversuche wurde vor fast drei Jahrzehnten gemacht, als die Delegierten der Landeshauptstädte einer Einladung des damaligen Bürgermeisters von Wien Eduard Uhl folgend, im Wiener Rathaus damals zu einer Konferenz zusammentraten. Späterhin fanden in Deutsch-österreich wiederholt Städtetage statt und es gab dann zwei Gruppen von Städteorganisationen, je nach der Verwaltungsform der Städte. Auf der einen Seite standen die Statutarstädte mit ihrem Städtetag, auf der anderen Seite die nicht ein eigenes Statut besitzenden Städte und die letzteren besaßen sich auf ihren Tagungen hauptsächlich mit den Fragen der Heimats- und Armengesetzgebung, den Finanzangelegenheiten und allen anderen Fragen der Gesetzgebung, die

für das Leben der Gemeinden, insbesondere der Städte von Bedeutung waren.

Als im vergangenen Jahre bekanntlich eine neue Organisation, jene des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, gebildet wurde, war man sich bewußt, daß dieses Unternehmen während der Kriegszeit kein leichtes Beginnen sei. Durch die Kriegsverhältnisse sind ja naturgemäß auch den Städten die besten Arbeitskräfte entzogen worden, die tatkräftigeren Elemente der Bevölkerung stehen alle im Felde, und die Arbeitsüberhäufung insbesondere in den städtischen Betrieben ist eine derartige, daß ein weiterer Zuwachs an Arbeit kaum mehr übernommen und bewältigt werden könnte. Dennoch hat sich in der kurzen Zeit des Bestehens der neuen Städteorganisation die Einrichtung der Zentralstelle des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs als höchst zweckmäßig bewährt. Fast alle deutschen Städte Oesterreichs, 150 an der Zahl, haben sich der Organisation bereits angeschlossen, und die meisten von ihnen hatten schon wiederholt Gelegenheit, mit der Zentralstelle Fühlung zu nehmen und deren Unterstützung in verschiedenen wirtschaftlichen Organisationsangelegenheiten in Anspruch zu nehmen. Hauptsächlich waren es Approvisionierungsangelegenheiten, wo dann der Zentralstelle die Möglichkeit gegeben war, durch direktes Eingreifen bei der Regierung oftmals schneller das gewünschte Resultat zu erzielen, als es den vom Reichszentrum oft weit entfernten Städten insbesondere bei den Verkehrsverhältnissen der jetzigen Zeit möglich gewesen wäre. Aber auch in vielen anderen Angelegenheiten, in Fragen des Städtedefizits, der Kriegerheimstätten, in der Beratung und Vorarbeit für städtische Fragen verschiedener Art konnte wertvolles Material gesammelt und durch Einleitung entsprechender Aktionen der Regierung Gelegenheit geboten werden, auch in der parlamentslosen Zeit die Wünsche der Bevölkerung von kompetentester Seite kennen zu lernen.

In dieser Erkenntnis haben die Städte sich und ihren Apparat auch in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellt und durch Geben von gewünschten Aufschlüssen der Zentralstelle wertvolles Material beigelegt. Nach dem Kriege wird man dann ja erst erkennen, was alles unsere deutschösterreichischen Städte während dieser Zeit geleistet haben. Mögen wohl hin und wieder Fehler und Unterlassungen geschehen sein, mögen auch hier und da ungeeignete Persönlichkeiten ungeeignete Verfügungen treffen, so ist dies aber wohl nicht als ein Vorrecht der Städte anzusehen, sondern trifft gewiß in gleicher Weise Stadt, Land und Bezirke. Vielleicht sind es gerade die Städte gewesen, die durch den innigen Kontakt, in den sie mit der Bevölkerung stehen, imstande waren, die praktischen Bedürfnisse des Volkes am besten kennen zu lernen und am richtigsten einzuschätzen. Man hätte gewiß in manchen Fehlgriiff vermeiden können, wenn man die Bürgermeister der größeren Städte mehr zur Mitarbeit und Mitberatung herangezogen hätte, als dies geschehen ist, insbesondere in Angelegenheiten aller jener Verordnungen, welche teilweise nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen oder verbessert werden mußten, doch auch bei jenen Verfügungen der staatlichen Behörden, die allerdings gesetzliche Wirkung äußern sollten, aber aus verschiedenen Gründen nicht äußern konnten, daher niemals reale Wirklichkeit wurden.

Die Organisation der deutschösterreichischen Städte und ihre Haupttagung, der Städtetag, der Ausschuss und die ständige Zentralstelle sind heute Gebilde, welche sich durchzusetzen wissen werden. Diese Einrichtungen sind einem berechtigten, in den Tatsachen begründeten Verlangen entsprungen und wurzeln in der Wirklichkeit des städtischen Lebens. Die Anerkennung, die diese Einrichtungen verdienen, wird ihnen auch in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit zuerkannt werden, und so werden sie nicht nur zum Nutzen der Städte, sondern auch zum Nutzen des ganzen Staates wirken können.

Der am 28. September d. J. in Wien stattfindende Städtetag wird in seiner ganzen Bedeutung erst anerkannt werden können, wenn die Früchte dieses Wirkens in späteren Zeiten reifen werden. Der nach siegreich beendeten Kriege kommende Friede wird die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Erfüllung der Aufgaben der Städte durch entsprechende Organisation wieder aufs neue erweisen und die Bewältigung der großen neuen Arbeit, die uns die Friedenszeit geben wird, wird Zeugnis ablegen für den Wert der Schöpfung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs.

Zur Bürgerklubseinladung an die Opposition.

Arbeitsföhen des Demagogentums. — Sozialdemokratische Mandatsphilosophie.

Während die Führer der gemeinderätlichen Oppositionsparteien und zunächst auch deren Parteipresse das entgegenkommende burgfriedliche Angebot des Bürgerklubs freundlich aufnahmen, ja die liberalen Blätter sogar noch am gleichen Tage den Wettlauf um die angebotenen Stadtratsitze begannen, flaute nach und nach die „Stimmung“ für das Mitarbeiten wieder bedenklich ab und derzeit ist es ganz unsicher, wozu sich die Opposition entscheiden wird. Die ersten, die ein Haar in der Suppe fanden, waren die Demagogen der liberalen Hessblätter, welche den Gemeinderatsliberalen, falls sie das Angebot annähmen, mit dem Unwillen der nichtbefragten liberalen Wählerschaft drohten, obwohl die liberale Großpresse eben erst es begrüßt hatte, daß nunmehr endlich die steuerkräftige und intelligente Wählerschaft durch ihre liberalen Vertreter im Stadtrate an der Verwaltung Wiens teilnehmen dürfe, was für die Stadt ein ganz unschätzbare Glück bedeute. Wenigstens, so forderte die Demagogenpresse, dürften die neuen Oppositionstadträte nicht mitarbeiten und mitverantworten, sondern bloß die „Aufseher“ und „Hörcher“ spielen; zu diesem Zweck sei es notwendig, daß einer der beiden liberalen Stadträte der Gemeinderat H o h e n s i n n e r sei. Anscheinend hält die liberale Demagogie von Hohensinners Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit nicht viel, desto mehr von seiner Eignung und Neigung zum Zuschauen und Hören. Als dann der Verband der liberalen Gemeinderäte in der Tat dem Befehle der Demagogie gehorchte und an Stelle der sonstigen in der liberalen Presse bereits genannt gewesenen arbeitswilligen Bewerber den Gemeinderat Hohensinner auf die Liste setzte, da wußte man, daß die Liberalen zwar noch immer für die Annahme des Angebotes seien, aber mit dem Demagogentum in der Partei auch jetzt nicht zu brechen wagten. Doch es war schließlich Sache der Liberalen, wen sie, die doch die steuerkräftigsten und intelligentesten Schichten der Bevölkerung zu vertreten behaupten, für den würdigsten Repräsentanten des Liberalismus im Stadtrate halten. Wenn sie den Hohensinner für besser, würdiger, fähiger und geeigneter halten, als alle übrigen liberalen Gemeinderäte, so vermögen die Christlichsozialen diese Ansicht zwar nicht zu teilen, aber das Urteil steht den Liberalen zu und

vielleicht erbringt Hohensinner, einmal in den Stadtrat entsendet, den Beweis, daß ihn seine Parteigenossen richtiger gewertet haben.

Inzwischen fährt die liberale Demagogie fort, gegen das burgfriedliche Angebot zu hetzen. Obwohl selbst Dr. L. Bogler im Sonntagsblatt der „N. F. Pr.“ nach Anführung „mancher Bedenken“ feststellt, daß sich die Oppositionsparteien „verpflichtet fühlen müssen, von der jetzt gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen“, da die Bevölkerung „ein Zusammenwirken aller Parteien im Stadtrate nur begrüßen könnte“, schüren die heutigen jüdischliberalen Montagsblätter trotz des nahenden „Versöhnungsfestes“ (langer Tag, Jom hakippurim) leidenschaftlich gegen den drohenden Burgfrieden im Gemeinderate und drohen, die etwa auf das Bürgerklubangebot eingehenden liberalen Gemeinderäte nach gutem alten Brauch als Ziegenböcke oder Hähne („Sündenböcke“) bei nächster Gelegenheit abzumurksen. Daß es dabei nicht ohne das übliche verlogene Geschimpfe auf die Christlichsozialen abgeht, versteht sich bei dieser Preßgattung, die ausschließlich von Massentrieben geleitet wird, von selbst. Wie sich die Gemeinderatsliberalen schließlich mit ihrer Presse abfinden, ist für die Christlichsozialen und die Bevölkerung nichts weiter als ein Schauspiel, bei dem sich schließlich herausstellen muß, was bei den Liberalen größer ist: der Eifer zur Pflichterfüllung, die Dr. Bogler und andere predigen, oder die Furcht vor dem Demagogentum, das arbeitsföhen ist, weil es die Hege liebt.

Für die Stellung, welche die Sozialdemokratie in Wien einnimmt, ist es bezeichnend, daß das sozialdemokratische Hauptorgan sofort, als die Hege der liberalen Demagogie eingesezt hatte, ebenfalls gegen die Annahme des Bürgerklubangebotes Stimmung zu machen begann. Die Erfahrung, die immer wieder gemacht wird, daß die, jagen wir, das „Versöhnungsfest“ mitfeiernde Wiener Führung der Sozialdemokratie diese als ein bloßes Anhängel des — Ziegenbockliberalismus behandelt und leitet, bestätigte sich wieder einmal. Die ältesten Wahlpropagandafalauer wurden plötzlich hervorgeholt und die duftendsten Fargonblüten aufgefressen, um den sozialdemokratischen Gemeinderäten ihr etwaiges Vorhaben zu verleiden und die einheitliche Front zwischen der Partei und der liberalen Demagogie wieder herzustellen. Den Mandatsverteilungsphantasien, die wir bereits beleuchtet haben, folgten „verfassungsrechtliche Bedenken“ (im Blatte, von dem die Regierung in zahllosen Artikeln angezogen wurde, die böhmische und eine Reihe anderer Fragen im Verordnungswege zu regeln!) und diesen wieder Wahlrechtsföhlereien. Wir haben der „N. F.“ vorgehalten, daß ihre Partei im Parlamente bei Ausschuwahlen niemals nach der Wählerzahl der Abgeordneten oder Parteien gefragt hat, während sie die Stadtratsitze nicht nach der Stärke der Gemeinderatsparteien, sondern nach der Wählerzahl vergeben wissen möchte. Ebenso haben wir der „N. F.“ vorgehalten, daß auch das „gleiche“ Wahlrecht bei der Mandatsverteilung die größten Ungleichheiten bewirkt, und verwiesen auf das Beispiel der Reichratswahlen im Juni 1911, bei denen die Christlichsozialen, die fast gleich viel Stimmen erhalten hatten wie die Sozialdemokraten, aber etwa fünfmal soviel als die Freisinnigen, nur 3 Mandate besetzen konnten, während auf die Sozialdemokraten 19 und auf die Freisinnigen 11 Mandate entfielen. Die „N. F.“ hat darauf keine bessere Ausflucht, als daß dieser Vergleich „gar keinen Sinn habe“, denn es sei „ein fundamentaler Unterschied“, ob eine Ungleichheit „zufällig“ (!) vom gleichen Wahlrecht oder unzufällig von der Wiener Gemeindevahlordnung bewirkt werde. Dieser Unterschied ist uns „zu hoch“. Uns ist umgekehrt eine gewisse Ungleichheit, da sie aus Grundföhen hervorgeht (bekanntlich sind auch überzeugte Demokraten gegen die rein mechanische Wahlrechtsgleichheit in der Gemeinde) sympathischer als eine, die von Zufällen abhängig ist. Gar so „zufällig“ sind übrigens die Unbilligkeiten des „gleichen“ Reichratswahlrechtes nicht; vielmehr gehört es, solange sie nicht vom Proporz gemildert wird, zu ihrem Wesen, daß sie große Wählerschaften ganz unvertreten läßt; eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen gewinnt das Mandat, eine Stimme weniger bewirkt, daß eine Wählerpartei durch eine ganze Legislaturperiode ohne Vertretung bleibt. Das ist nicht einmaliger „Zufall“, sondern Wesen des Gesetzes. Es ist auch unwar, daß die „Reichspost“ seinerzeit den Proporz für die Reichratswahlordnung beföhdet, die „N. F.“ ihn dagegen befürwortet habe; wahr ist, daß wir den Versuch der „N. F.“, die Gleichheit der Reichratswahlordnung für ganz Österreich dadurch zu verfälschen, daß für Wien eine andere (Proporz-) Wahlordnung eingeföhrt werde, als für die anderen Wahlkreise, beföhdet haben. Trotz aller Ablehnungsversuche bleibt es dabei, daß die Gemeindevahlordnung Wiens die demokratischste von allen Städten ist, die halbwegs für einen Vergleich mit Wien in Betracht kommen können; der demokratische Charakter einer Wahlordnung hängt nämlich durchaus nicht allein von der Art des vierten Wahlkörpers oder gar davon, ob die sozialdemokratischen Kandidaten größere oder geringere Aussichten haben, ab, sondern von ihrem ganzen Aufbau und Geiste. Die „N. F.“ lese die Reden ihrer liberalen Bundesgenossen in den Wahlordnungsdebatten nach, dann wird sie erfahren, wie schrecklich „radikal“ und „umstürzlerisch“ die derzeitige Wiener Gemeindevahlordnung ist. Uebrigens wurde diese von den Christlichsozialen niemals als das Vollkommenste aller Vollkommenheiten und als für ewige Zeit unänderlich betrachtet; gerade in Wahlordnungsfragen haben gerade die Christlichsozialen immer wieder durch die Tat bewiesen, daß sie der Entwicklung Rechnung zu tragen wissen. Aber derzeit hat die Wiener Bevölkerung wahrhaftig Dringenderes und Wichtigeres zu tun, als Wahlordnungen zu ändern, zumal der Glaube an die Lehre von der allesbeseigenden, alleinseligmachenden und alle Welt zum Besten lenkenden Kraft von Wahlreformen seit den Erfahrungen mit der Reichratswahlreform ganz beträchtlich abgenommen hat.

Opposition und Stadtrat.**Die Haltung der Sozialdemokraten.**

Der Antrag des Bürgerklubs auf Vermehrung der Stadtratsmandate von 27 auf 30 mit Zulassung der sozialdemokratischen und liberalen Opposition mußte — wie bekannt — von der Tagesordnung der letzten Gemeinderatsitzung abgesetzt werden, weil die Sozialdemokraten erklärt hatten, sie müßten erst die Meinung des Parteirates einholen.

Nun haben, wie die „Arb.-Ztg.“ berichtet, die sozialdemokratischen Vertrauensmänner über das Anerkennen auf Ueberlassung eines Stadtratsmandates einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, die Sozialdemokraten halten an der Forderung nach einer gerechten demokratischen Umgestaltung des Gemeindevahlrechtes und folglich auch an der Forderung nach einer entsprechenden Vertretung der Partei im Stadtrate und in allen Ausschüssen des Gemeinderates fest. Diese Forderung kann gerade jetzt mit umso größerer Energie und Dringlichkeit erneuert werden, als eine beträchtliche Zahl von Mandaten im Stadtrate unbesetzt ist. (Fünf, die aber durchwegs wieder mit Christlichsozialen besetzt werden sollen. — Red.) Die Konferenz legt entschieden dagegen Verwahrung ein, daß die Änderung des Gemeindestatuts, die durch eine Vermehrung der Stadtratsmandate erforderlich wäre, auf dem Verordnungswege erfolgt, „denn“, sagt der Beschluß, „will die Mehrheit des Gemeinderates in der Tat ein an der Minorität begangenes verjährtes Unrecht wenigstens zum Teile gutmachen, so kann sie das tun, ohne die Initiative zum Verfassungsbruch zu ergreifen.“

Der Beschluß der sozialdemokratischen Vertrauensmänner zeichnet der Mehrheit in verblihbten Wendungen den Weg vor, ohne Abänderung des Statuts die Opposition in den Stadtrat zu wählen. Einfach derart, daß von den fünf derzeit erledigten Mandaten drei der Opposition überlassen und für die restlichen zwei Christlichsoziale gewählt werden. Damit wäre den Bedenken der Sozialdemokraten Rechnung getragen und die Mehrheit hätte gleichzeitig bewiesen, daß es ihr mit der Heranziehung der Opposition zur Mitarbeit und Kontrolle im Stadtrate wirklich ernst ist. Denn die Umgestaltung des Stadtrates verträgt einen Aufschub, sobald wieder normale Zeiten herrschen, die gesetzlichen Vertretungskörper versammelt sind, um die Abänderung des Statuts formell gutzuheißen.

Auch in der Bevölkerung würde diese Lösung begrüßt werden, denn drei neue Stadtratsmandate bedeuten eine — wenn auch nicht in Betracht kommende — Mehrauslage von 18.000 Kronen jährlich, und Sparfameit auch im Kleinen ist in diesen harten Zeiten besonders schätzenswert.

Außerordentliche städtische Generalversammlung.

Gestern nachmittags um 3 Uhr fand im kleinen Redoutensaale eine außerordentliche städt. Generalversammlung unter dem Vorsitze des kön. Rates Bürgermeister Prollh statt, an der 20 Repräsentanten teilnahmen. Es wurde die Kriegszulage der städt. Beamten für 1916—17 und das Ansuchen des Franz Josef-Kinderspitals um Auslösung von 10.000 Kronen verhandelt.

Betreffs der Kriegszulage der städt. Beamten referierte Obernotär Karl Mitterhauser. Die Beamten erhalten mit 1. November eine Kriegszulage von 25, 30 und 35 Prozent. Es sind hiemit insgesamt 557 Beamten zu beteiligen. Von denselben sind 382 Beamte, Angestellte, Diurnisten und Polizeiwachleute, die im Verwaltungsdienste tätig sind. Für diese sind 222.838 K. 49 S. flüßig zu machen, — und zwar von seite der Regierung auf Staatslasten, — für die übrigen 175 städtischen Beamten und Angestellten, die nicht im Verwaltungsdienste tätig sind, hat die Stadtgemeinde 86.606 K. 47 S. zu besorgen, die durch die Ersparnisse aus 35 vakanten Stellen und aus dem Betrage nicht ausgefolgter Teilgehälter der 129 eingrückten Beamten und Diurnisten, welche beide Posten mehr wie 100.000 Kronen betragen, bedeckt erscheinen.

Maaistratsrat Richard Kanya referiert über das Ansuchen des Pozsonner Wohltätigen Frauenvereines als Verwalterin des „Franz Josef-Kinderspitals“ um Auslösung von 10.000 Kronen aus den Geldern der Balffy Janos-Stiftung für das zum Spital gehörige Szentandorher Erholungsheim für Zwecke des Spitals, richtiger gesagt, für Zwecke der Erholung kranker Kinder. Da das Szentandorher Erholungsheim seit Kriegsbeginn vom Militär in Anspruch genommen wird, — kann den Kindern die nötige Erholung nur in Pozsony selbst geboten werden, und so erscheint das Ansuchen des Wohltätigen Frauenvereines vollauf gerechtfertigt. Zu dem Gegenstande sprachen die Stadtrepräsentanten Reichstagsabgeordneter Ehrenbürger Karl v. Reichidler und Hofrat Dr. Bela Lauscher, sowie Johann Andreas Bäumlér, Otto Sziklai, Theodor Kleischer und Ludwig Wiener, ferner Oberfiskal Dani Molec und Bürgermeister k. Rat Prollh, die sich im obigen Sinne äußerten und die großen Dienste und Opfer des Pozsonner Wohltätigen Frauenvereines auf dem Gebiete

der Kinderfürsorge im Allgemeinen, und die Fürsorge für kranke Kinder im Besonderen hervorhoben.

Um 4 Uhr nachmittags schloß Vorsitzender, Bürgermeister Prollh, die Generalversammlung.

Die Frage der Stadtratsmandate.

Bekanntlich war es die Absicht des Bürgerklubs des Gemeinderates, die Stadtratsmandate um drei zu vermehren und zwei der Fortschrittspartei und eines der sozialdemokratischen Partei zu überlassen. Die Fortschrittlichen haben, wie bekannt, die Gemeinderäte Dr. Hein und Oswalt Hohenfinner als Kandidaten bestimmt, wozu der Bürgerklub bisher keine Stellung genommen hat. Die Sozialdemokraten erhoben verfassungsrechtliche Bedenken und gaben die Erklärung, daß die bestehenden fünf freien Stellen im Bürgerklub es der Majorität möglich machen, ohne Vermehrung der Stadtratsmandate die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Vertrauensmänner zu wählen. Sie erklärten, ihre Parteigenossen darüber befragen zu wollen, ob sie mit der Aenderung des Gemeindestatuts, welche im Falle der Vermehrung der Stadtratsmandate notwendig wäre, auf dem Wege des § 14 einverstanden wären.

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner haben nun, wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, folgenden Beschluß gefaßt: „So wie die Sozialdemokratie festhält an der Forderung nach einer gerechten demokratischen Gestaltung des Gemeinwahlrechtes, gegen welche jede innere Umgestaltung in der Gemeindevertretung an Bedeutung zurücktritt, so hält sie aber schon heute nach wie vor fest an der Forderung nach einer entsprechenden Vertretung der Partei im Stadtrat und in allen Ausschüssen des Gemeinderates. Diese Forderung kann gerade jetzt mit um so größerer Energie und Dringlichkeit erneuert werden, als eine beträchtliche Zahl von Mandaten im Stadtrat unbesetzt ist. Sinequoniam legt die Konferenz aus demselben Grund auf das entschiedenste Verwahrung ein gegen den Plan, von der Regierung zu verlangen, daß sie das Statut der Gemeinde Wien ändere, indem sie über die Verfassung hinwegschreitet. Will die Mehrheit des Gemeinderates in der Tat ein an der Minorität begangenes verjährtes Unrecht wenigstens zum Teil gutmachen, so kann sie das

tun, ohne die Initiative zum Verfassungsbruch zu ergreifen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat von diesem Beschluß der Sozialdemokraten den Obmann des Fortschrittlichen Parteiverbandes Gemeinderat Dr. Hein verständigt, um die fortschrittliche Partei zur Stellungnahme zu diesem Beschluß zu veranlassen. Ebenso wird der Bürgerklub in der allernächsten Zeit über die neugeschaffene Situation beraten.

27./IX. 1916

42

Deutschösterreichischer Städtetag. Bis her sind zu dem heute beginnenden deutschösterreichischen Städtetag in Wien mehr als hundert Anmeldungen von Vertretern der Deutschösterreichischen Städte und Märkte eingelangt. Der Tagung geht nachmittags eine Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Österreichs voraus. Auch der Unterausschuß zur Beratung der Fragen der Städteautonomie hält vor dem Städtetag eine Sitzung ab. Abends treffen einander die Teilnehmer im Volkstheater des Rathauses. — Morgen den 28. d. vormittags findet im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses eine Vorbesprechung innerer Angelegenheiten des Bundes statt, an der sich alle Vertreter und Delegierte der Städte und Märkte beteiligen. Nachmittags um 4 Uhr findet, gleichfalls im Gemeinderatssitzungssaal, der Städtetag als Hauptversammlung des Bundes statt. Der auf der Tagesordnung stehende Bericht über die Volksernährung wird wegen des großen Umfanges und der überragenden Wichtigkeit dieses Gegenstandes geteilt, und zwar werden hierüber Vizebürgermeister Raim (Wien), Reichsratsabgeordneter Bürgermeister Dr. Dinghofer (Linz) und Vizebürgermeister Gustav Oberleithner (Mährisch-Schönberg) Bericht erstatten. Außerdem stehen, wie bereits mitgeteilt, auf der Tagesordnung des Städtetages Berichte über die Städteautonomie (Berichterstatte Bürgermeister Dr. Storch, Komotau) und über den Ausgleich mit Ungarn (Berichterstatte Landesauschuß Kunisch a.).

29/X. 1916

79
h6

Nach dem Berichte und Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wird beschlossen:

(P. Z. 8479, M. D., 5210.) Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, längstens auf die Dauer des Kriegszustandes nach Maßgabe des unumgänglichen Bedarfes nach und nach weitere Ersatzdiurnisten bis zur Höchstzahl von 120, beziehungsweise im Falle des Mangels an geeigneten Bewerbern weibliche Kanzleihilfskräfte aufzunehmen. Hierbei wird es jedoch dem Herrn Bürgermeister freigestellt, im Hinblick auf den herrschenden Mangel an Stellenbewerberinnen in Zukunft im Bedarfsfalle von der vorgeschriebenen Mindestaltersgrenze sowie von dem Erfordernisse der Wiener Heimatsberechtigung und der Kenntnis der Stenographie und des Maschinenschreibens bei der Aufnahme weiblicher Kanzleihilfskräfte Umgang zu nehmen.

Den zum Nachmittagsdienste von 4 bis halb 8 Uhr abends herangezogenen Bediensteten des Steueramtes wird eine Entschädigung von je 3 K für jeden Beamten, von je 2 K für jede weibliche Hilfskraft und von je 1 K für die Diener bis zum Höchstausmaße von insgesamt 20.000 K gewährt.

Den Kanzlisten und Diurnisten des Exekutionsamtes sowie den Beamten des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters, welche zu den

für die Zuerkennung der staatlichen Unterhaltsbeiträge erforderlichen Erhebungen und zu Arbeiten, die bisher für das Konstriptionsamt und das Marktamt von Beamten des Exekutionsamtes besorgt wurden, herangezogen werden, wird eine Entschädigung, und zwar den ersteren von je 2 K, den letzteren von je 4 K für jeden Arbeitstag zuerkannt.

Armeeoberkommando und die Stadt Wien.

Ein Dokument aus der Obmännerkonferenz im Rathause.

Wir finden im soeben erschienenen Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlichten Protokolle der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz folgende Stelle:

„Magistratssekretär Dr. Rohlfes berichtet, daß in Ausführung des Beschlusses der Obmännerkonferenz an den Ministerpräsidenten die Forderung gerichtet worden sei, der Gemeinde Wien 100 Waggons Fett zur Verfügung zu stellen. Am selben Tage sei an das Armeeoberkommando um 100 Waggons Fett depechiert worden.

Hierauf sei am nächsten Tage folgende Depesche vom Armeeoberkommando eingelangt: „Das Armeeoberkommando, das der Approvisionierung der Stadt Wien regstes Interesse entgegenbringt, hat in Entsprechung Eurer Exzellenz telegraphischen Bitte das Kriegsministerium ersucht, aus Vorräten der Heeresverwaltung fallweise mehrere Waggons Fett im Einvernehmen mit Eurer Exzellenz der Stadt Wien als Anshilfe zu überlassen. Abgabe von 100 Waggons ist unmöglich, ohne die Fettversorgung der Armee zu beeinträchtigen, bitte Eure Exzellenz entsprechende Verfügungen treffen zu wollen, damit fallweise überlassene Fettvorräte tatsächlich dem konsumierenden Publikum zugeführt werden und spekulative Anhäufung von Vorräten vermieden wird.“

Daraufhin sei mit dem Kriegsministerium das Einvernehmen geschlossen worden und dieses habe mit Erlaß vom 2. Juni 1916 der Gemeinde Wien 80.000 Kilogramm Rindspeisefett unter der Gewährleistung zur Verfügung gestellt, daß diese Fettmenge an die arme Bevölkerung zur Abgabe gelange und nicht von gewissenlosen Detailhändlern zu einer ungerechtfertigten Bereicherung benützt werde.

Bekanntlich ist dieses Rindspeisefett dann in kleinen Paketen von der Gemeinde Wien verkauft worden, und Tausenden von Wiener Familien sind damals die schweren Sorgen wegen der Fettbeschaffung abgenommen worden. Man erzählt heute, daß die Stadt dies dem Armeeoberkommandanten, das sofort die Bitte der Wiener Gemeindeverwaltung erfüllte, zu danken hat!

Deutschösterreichischer Städtetag.

Der Deutschösterreichische Städtetag als Hauptversammlung des Bundes der deutschen Städte Österreichs wurde gestern nachmittag im Gemeinderatssitzungssaale des Rathauses eröffnet. An der Versammlung nahmen unter andern teil: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister **Hierhammer, Hof und Raim, Oberkurator**

Steiner, Landesauschuß Runkel, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Jäger (Linz), die Reichsratsabgeordneten Handelskammerat Richter, Doktor Reller, Kraft, Dent, Professor Redlich, Dr. v. Licht, Dr. Dinghofer, Marchl, Dr. Baber, Wehra, Doktor Schürff, Dr. Gustav Groß, R. S. Wolf, Doktor Wichtl, Dr. v. Mühlwerth, Pacher, die Landtagsabgeordneten Johann Langer, Kasla, Lamuffino, Mender und Capla, die Bürgermeister Rudlich (Troppau), Schnitzler (Brünn), Oberleithner (Mährisch-Schönberg), Ahmann (Villach), Greil (Innsbruck), v. Weglar (Klagenfurt), Taschel (Büdweis), Dr. Storch (Komotau), Vizebürgermeister Dr. Toldt (Salzburg), Hofrat Vetter, vom Reichsverband der Gemeindebeamten Präsident de Pontis und Vizepräsident kaiserlicher Rat Freikler, Obmann des Bundes der deutschen Bezirks- und Gemeindebeamten in Böhmen Mischel, Mitglied der Reichsparteileitung der deutschen Arbeiterpartei Walter Gattermayer, ferner Vertreter der Städte Regenz, St. Völten, Sainburg, Brün, Bielitz, Oberberg, Zwittau, Prachatis, Olmütz, Mest, Enns, Korneuburg, Stoderau, Uch, Trautenau, Gding, Friedel, Jglau, Teplitz-Schönau, Oderfurt, Waidhofen an der Ybbs, Mährisch-Odrau, Witzkowiz, Gmünd, Ziwettl, Wiener-Neustadt, Karlsbad, Aussig, Dux, Sternberg, Friedland, Jägerndorf, Wiala, Brud an der Leitha, Freudental, Urfaß, Baden bei Wien, Bettau, Gmunden, Linz, Dornbirn, Zwittau, Regenz und Znaim.

Der Obmann der Bundesleitung Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte in seiner Begrüßungsrede aus: Unser deutsches Volk bringt in diesem Weltkriege die größten Blutopfer und ein großer Teil der Jugend und Intelligenz unsres Volkes liegt in den Gräbern der Schlachtfelder. Aber auch uns, die wir im Hinterlande geblieben, hat der Krieg schwere Opfer auferlegt, und wir haben sie mit Hingebung und unentwegter Treue zu Kaiser und Reich getragen. Wir haben als die Anwälte unsres Volkes und der städtischen Interessen unsre Pflicht erfüllt, obwohl uns diese Pflichterfüllung nicht immer leicht gemacht wurde.

Eine Fülle von wichtigen Fragen hat der Krieg den Städteverwaltungen auferlegt. Ihr Vorstand war geradezu in Verlegenheit, welche Frage als die wichtigere zu erscheinen habe. Aus diesem großen Komplex haben wir drei Fragen ausgewählt, um sie zur Beratung zu stellen. Die eine betrifft das **Walla-dum** unsrer Städte, die **Gemeindeautonomie**. Daran müssen wir festhalten, koste es welchen Kampf auch immer. Wir sind uns bewußt, daß die Selbstverwaltung, die große Kraft des deutschen Volkes, sich bewährt hat, und wollen davon nicht ablassen. Im zweiten Punkt wollen wir den ganzen Jammer unsrer **Approbitionierungsverhältnisse** entrollen. Wir wollen aber auch zeigen, was die deutschen Städte für Aufgaben gelöst haben, sowohl Wien wie die Städte in den einzelnen Kronländern. Im engsten Zusammenhang damit steht die

Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, und es werden die Forderungen des Städtetages insbesondere dahin ausfließen müssen: Wie wir ein gemeinsames Verteidigungsgebiet sind, so müssen wir auch verlangen, daß wir ein einheitliches Verpflegungsgebiet sind, daß die Beziehungen, die der Frieden bezüglich der agrarischen Importe aus Ungarn geschaffen hat, nicht plötzlich im Kriege aufhören dürfen. Darüber wird noch manches ernste und nachdrückliche Wort gesprochen werden müssen. Aber nicht nur um diesen Punkt handelt es sich. Es darf, meine Herren, der heutige Städtetag als das deutsche Städteparlament Österreichs nicht vorübergehen, ohne daß wir uns auch mit den Forderungen des deutschen Volkes für die Zukunft befassen. Auch da wollen wir verlangen, daß neue Richtlinien für die Stellung des deutschen Volkes aufgestellt werden, die wohl der Stellung des deutschen Volkes entsprechen und die die Besserstellung unsrer Kinder und Enkel verbürgen sollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bevor an die Tagesordnung eingegangen wurde, beschloß der Städtetag einstimmig die Absendung folgenden Guldigungstelegrammes:

„Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät Franz Josef I. Wien, Schloß Schönbrunn. Die auf dem Deutschösterreichischen Städtetag zahlreich versammelten Vertreter der deutschen Städte und Märkte aus ganz Österreich erneuern das Gelöbniß unerfütterlicher Treue zu Kaiser und Reich. Die Bevölkerung Deutschösterreichs wird wie bisher so auch in Zukunft kein Opfer scheuen und keine Anstrengung unterlassen, um sich unsrer heldenhaft kämpfenden Armeen würdig zu zeigen und das Durchhalten bis zum endgültigen Sieg zu ermöglichen. Der Deutschösterreichische Städtetag gibt seinem heißen Wunsche Ausdruck, es möge Euer Majestät gegönnt sein, das **Reich durch die Wirren und Opfer eines uns auf-**

gezwungenen Krieges zum siegreichen und gesicherten Frieden zu führen.“

(Der Dank des Kaisers an den Städtetag.) Als Antwort auf das Huldigungstelegramm der Vertreter der deutschen Städte Oesterreichs an den Kaiser langte gestern an Bürgermeister Dr. Weiskirchner als Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, das folgende Telegramm ein: „Seine k. u. k. apostolische Majestät haben die Huldigung des unter dem Vorsitz Eurer Excellenz stehenden Deutschösterreichischen Städtetages mit lebhafter Befriedigung entgegenzunehmen geruht. Allerhöchstselben danken den Vertretern der deutschen Städte und Märkte Oesterreichs herzlichst für das erneuerte Gelöbniß ihrer hingebungsvoll bewährten Treue und gedenken neuerlich mit warmer Anerkennung des von der Bevölkerung mit unerschütterlicher Vaterlandsliebe befundeten Opfermutes. — Auf Allerhöchsten Befehl: Freiherr von Schiefl.“

„Wien nach dem Kriege.“

Die Denkschrift des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines.

Vom Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein wird uns folgendes mitgeteilt:

In Wiener Tagesblättern vom 21. September 1916 findet sich ein aus der Rathauskorrespondenz übernommener Artikel über eine Stellungnahme in einer Sitzung Wiener Magistratsräte gegen die Denkschrift „Wien nach dem Kriege“ abgedruckt. Nach diesem Artikel glaubt man sachliche Ausführungen über die allgemein als dringend anerkannte Notwendigkeit einer Reorganisation des Beamtenkörpers der Gemeinde Wien mit der Bezeichnung „gründliche Entgleisung“ abtun zu können, über die „man einfach zur Tagesordnung übergeht“.

Sachgemäße Erörterungen über eine dringend notwendige Angelegenheit des öffentlichen Lebens ungerechtfertigterweise als Schmähungen und Anwürfe zu bezeichnen und solche Erörterungen, weil sie in einem berührten und beschränkten Kreise nicht angenehm empfunden werden, einfach durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen zu wollen, erscheint gänzlich unzulässig.

Nach dem Kriege wird die Frage mit ausführlichen Angaben neu angeschnitten und nachgewiesen werden, auf welcher Seite „die Verkennung des Wesens öffentlicher Verwaltung“ liegt.

2./X. 1916

53

[Wien nach dem Kriege.] Vom Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein wird uns folgendes mitgeteilt: In Wiener Tagesblättern vom 21. September 1916 findet sich ein aus der „Rathauskorrespondenz“ übernommener Artikel über eine Stellungnahme in einer Sitzung Wiener Magistratsräte gegen die Denkschrift „Wien nach dem Kriege“ abgedruckt. Nach diesem Artikel glaubt man sachliche Ausführungen über die allgemein als dringend anerkannte Notwendigkeit einer Reorganisation des Beamtenkörpers der Gemeinde Wien mit der Bezeichnung „größliche Entgleisung“ abtun zu können, über die man einfach zur Tagesordnung übergeht. Sachgemäße Erörterungen über eine dringend notwendige Angelegenheit des öffentlichen Lebens ungerechtfertigterweise als Schmähungen und Anwürfe zu bezeichnen, und solche Erörterungen, weil sie in einem bestimmten Kreise nicht angenehm empfunden werden, einfach durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen zu wollen, erscheint gänzlich unzulässig. Nach dem Kriege wird die Frage mit ausführlichen Angaben neu angefaßt und nachgewiesen werden, auf welcher Seite die Verkennung des Wesens öffentlicher Verwaltung liegt.

Der deutschösterreichische Städtetag.

Heute wurden die Beratungen der Hauptversammlung des Bundes der deutschen Städte und Märkte Österreichs fortgesetzt. Außer den österreichischen Städtevertretern waren anwesend aus dem Deutschen Reich die Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher (Hildesheim) und Koch (Kassel), SM. Dr. Lindemann (Stuttgart), das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Städtetages Stadtrat Dr. Lütke (Berlin), Oberbürgermeister Matting (Breslau), der Geschäftsführer des deutschen Landgemeindenverbandes Dr. Schmude, in Vertretung des Oberbürgermeisters Bernuth Magistratsrat Dr. Sedt (Berlin), in Vertretung des Vereines für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik Geheimrat Regierungsrat Seidel und Generalsekretär Stein, weitere Vertreter des ungarischen Städtetages mit Bürgermeister Hofrat Brothly (Brezburg) an der Spitze.

In Vertretung des erkrankten Obmannes des Städtebundes Hgm. Dr. Weiskirchner begrüßte Oberkurator v. Steiner die Tagung und bemerkte, daß im Anschluß an den deutschösterreichischen Städtetag eine gemeinsame Tagung der Gemeindeabteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigungen Deutschlands, Ungarns und Österreichs einberufen wurde. Diese Gelegenheit wurde benützt, um die Städtevertreter aus Deutschland und Ungarn zu bitten, daß sie auch heute der Tagung der deutschösterreichischen Städte beiwohnen. Ueber Vorschlag des Vorsitzenden wurde ein Grußtelegramm an den Kaiser abgesendet.

Magistratsrat Dr. Sedt (Berlin) dankt im Auftrage des am Erscheinen durch dringende Arbeiten leider verhinderten Oberbürgermeisters Gg. Bernuth von Berlin für die Einladung, die ein neuer Freundschaftsbeweis sei, und überbringt die Grüße der Schwertbrüder im Norden. (Beifall)

Bürgermeister Dr. Löpler (Odenburg) dankt namens der ungarischen Städtevertreter für die Begrüßung und sagt, die durch den Krieg inniger geknüpften Beziehungen Deutschlands, Österreichs und Ungarns können die Landesgrenzen nicht lockern.

Obermagistratsrat Dr. Mahr (Wien) erstattete hierauf ein Referat über die Erschließung neuer Einnahmequellen für die Städte unter besonderer Berücksichtigung eines Gemeindezuschlages zur Kriegsteuer und beantragt eine Entschließung zugunsten der Einführung eines Zuschlages zur Kriegsteuer von höheren Geschäftsverträgen der Gesellschaften und von Mehreinkommen der Einzelpersonen sowie gegen die fernere Zuschlagsfreiheit der Einkommensteuer.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Jäger (Linz) erörtert die verfassungsmäßigen Bedenken bezüglich der Einführung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegsteuer, da die Landtage in den meisten Kronländern nicht tagen. Dasselbe gelte für eine etwaige Erhöhung der Wertzuwachssteuer.

ABg. Dr. Freihler (Troppau) erachtet es für höchste Zeit, daß endlich in das Finanz- und Steuerwesen Ordnung gebracht werde.

Obermagistratsrat Dr. Mahr (Wien) widerlegt die verfassungsmäßigen Bedenken mit dem Hinweis, daß Ende 1917 der Termin ablaufe, bis zu welchem die Landtage die Einkommensteuer als zuschlagsfrei erklärt haben. Es könne also ohne weiteren Landtagsbeschluss ein Zuschlag zur Einkommensteuer eingehoben werden, da den Gemeinden das statutarische Recht zustehe, alle direkten Steuern mit Zuschlägen zu belegen. Die Kriegsgewinnsteuer sei ebenfalls eine direkte Steuer, infolgedessen wäre die Einhebung von Zuschlägen nur dann unstatthaft, wenn durch gesetzliche Verfügung den Gemeinden dieses Zuschlagsrecht aberkannt würde. Die Entschließung der Referenten wird hierauf mit zwei Zusatzanträgen einstimmig angenommen.

Dr. R. A. in berichtet über die Lasten der Einquartierung und beantragt, die Regierung zu ersuchen, im Sinne des § 21 des Gesetzes vom 26. Dezember 1912 im Verordnungswege die ärztlichen Vergütungen für vorübergehende militärische Einquartierungen auf die Dauer des Krieges, mit der Rückwirkung vom Beginne des Krieges an, den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, zu erhöhen; ferner eine durchgreifende Abänderung des Einquartierungsgesetzes in Angriff zu nehmen. Die Vertreter der mittleren und kleineren Städte weisen auf die großen Lasten hin, die ihnen durch die Einquartierung des Militärs erwachsen. ABg. v. Suggenberger (Brigen) erklärte sich bereit, den Antrag, der einhellig zum Beschlusse erhoben wurde, im Heeresausschusse zu unterstützen.

SM. Spalowsky (Wien) erstattet ein ausführliches Referat über die Ernährungssfrage und beantragt, zu beschließen: Es wird festgestellt, daß die Ernährungsverhältnisse der städtischen Bevölkerung Deutschösterreichs auch nicht den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und unbedingt einer Verbesserung bedürfen; die gute Absicht der staatlichen Verwaltung, die Anlieferung von Lebensmitteln in die Verbrauchszentren zu fördern und gleichmäßig zu verteilen, wird anerkannt, aber betont, daß manche Verordnungen den Volksbedürfnissen geradezu widersprechen und daß die kriegswirtschaftlichen Zentren durch die Art der Geschäftsbehandlung vielfach dazu beitragen, wichtige Nahrungsmittel zu verteuern oder gar vom Markt zu verschicken. Die Verordnungstätigkeit der Regierung geht oft in einer den wirklichen Volksbedürfnissen widersprechenden Art vor sich, vom grünen Tisch werden Weisungen gegeben, die mitunter praktisch undurchführbar, manchmal direkt schädlich sind und in vielen Fällen so spät erließen, daß sie anstatt der anstrebten Ordnung nur Verwirrung bringen und wiederholt mühsame, Zeit und Geld raubende Vorarbeiten der Städte und der von ihnen geschaffenen Organisationen mit einem Federstrich vernichten. Zur Verteilung der Nahrungsmittel wird abermals die Schaffung einer einheitlichen und lückenlosen Organisation und insbesondere die Verteilung aller staatlich bewirtschafteten Nahrungsmittel an die Bevölkerung durch die Gemeinden gefordert, damit die Doppelversorgung vermieden werde. Die von den Städten geschaffenen Kriegskücheneinrichtungen werden der besonderen Berücksichtigung empfohlen. Tief bedauert wird, daß gerade den deutschösterreichischen Städten, deren Bewohner im Krieg die schwersten Opfer gebracht haben, auf dem Gebiete des Ernährungswesens seitens der Staatsgewalt häufig schwere Hindernisse in den Weg gelegt werden. Obwohl gerade in den deutschen Verbrauchsgebieten Österreichs die Not besonders groß ist, werden Requisitionen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln nirgends mit so großer Schärfe und Rücksichtslosigkeit durchgeführt als gerade in deutschen Siedlungsgebieten. In Zukunft soll eine gleichmäßige Behandlung Platz greifen und insbesondere die reichen Erzeugungsgebiete zur Ablieferung herangezogen werden. Die Regierung möge mit aller Kraft und Entschlossenheit dahin wirken, daß Österreich und Ungarn, wie es dem Sinne und Wortlaut der geschlossenen Abmachungen entspricht, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet werde und daß die Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel nach gleichen Grundsätzen erfolge und die Absperrung Ungarns gegen Österreich beseitigt werde, daß die Ueberflüsse des polnischen Okkupationsgebietes für die österreichischen Verbraucher nutzbar gemacht, die Lebensmittelfuhr aus dem neutralen Ausland gefördert und die erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel ausgiebig zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Holz- und Kohlenversorgung hat die Regierung viel zu spät eingegriffen, so daß vor Eintritt der kalten Jahreszeit die meisten Städte ohne Vorräte dastehen. Die Regierung solle für regelmäßige Anlieferung der unentbehrlichen Heizmittel sorgen. Schließlich wird ein Abbau der Lebensmittelpreise gefordert, da andernfalls ein wirtschaftlicher Zusammenbruch breiter und wichtiger Schichten der städtischen Bevölkerung erfolgen müßte.

ABg. Freihler (Troppau) begründet verschiedene der bemängelten Maßnahmen der Zentralen, worauf die beantragte Entschließung einstimmig genehmigt wird.

ABg. Dent macht Mitteilung von den Erfolgen am Isonzo und sagt, daß ein glorreicher Sieg das beste Mittel sei, um uns dem Frieden näher zu bringen, während das Nieder vom Verständigungsfrieden die Feinde immer wieder neuerdings zur Fortsetzung des Krieges anspornt. Eine von ihm beantragte Glückwunsch- und Dankdepesche an das Armeekommando wird unter begeistertem Beifall beschlossen.

Nach einer Rundgebung gegen die staatsrechtlichen slavischen Deklarationen wird der 3. Städtetag geschlossen.

27/X. 1917

67

31/X. 1916

68

Die Selbstverwaltung in den Städten des besetzten Polen.

Berufsvertretung und Proporzwahl!

Lublin, 31. Oktober.

Das Pressebureau des Militär-Generalgouvernements teilt mit: Die Verordnung des Militär-Generalgouvernements betreffend die Durchführungsbestimmungen für die Selbstverwaltung der Städte Kielce, Lublin, Piotrków und Radom ist bereits ausgearbeitet und in Druck gegangen. Die Verordnung stützt sich auf die Beratungen des Zivilkommissariates mit den Vertretern der genannten Städte sowie der Stadtsektion des zentralen Hilfskomitees, die Ende September in Lublin stattfanden, und regelt die Vorbereitung sowie die Durchführung der Wahlen, die Konstituierung der Stadtvertretung und Magistrate. Die Frage des Ersatzes der ausscheidenden Stadträte und schließlich die Angelegenheit der Wahlversammlungen. Die Wählerlisten, mit deren Fertigstellung sich die Magistrate bereits befassen, werden Mitte November geschlossen sein und öffentlich aufgelegt werden. Für die Wahlen aus der ersten Kurie wird bestimmt, daß von zehn, bezw. zwölf Stadträten mindestens fünf Vertreter der wichtigsten Berufe sein müssen, und zwar je ein Geistlicher, ein Jurist, ein Arzt, ein Techniker und eine Lehrperson, damit jeder Stadtrat die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung habe. In den andern vier Kurien erfolgen die Wahlen auf Grund des Proportionalsystems in ähnlicher Weise wie bei den Stadtratswahlen in Warschau.

Die Zukunft des Draischfeldes.

Das Draischfeld in Hernals, auf dem bekanntlich die Wienerberger Ziegelwerke noch in Betrieb sind und dessen angrenzende Bezirksteile bereits nahezu ganz verbaut sind, wird nach Auflösung des Werkes in eine große Gartenanlage verwandelt werden. Vorläufig ist natürlich an eine Verwirklichung dieses Projekts noch nicht zu denken, da das große Terrain der Wienerberger Ziegelfabriksgesellschaft gehört und von der Gemeinde angekauft werden müßte. Der Park, der dort später einmal entstehen soll, wird nach dem Türkenschanzpark und dem Maria Josefa-Park zu den größten Anlagen Wiens gehören. Der alte Türkenschanzpark ist rund 50.000 Quadratmeter, der neue 100.000 Quadratmeter groß, der Maria Josefa-Park umfaßt 114.000 Quadratmeter. Der Draischpark wird circa 50.000 Quadratmeter, also beiläufig so groß wie der alte Türkenschanzpark sein. Wie wir erfahren, werden die Teiche, die jetzt für die Ziegelwerke gebraucht werden, in dem künftigen Park teilweise als Gartenteiche ausgestaltet werden. Zu den Höhen über den Sandaruben, die mit Rasenflächen und Bepflanzungen versehen werden, sollen Promenadenwege hinaufführen, so daß die Verschiedenartigkeit des Terrains, ähnlich wie beim Türkenschanzpark, ausgenützt wird, um dem Park ein abwechslungsreiches Bild zu geben. Auch ein Restaurationsgebäude dürfte inmitten des Parkes entstehen. So wird das Draischfeld, das jetzt noch bei Nacht wegen der lichterleeren Burichen, die dort zu finden sind, nicht sehr sicher ist, in Zukunft in einen großen städtischen Park verwandelt werden, der der Bevölkerung der umliegenden Bezirksteile als Erholungsort dienen wird.

Groß-Berliner Kolonisation.

Finanzierung neuer Vororte.

Der Städtebaufachkundige, Stadtbaurat a. D. Fritz Beuster, hat im Verlage der „Bauwelt“ (Berlin SW.) eine kleine Schrift zur städtischen Kolonisation veröffentlicht, die eine wertvolle und sehr notwendige Ergänzung zu der reichen, aber oft stark ins Idyllische gehenden Kolonisationsliteratur bildet, denn sie handelt vom Gelde. Die Schrift ist „Die Finanzierung neuer Vororte“ betitelt und entwirft einen Plan zur Gründung von Kleinkolonien auf Staats- und Gemeindeländereien innerhalb und dicht außerhalb der Zehn-Kilometergrenze von Berlin. Daß diese Grenze innegehalten worden ist, entspricht der von uns oft betonten Notwendigkeit, so nahe an Berlin zu siedeln, daß weder die Fahrgelegenheiten zum Zentrum der Arbeit, noch die Fahrpreise, noch die Fahrtendauer abschreckend auf Ansiedler wirken. „Vorort“ im engeren Sinne kann eben nur ein solcher Wohnplatz sein, der nahe genug an Berlin liegt, um seinen Bewohnern zweimal täglich die Fahrt nach Berlin zu ermöglichen, oft auch viermal täglich, da wir auf absehbare Zeit mit der Einführung der englischen — man verzeihe das harte Wort —, aber sehr zweckmäßigen Tageseinteilung nicht zu rechnen haben werden.

Beuster nimmt circa 20 Siedlungszentren in Aussicht. Eins davon ist im Nordwesten, hinter Spandau, gelegen, vier bei Dahlem, vier bei Friedrichshagen, vier westlich von Köpenick, vier in der Nähe von Adlershof und Alt-Glienide. Weiter als 15 Kilometer von Berlin liegt keines von ihnen, die übrigen liegen auf oder innerhalb der Zehn-Kilometergrenze, teilweise sogar dem Zentrum auf 6 bis 7 Kilometer nahe. Sie liegen sämtlich auf Staats- oder Gemeindeländ. Der Staat besitzt in dieser stadtnahen Zone etwa 1500 Hektar, und die Gemeinden besitzen ungefähr ebensoviel. Beuster will nur von beiden Eigentümern je 500 Hektar erworben wissen und gibt sich der Hoffnung hin, daß der Fiskus in Anbetracht der gemeinnützigen Verwendung das für ihn fast ganz wertlose Land zu günstigen Preisen abgeben werde. Sein vorliegender Plan befaßt sich hier mit der Erschließung von diesen Staatsländereien, da er annimmt, daß die Hergabe des kommunalen Besitzes seitens der Einzelgemeinden unter der heutigen kommunalen Organisation Großberlins in der Hauptsache auf Schwierigkeiten stoßen wird. Das aus der Verwaltungsmisere Großberlins hergeleitete Bedenken kommt noch an anderen Stellen zum Ausdruck, und wir halten es für sehr berechtigt. Wenn Herr Beuster die wider jede Vernunft und Zweckmäßigkeit gewaltsam aufrechterhaltene Verwaltungsanarchie oder Polyarchie Großberlins nicht in sein Kalkül eingestellt hätte, so würde er als ein Illusionist erscheinen. Großberlin steht jetzt an einem Punkte, wo jede Kulturarbeit umfassender Art scheitern muß. Es kann nichts Großes mehr zustande kommen, wenn nicht die Einverleibung aller Vororte statthat. Daß Herr Beuster das richtig erkannt hat, das beweist, daß er ein nüchterner Rechner ist, und daß man ihm innerhalb der Schranken, die er selbst seinem Plan zieht, vertrauensvoll folgen kann.

Vier Maßnahmen werden bezeichnet, die zu dem Ziele führen sollen.

Vorab die Zentralisation des Ansiedlungsgeschäftes in sachkundige Hände, Ermäßigung der öffentlichen Anforderungen an die Erschließung und Bauerlaubnis, schnelle Abfertigung in den Formalitäten. Das bedeutet also eine grundsätzliche formelle und materielle Reform des Ansiedlungsgesetzes, der Bauordnungen und Baufuchtliniengesetze. Da das Ansiedlungsgesetz in seiner jetzigen Form ein politischer Machtfaktor der unteren Verwaltungsbehörden ist, darf man sich auf Widerstände gefaßt machen.

Zweitens verlangt Beuster eine weitausschauende Verkehrspolitik in Richtung der Billigkeit und Schnelligkeit, worüber wohl Einmütigkeit besteht. Aber auch das Kleinbahngesetz ist ein politischer Machtfaktor, mit dem zu rechnen ist.

Drittens soll die Erschließung von Kleinhauskolonien auf billigem Boden und unter so feinsten Ausnutzung der Wirtschaft

so
ist

Eine Rede Dr. v. Koerbers**Ueber Wien und die Ernährungsfrage.**

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erschien heute vormittags in Begleitung der Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain beim Ministerpräsidenten, um diesen anlässlich dessen Amtsantrittes zu begrüßen.

Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte Ministerpräsident Dr. v. Koerber:

Ich danke Eurer Excellenz und den Herren Vertretern des Gemeinderates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Sie gibt mir die willkommene Gelegenheit der unter der dankenswerten Einflussnahme Seiner Excellenz des Herrn Bürgermeisters im Schatten des Burgfriedens vom Wiener Gemeinderate während der Kriegszeit entfalteten unermüdbaren Tätigkeit und geleisteten verdienstreichen Arbeit mit Anerkennung zu gedenken.

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen, den gewählten Vertretern Wiens gegenüber, der vorbildlichen Haltung der Wiener Bevölkerung in diesen großen, aber schweren Tagen uneingeschränktes Lob zu zollen. Wien hat sich in den Stürmen, die das Reich umtoben, als Reichshaupt- und Residenzstadt aufs neue glänzend bewährt. Den Herzschlag Oesterreichs hat man in Wien gehört, gefühlt.

Mit stiller Tapferkeit hat die Wiener Bevölkerung die durch den völkerrechtswidrigen Hungerkrieg verursachten Entbehrungen auf sich genommen. Sie sind schwer. Ich kenne sie aus eigener Anschauung. Umso entschlossener bin ich, alle Widerstände, die sich der Sicherung der Ernährung entgegenstellen, zu brechen und Ordnung in die Verteilung der vorhandenen Lebensmittelvorräte zu bringen. Ueber dem egoistischen Interesse des Einzelnen steht das Wohl der Gesamtheit. Ich rechne dabei auf Ihre volle und loyale Unterstützung. Die Regierung wird ihre Pflicht tun. Die Stadt Wien aber darf der warmherzigen Fürsorge der Regierung — und nicht bloß in der Ernährungsfrage — versichert sein. Sie gebührt ihr nicht nur, Wien hat diese Fürsorge auch verdient.

**Ministerpräsident Dr. v. Koerber
über die Ernährungsfrage.****Ansprache an die Deputation von Wien.**

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erschien heute vormittag in Begleitung der Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain beim Ministerpräsidenten, um diesen anlässlich dessen Amtsantrittes zu begrüßen.

Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Ministerpräsident Nachstehendes:

Ich danke Euer Excellenz und den Herren Vertretern des Gemeinderates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Sie gibt mir die willkommenen Gelegenheit der unter der dankenswerten Einflußnahme Seiner Excellenz des Herrn Bürgermeisters im Schatten des Burgfriedens vom Wiener Gemeinderate während der Kriegszeit entfalteten unermüdblichen Tätigkeit und geleisteten verdienstreichen Arbeit mit Anerkennung zu gedenken.

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen, den gewählten Vertretern Wiens, gegenüber der vorbildlichen Haltung der Wiener Bevölkerung in diesen großen, aber schweren Tagen uneingeschränktes Lob zu zollen. Wien hat sich in den Stürmen, die das Reich umtoben, als Reichshaupt- und Residenzstadt aufs neue glänzend bewährt. Den Herzschlag Oesterreichs hat man in Wien gehört, gefühlt.

Mit stiller Tapferkeit hat die Wiener Bevölkerung die durch den völkerrechtswidrigen Hungerkrieg verursachten Entbehrungen auf sich genommen. Sie sind schwer. Ich kenne sie aus eigener Anschauung. Um so entschlossener bin ich, alle Widerstände, die sich der Sicherung der Ernährung entgegenstemmen, zu brechen und Ordnung in die Verteilung der vorhandenen Lebensmittelvorräte zu bringen.

Ueber dem egoistischen Interesse des Einzelnen steht das Wohl der Gesamtheit. Ich rechne dabei auf Ihre volle und loyale Unterstützung. Die Regierung wird ihre Pflicht tun. Die Stadt Wien aber darf der warmherzigen Fürsorge der Regierung — und nicht bloß in der Ernährungsfrage — versichert sein. Sie gebührt ihr nicht nur, Wien hat diese Fürsorge auch verdient.

Städtische Generalversammlung.

Gestern nachmittags 3 Uhr fand im kleinen Redoutensaal die ordentliche Novembergeneralversammlung des städtischen Munizipalausschusses statt. Den Vorsitz führte Bürgermeister kön. Rat Theodor Brosch.

Vor der Tagesordnung gelangte ein selbständiger Antrag des Repr. Hugo Dewald zur Beratung, wonach nebst der Rationierung des Lebensmittelverkaufes auch die Kaufstelle für jeden Konsumenten festgesetzt werden und diese Neuordnung auch auf den Milchverkauf ausgedehnt werden möge. Der Antrag wurde der Approvisionierungskommission zugewiesen.

Es folgte hierauf die Tagesordnung. Im Anschluß an den Bürgermeisterbericht wird den vom Obergespan zu Tit. Vizestadthauptleuten ernannten Polizeifunkzipisten Bela v. Kiraly und Rudolf Nussel für ihre hervorragend fleißige und erspriechliche Amtstätigkeit protokollarischer Dank und Anerkennung votiert.

Repr. Arpad Sebestyen beantragt, daß jenen Familien, die es wünschen, statt Brot die entsprechende Quantität Brotmehl ausgefolgt werde.

Bürgermeister Brosch verweist auf die Schwierigkeiten der Durchführung dieser Maßregel und ersucht, vorläufig hievon abzusehen. Der Magistrat werde die Sache erwägen und wenn sich eine Möglichkeit bietet, gerne auch die Verteilung von Brotmehl an die Reflektanten durchführen.

Einige Gegenstände von geringerem Interesse wurden ohne Debatte rasch erledigt. Sodann gelangte der Erlaß des Kultus- und Unterrichtsministers in Angelegenheit der Zurücknahme

des alten Gymnasialgebäudes in das Eigentum des Staates zur Verhandlung. Nachdem der Minister das Gebäude bekanntlich wegen Errichtung eines regionalen Museums benötigt, beantragte der Magistrat die Rückgabe desselben. Den seinerzeit stipulierten Kaufschilling per 100.000 Kronen hat die Stadtgemeinde noch nicht bezahlt.

Repr. Stefelhüser meint, diese scheinbar so klare Angelegenheit habe auch eine Rehrseite, die man nicht außeracht lassen solle. Die Errichtung eines regionalen Museums im alten Gymnasialgebäude wird gewiß jeder Preßburger mit Freude begrüßen, doch leuchtet jedermann ein, daß dies nicht von heute auf morgen geschehen könne. Es sei nun die Frage, zu welchen Zwecken der Staat das alte Gymnasialgebäude zu verwenden beabsichtige, bis das Westungarische Museum zustandekommt. In der Stadt schwirren allerlei Gerüchte herum, die nicht jeder Grundlage zu entbehren scheinen und aus welchen hervorgeht, daß die Inanspruchnahme des Gebäudes zu Militärspitalzwecken ins Auge gefaßt ist. Redner ersucht den Bürgermeister und die Abgeordneten der Stadt, entsprechende Schritte zu unternehmen, daß hievon abgesehen werde. Die licht- und luftlosen Räume des alten Gymnasialgebäudes seien zur Unterbringung kranker Krieger vollständig ungeeignet; überdies würde eine solche Maßnahme auch für die Bewohner der umgebenden Häuser eine hygienische Gefahr bedeuten. Es könnte höchstens davon die Rede sein, daß verwundete, ansonst gesunde Soldaten, sowie die administrativen Räume und Magazine des Militärspitals im Gebäude untergebracht werden.

Repr. Kleichner meint, die Angelegenheit habe auch eine finanzielle Seite. Die Stadt habe eine nicht unbedeutende Summe in dem Gebäude investiert, der Minister möge daher die Stadt völlig schadlos halten.

Repr. Duschinsky ist der Ansicht, daß eine diesbezügliche Forderung nicht zu rechtfertigen sei, ansonst sei er aber derselben Anschauung, wie Repr. Stefelhüser und plaidiert ebendeshalb dafür, daß die Stadt das Gebäude nur unter der im Kaufvertrage zu stipulierenden Bedingung an den Staat zurückgeben möge, daß dort keine Spitalsräumlichkeiten errichtet werden.

Zweiter Bürgermeister Th. Kumlik erklärt, daß die Sache hiedurch nur überflüssiger Weise kompliziert werde; es heiße ja ohnedies in dem diesbezüglichen Beschlufsantrage, daß das Gebäude zur Errichtung eines regionalen Museums an den Staat zurückgegeben werde.

Bürgermeister Brosch teilt auf Grund persönlicher Informationen von Seiten des Staatssekretärs im Unterrichtsministerium mit, daß eine provisorische Verwendung des Gebäudes zu Militärspitalszwecken allerdings beabsichtigt sei, doch sollen dort keine schweren Kranken, sondern in erster Linie Kranzleien, Magazine u. dal. untergebracht werden. Man könne übrigens ruhig der militärärztlichen Leitung vertrauen, die gewiß die Anforderungen der modernen Hygiene nicht außerachtlassen und nicht zugehen wird, daß unsere kranken Krieger in nicht entsprechenden, ihrer Genesung unzutraglichen Räumen untergebracht werden. (Zustimmung.)

Der Magistratsantrag wird sodann einstimmig angenommen.

Wieder wird eine Reihe von Gegenständen, die geringeres Interesse beanspruchen ohne Debatte im Sinne der veröffentlichten Magistratsanträge erledigt.

Es werden sodann die in geschlossenem Umschlag vorliegenden Offerte hiesiger Geldinstitute auf die Platzierung der Hauptkassa-Bargelder und der Waisengelder im Jahre 1917 eröffnet und verlesen.

Auf die Platzierung der Hauptkassa-Bargelder reichten folgende Geldinstitute Offerte ein: Preßburger Gewerbebank (4 1/4 Prozent Verzinsung, Rückzahlung jederzeit ohne Kündigung), Allgemeine Sparkassenz. A. G. (4 Prozent, Rückzahlung ohne Kündigung), Handels- und Kreditbank (4 Prozent, die Kapitalszinssteuer wird von der Bank getragen), Bozsönyer Bank A. G. (4 Prozent Verzinsung), Westung. Bankverein (4 3/4 Prozent, Tragung der Kapitalszinssteuer durch die Bank). In namentlicher Abstimmung wird das Offert der Preßburger Gewerbebank mit 32 Stimmen angenommen; auf das Offert des Westung. Bankvereins entfiel

len 9, auf jenes der Allgemeinen Sparkassa-A.-G. 2 Stimmen.

Auf die Platzierung der Waisengelder offerierten folgende Geldinstitute: Preßburger I. Sparkassa (4 Prozent Verzinsung, bis zur Hälfte des eingelezten Betrages wird der Stadt auf Wunsch ein Kontokorrentdarlehen zu höchstens 5 Prozent gewährt), Allgemeine Sparkassa-A.-G. (4 Prozent und auf Wunsch Gewährung eines 3prozentigen Kontokorrentdarlehens bis zur Hälfte der platzierten Summe), Handels- und Kreditbank (4 Prozent Verzinsung). In wannenlicher Abstimmung wird das Offert der Preßburger I. Sparkassa mit 39 Stimmen angenommen; auf das Offert der Allg. Sparkassa-A.-G. entfielen 3 Stimmen.

Eine längere Debatte ruft der Magistratsbericht in Angelegenheit der Eisfabrik hervor. Es wird nicht ohne Interesse sein, wenn wir den diesbetreffenden Bericht des technischen Amtes im Wortlaute veröffentlichen. Derselbe lautet, wie folgt:

„Der erste Versuch zur Eiszerzeugung wurde am 10. Oktober unternommen und das erste Eis am 11. Oktober fertig gestellt. Nach der ersten Eiszerzeugung hat die Firma Rüst beide Kompressoren untersucht, bei welcher Gelegenheit es sich herausgestellt hat, daß an einem der Kompressoren kleinere Nachreparaturen vorzunehmen sind. Hierauf war dieser Kompressor am 14. Oktober in betriebsfähigen Stand gesetzt worden, während an dem anderen Kompressor, und zwar bei dem Zylinder eine Ammoniak-Ausströmung konstatiert wurde. Der Oberingenieur der Fabrik erklärte, daß solche Fälle öfter vorkommen und daß gewöhnlich beim Gießen ein kaum wahrnehmbarer Riß entsteht und hiedurch eine Ammoniak-Ausströmung eintritt. Diesen Kompressor ließ der Oberingenieur der Fabrik abmontieren und zwecks neuerlicher Umrückung in die Fabrik senden.

Außer diesen Mängeln ist auch der Delleparator reparaturbedürftig. Diesbezüglich hat die Fabrik auf diese Weise Abhilfe geschaffen, daß sie an Stelle des Delleparators ein Rohrstück einschaltete. Der Nachteil dieses Vorgehens besteht darin, daß Del in das Ammoniak gelangt, daß dieses Del nicht ausgeschieden werden kann, infolge dessen in der Ammoniakleitung sich Del ansammelt, den Querschnitt der Leitung verkleinert und so den Betrieb nachteilig beeinflusst.

Ferner steht bei den Kompressoren eine Rohrleitung von zirka 800 laufenden Metern.

Der Oberingenieur der Fabrik hat zwar erklärt, daß diese Rohrleitung erst dann benötigt wird, wenn beide Kompressoren arbeiten, d. i. wenn auch die Kühlanlage des Schlachthofes in Betrieb gesetzt sein wird, da jedoch der Vertrag die Unternehmung zur Uebernahme der Fabrik in vollkommen betriebsfähigem Zustande verpflichtet, so kann ich infolge der angeführten Mängel eine Uebernahme insoweit nicht eintreten, bis der Kompressor-Zylinder, der Delleparator und die fehlende Rohrleitung nicht tadellos geliefert und aufmontiert sind.

Zum Schluß bemerke ich, daß die Eisfabrik sich in einem solchen Zustande befindet, daß sie nötigenfalls in Betrieb gesetzt werden könnte.

Der Magistrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen und beantragte, die Generalversammlung möge aussprechen, daß sie die Eisfabrik derzeit nicht übernimmt.

Repr. Fleischner tritt dafür ein, daß man die Fabrik überhaupt nicht übernehmen möge, denn wenn sich bei den ersten Versuchen schon derartige Mängel herausstellen, kann man mit Recht für später noch größere, den ganzen Betrieb gefährdende Unzukömmlichkeiten befürchten. Die Firma Rüst möge verhalten werden, die Stadt in jeder Beziehung völlig schadlos zu halten.

Repr. Sebestyen fragt, wie es mit dem Pönale steht.

Bürgermeister Bröllh sagt, die Repräsentanz könne versichert sein, daß der Magistrat die Interessen der Stadt wahren und die Firma, die ihre Leistungsunfähigkeit befundet hat, zu voller Schadloshaltung der Stadt verhalten wird.

Repr. Wiener sagt, man könne die Angelegenheit ruhig dem Magistrat anvertrauen, der gewiß die richtigen Maßnahmen ergreifen wird.

Repr. Stelshuber sagt, ganz schuldlos sei in dieser Sache auch der Magistrat nicht; man habe seinerzeit den Antrag auf Errichtung der Eisfabrik forciert und die Eröffnung des Betriebes für den 1. August in Aussicht gestellt; mittlerweile sei es November geworden, und wann der

Betrieb eröffnet werden kann, sei auch heute noch unabsehbar. Uebrigens werde jetzt bald Natureis zur Verfügung stehen, — mit einem Worte, die Stadt habe sich wieder eine arge Blamage geholt. Redner unterstützt den Antrag Fleischners.

Bürgermeister Bröllh erklärt, daß mit den eingetretenen Hindernissen niemand rechnen konnte. Wäre dies der Fall gewesen, hätte der Magistrat selbst die Angelegenheit fallen lassen. Im übrigen ersucht er, den Magistratsantrag anzunehmen und die Rechtsfaktkommission schon jetzt anzuweisen, daß sie entsprechende Beschlüsse betreffs Schadloshaltung der Stadt seitens der schuldtragenden Firma fassen möge.

Der Magistratsantrag wird sodann angenommen.

Nach Erledigung mehrerer belangloser Gegenstände wird die Generalversammlung um drei Viertel 5 Uhr geschlossen.

Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses.

Der Verwaltungsausschuß der kgl. Freistadt Pozsony hielt gestern Montag vormittag um 9 Uhr seine diesmonatliche ordentliche Sitzung unter dem Präsidium des kön. Rates Bürgermeisters Theodor Bröllh ab. Von seiten des Magistrates waren anwesend Obernotär Karl Mitterhauser, Magistratsrat Kanya, Oberfiskal Molec, Hon.-Obernotär Dr. Lederer; von den staatlichen Behörden: kgl. Rat Finanzdirektor Mausk, kgl. Oberstaatsanwalt Scheffler, technischer Rat Florian, der Chef des Staatsbauamtes; von den gewählten Repräsentanten J. A. Bäumler, Dr. W. Bövinger, kgl. Rat Merenyi, Reichstagsabgeordneter A. Reischler, Hofrat Th. Nochli, Reichstagsabgeordneter Hofrat Dr. Tauscher, Dr. A. Weidenhoffer, Adolf Wimmer und Dr. Gr. Wolff.

Ueber die Sanitätsverhältnisse unserer Stadt referierte dem Ausschuss Oberphysikus Dr. Edmund Meral. Laut seinem Bericht wurden im Monate Oktober am Gebiete der Stadt 106 infektiöse Erkrankungen angemeldet, und zwar 17 Fälle von Krupp,

typhus, 8 Ruhrfälle, 1 Fall von Kindbettfieber und 9 Tuberkulosefälle.

Zufolge dieser Erkrankungen wurden untersucht 38 und desinfiziert 41 Wohnungen. Die Physikatsärzte behandelten 9 liegkranke und 208 ambulante, insgesamte 304 Kranke. Davon genasen 272, ins Spital geschickt wurden 21, gestorben sind 8, in Behandlung verblieben 63. Ärztliche Zeugnisse wurden 38, Parere in 5 Fällen ausgestellt, Geistesranke wurden 17 untersucht und zur Beobachtung an das Universitätsspital abgegeben; unter physikatsärztlicher Aufsicht befanden sich 4 Findlinge, 15 in Pflege gegebene Kinder und 21 Schwachsinnige und Kretins.

Ordentliche Leichenbeschauungen fanden in 57 Fällen statt, und zwar an 25 Männern und 32 Frauen. Erwachsene waren unter den Verstorbenen 42, Kinder unter 7 Jahren 15, Fehlgeburten 2. In Privathäusern verstarben 25 Männer und 32 Frauen, und zwar im 1. Bezirk 11, im 2. 9, im 3. 13, im 4. 7 und im 5. 17. Todesursachen waren in 3 Fällen Lebensunfähigkeit, in 9 Fällen Altersschwäche, 2 Gehirnschläge, in 1 Falle Krämpfe, 5 Fälle von Darmkatarrh, 2 Lungenkatarrhe, 8 Fälle von Lungentuberkulose, 6 organische Herzfehler, 3 Krebsfälle, 4 Fälle von Nierenentzündung, 2 akute Infektionsfälle und 12 andere. Polizeiliche Leichenuntersuchungen fanden 8 statt, und zwar an 6 Männern und 2 Frauen. Todesursachen waren in je 2 Fällen organischer Herzfehler und Vergiftung, in je 1 Falle Gehirnerkütterung, 1 chronische Nierenentzündung, 1 Erstickungstod und 1 Gehirnblutung.

In allgemeiner sanitätlicher Hinsicht wurden untersucht 9 Neu- und 2 Rubanten, 38 Wohnungen, 7 Kaffeehäuser, 8 Gasthäuser, 9 Schänken, 9 Brauereischänken, 9 Gewölbe, 12 Backstuben, 6 Schulen, 10 Kinderbewahranstalten, 7 Krippen und 9 Fabriken.

Genuß- und Lebensmittel wurden in 70, Getränke in 30, Geschirre in 15, Kinderspielwaren in 12 Fällen untersucht. Bei diesen Gelegenheiten und bei den abgehaltenen 31 Marktvisitationen wurden 5 Kq. Schwämme in 2 Fällen, in je 2 Fällen 1 Kq. Topfen und in 9 Fällen Milch konfisziert. Chemisch analysiert wurden Milch, Butter und Gewürze.

Von Hunden wurde niemand gebissen.

Das Wasserleitungswasser war im vorvergangenen Monat gut und konstatierte der Oberphysikus in demselben gelegentlich der bakteriologischen Untersuchung 62—74 Bakterienkeime per Kubikzentimeter.

Die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle war eine ungemein geringe, obwohl von den infektiösen Krankheiten der Scharlach in größerem Maße auftrat.

Hierauf referierte Finanzdirektor kgl. Rat Mausk über den Einlauf der direkten und indirekten Staatssteuern, der Militärtare, der Stempel- und Gebühren, des Gebührenäquivalents, der Taren, des Landesfurkostenbeitrages, der Vehrerpensionsbeiträge und der Einkommensteuer und erklärte das Resultat als befriedigend.

Landwirtschafts-Oberinspektor Böla berichtete, daß infolge der günstigen Witterungsverhältnisse im Oktober die landwirtschaftlichen Arbeiten im allgemeinen anstandslos erfolgen konnten. Die Herbstsaat wurde im großen ganzen beendet. Der Maisbruch, die Rüben- und Kartoffeleinfuhr sind im Gange. In der Herbstsaat richteten strichweise die Feldmäuse Schäden an. An Futtervorräten ist genügend vorhanden.

Der Gesundheitszustand des Viehstandes ist ein günstiger.

Veterinärinspektor Mh berichtet, daß im Gebiete der Stadt im Oktober keinerlei Viehseuche geherrscht hat. Geschlagen wurden: 61 Stiere, 126 Ochsen, 178 Kühe, 47 Stück Jungvieh, 3 Färsen, 194 Kälber, 132 Schafe, 1 Lamm, 4 Ziegen, 927 Schweine, 46 Pferde und 2 Esel, zusammen 1721 Stück Schlachtvieh. Aus der Umgebung eingeführt und veterinärärztlich untersucht wurden 165 Kälber, 388 Schweine, 3 Ferkel, 47 Schafe und 4 Ziegen sowie 44,341 Kq. Rindfleisch, 95 Kq. Kalbfleisch, 82 Kq. Schweine-, 5 Kq. Ziegen- und 85 Kq. Sechsfleisch. In die Kommunalfleischbank abgegeben wurden: 6 Kälber, 2 Schafe, 1 Stier und 1 Kuh. Konfisziert wurden und dem Wasenmeister übergeben gelegentlich der Zwangsabschlachtung 1 Ochs, 2 Kühe, 1 Schwein, 1 Pferd, 130 Kq. Rindfleisch, 145 Kq. Fleisch, 303 Innenteile, 3 Kälber und 6 Stück innere Organe. Per Bahn eingetroffen und untersucht wurden 2180 Kq. Sechsfleisch, 214 Stück ge-

selchte Würste und 150 Kq. geselchter Speck. 9 Kq. Sechswürste wurden konfisziert.

Inspiziert wurden 54 Fleischhauereien und Sechereien, 63 Werkstätten, die Markthalle 96mal, der Hühnermarkt 62mal, der Fischmarkt 4mal. Am Geflügelmarkt wurden konfisziert 3 Hühner und 1 Gans. Die Einnahmen für das in der Kommunalfleischbank ausgeschrottete Fleisch betrugen 1790 K. 4 S.

Die Wahl von Frauen in städtische Deputationen.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreters Geh. Justizrat Cassel tagte am Dienstag abend im Rathause der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung des Antrages der Stadtverordneten Bartowski und Genossen über die Zuwahl von Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung eingesetzten Deputationen. Bei den Beratungen drehte es sich um die Frage, ob die Frauen das Wahlrecht besitzen. Diese Frage wurde verneint. Von einer Seite wurde dann darauf hingewiesen, daß man bereits Frauen mit beratender Stimme in die Armen-Direktion und die Waisendeputation gewählt habe, daß eine Frau Mitglied der städtischen Schutzdeputation sei und daß sie in Königsberg i. Pr. und in Halle a. S. usw., also in Städten, wo die Städteordnung für die öffentlichen Provisionen in Geltung sei, auch in anderen Verwaltungsdeputationen Sitz und Stimme haben. Nach längerer Beratung wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Ausschuß ersucht die anwesenden Magistratsvertreter aus Königsberg, Köln a. Rh., Halle a. S., Neuß und Lüdenscheid, die statutarischen Bestimmungen zu schaffen, welche die Mitarbeit von Frauen in den verschiedenen Verwaltungsdeputationen betreffen.“

Die Magistratsvertreter Stadtsyndikus Dr. Hirsfeld und Stadtrat Böhning erklärten sich bereit, das gewünschte Material zu beschaffen, nachdem sie den seit längerer Zeit vertretenen Standpunkt des Magistrats in dieser Frage näher präzisiert hätten. Hierauf vertagte sich der Ausschuß bis zum Eingang des Materials.

Die Trauerkundgebung des Gemeinderates.

Wien, 23. November.

Der Wiener Gemeinderat versammelte sich heute vormittags 10 Uhr zu einer Trauersitzung. Der Saal war in einen Trauer-raum umgewandelt. Schwarze Draperien verkleideten die Estrade des Vorsitzenden, schwarzes Tuch verhüllte die goldgezierte Brüstung der Galerie und die marmornen Säulen. Das Licht der Lampen war durch schwarzen Flor gedämpft. Ein Hain dunkelgrüner Blattpflanzen umfing die vor der Estrade aufgestellte umflorte Büste des Kaisers Franz Josef.

Im Saale versammelten sich die Gemeinderäte aller Parteirichtungen, die Bezirksvorsteher sämtlicher Bezirke, die obersten Spitzen des Magistrats und der städtischen Ämter sowie die Direktoren der städtischen Unternehmungen. Auf der Galerie hatten sich zahlreiche Besucher — Herren und Damen — eingefunden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain und die Schriftführer betraten kurz vor 10 Uhr den Saal, begaben sich auf die Estrade und Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach nachstehende Worte:

Die Trauerrede des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte aus: Mitten in den schicksalsschweren Tagen des größten Weltkrieges hat Gottes Ratsschluss das Leben unseres geliebten Kaisers geschlossen. Mehr als zwei Menschenalter lenkte der Monarch die Geschichte seiner Völker und nahm auf die Gestaltung eines ganzen Erdkreises bestimmenden Einfluß. Der Nachkomme jenes Herrschers, in dessen Reiche die Sonne nicht unterging, der Enkel des letzten römischen Kaisers deutscher Nation, der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn ist dahingegangen. Aber uns war Franz Josef I. mehr als der Kaiser: Er war unser Schirmherr und Vater, der erste Bürger des Reiches und der Stadt, der ehrwürdige Apostel des Friedens unter den Völkern außerhalb und innerhalb des Landes, und nun in seinen letzten Tagen, da es ihm nicht vergönnt war, so wie er es sehnlich wünschte, die Jahre, die ihm durch Gottes Gnade noch bechieden waren, Werken des Friedens zu weihen und seine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren, unser oberster Kriegsherr.

Der Vater des Vaterlandes war er in dem Augenblicke geworden, als er in jungen Jahren den Thron der Habsburger bestieg. So wie er als Kaiser bis zur letzten Stunde, bis in den mahnenden Tod hinein mit aller Kraft dem Reiche obsorgte, war er unserer Stadt ein Vater von Anbeginn. Er verlieh ihr das Recht der freien Selbstverwaltung, das Recht zu Kraft und Wachstum auf Grund eigener Verantwortung, er erweiterte mächtig für sie die Grenzen ihres Bodens, so daß sie im Hauche einer neuen Zeit aufblühen und gedeihen konnte. Das Wien voll uralter, bedeutungsvoller Geschichte und zugleich eine Weltstadt im neuzeitlichen Sinne, voll Schönheit, Reiz und Eigenart. So ist Wien unter Kaiser Franz Josef geworden.

Wien und der Kaiser teilten jede Freude, jeden Schmerz, und tief erschüttert stehen heute die Wiener vor dem Ereignisse dieses so plötzlichen, so schmerzlichen kaiserlichen Todes.

Oft und oft anerkannte der Kaiser die Treue der Wiener und ihre Liebe, welche insbesondere bei den festlichen Anlässen in der Familie des Kaisers so unmittelbar zum Ausdruck kam. Wie die Vermählung des Kaisers und die Feier seiner silbernen Hochzeit, so wurde die Geburt und die Vermählung seiner Kinder von den Wienern mit aufrichtiger Freude festlich begangen. Bei einem solchen feierlichen Anlasse — es war die Verlobung des Kronprinzen Rudolf — sprach der Kaiser das uns so ehrende Wort, daß er und die Wiener wie eine Familie zusammengehören: „Es war Mir eine aufrichtige Genugtuung, daß es sich bei dieser Gelegenheit neuerdings gezeigt hat, wie die Bevölkerung Wiens jedes Ereignis, welches Mich und Meine Familie betrifft, als eine uns alle berührende Angelegenheit empfindet und daß Wir alle zusammen in der Tat nur eine Familie bilden.“

In einer großen Familie gibt es aber nicht nur freudige, sondern auch traurige Ereignisse. Und wie der Kaiser an den Unglücksfällen, welche die Gemeinde Wien trafen, immer seine innige werktätige Teilnahme bewies, so hatte leider die Stadt Wien nur zu oft Gelegenheit, in schweren Tagen, die ihrem Kaiser bereitet wurden, mit ihm den Schmerz teilend, an seiner Seite zu stehen. Alle Schläge des Schicksals, die einen Sterblichen überhaupt treffen können, mußte der Dulder auf Habsburgs Thron über sich ergehen lassen. Das Schicksal seines Bruders Max, der Tod seines einzigen Sohnes und seiner Gemahlin und zuletzt die Ermordung seines Neffen, des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, waren ein Uebermaß von Leid, das dem Kaiser bechieden war.

Und nun war dieser unselige Krieg gekommen, der Hunderttausende hinopfert, Länder verwüstet und allen Bürgern die schwersten Entbehrungen auferlegt. Auch diese Leiden, die die Kriegsjurie seinen Ländern gebracht hat, mußte er, der Friedensfürst, noch erleben. Aber mit dem Kriege war auch die alte Kraft des Habsburgerreiches wieder lebendig geworden, und alle Hoffnungen unserer Feinde, welche die jahrzehntelang mit Erfolg wirkende Friedensliebe unseres Vaterlandes als Schwäche auslegten und daher im Falle eines Krieges den Zerfall des Reiches prophezeiten, waren zuschanden geworden. Ein Gewissenserbe wollen wir hochhalten — das machtvolle Bewußtsein seiner und unserer Reinheit an der Sünde dieses Weltkrieges.

Diese Trauer hat das Land ergriffen und mit ihm das Reiches Haupt- und Residenzstadt Wien. Eine Wunde ist in unser Herz gerissen, die niemals vernarben wird, Frost ist gefallen über Land und Stadt und die Völker des weiten Reiches.

Gott will, daß auch in tiefster Trauer der Mensch des Augenblickes Pflicht erfüllt. So wollen wir an Franz Josefs Bähre — an der Bähre des großen Friedenskaisers — in Mut und Zuversicht im selben pflichtgetreuen Geiste, der ihn stets erfüllte, dem großen Kampf weiterdienen, der dem Reiche einen befestigten segensreichen Frieden sichern soll, wie sein

treuer hingeschiedener Kaiser ihn seinem Reiche und seinen Völkern erhehnt hat.

Nach der Traueransprache wurde die Sitzung geschlossen.

Jungparlamentarische Municipalausschuss.

Dr. Julius Baránffy bedauert, daß heute, wo wichtigere Fragen, die Fragen der Verpflegung usw., im Vordergrund stehen, eine solche politische Frage aufgeworfen wurde. (Widerspruch.) Da aber diese Frage nun einmal aufgetaucht ist, spricht Redner den Wunsch aus, daß die Generalversammlung, auch für die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen eintreten möge. (Beifall.) Ist es nicht sonderbar, daß zum Beispiel der Schuldiener das Stimmrecht besitzt, die Lehrerin aber nicht? Solche Ungerechtigkeiten müssen aus der Welt geschafft werden. (Beifall.)

Der Vorsitzende erklärte nun die Debatte als geschlossen. Dr. Wilhelm Báczoni macht als Antragsteller von dem Schlußworte Gebrauch. Redner erklärt, sein Antrag sei zeitgemäß und liege im Interesse der hauptstädtischen Bürgererschaft selbst. Sehen denn die Gegner des Antrages nicht ein, daß gegen die Hauptstadt eine planmäßige Depe getrieben wird, daß man die Bürgererschaft gegen einander aufreizen, sie in zwei Lager spalten will? Dagegen gibt es nur ein einziges Mittel: die ganze Budapester Bevölkerung möge sich zum Schutze der Interessen der Hauptstadt vereinigen. Wer für den Wirrismus kämpft, beweist, daß er sich vor der Konkurrenz des arbeitenden Volkes fürchtet. Redner versucht sodann die Argumente Franz Székelys zu widerlegen und erklärt, vollkommen davon überzeugt zu sein, daß er — Redner — seinen Antrag zu keiner geeigneteren Zeit hätte einreichen können. Redner nimmt die von Hof beantragte Ergänzung an und erklärt, daß auch er gern für die Ausdehnung des Stimmrechtes auf die Frauen eintrete. Durch seinen Antrag wollte er hauptsächlich eine Vereinigung der ganzen Budapester Bevölkerung herbeiführen, damit sie mit vereinten Kräften gegen die Feinde der Hauptstadt auftreten könne. (Applaus und Geknurren.)

Präsident Dr. Bárczy ordnete auf Verlangen von zwanzig Stadtrepräsentanten die namentliche Abstimmung über den Antrag Báczonis samt der Hof'schen Mobilisation an.

Es wurden insgesamt 193 Stimmen abgegeben, und zwar für den Wahlrechtsantrag 153, gegen den Antrag 40.

Die Verkündung des Ergebnisses der Abstimmung wurde von den Anhängern des Antrages mit lautem Applaus aufgenommen.

Anmeldung der Zuckervorräte.

Es folgte nun — unter viel geringerer Teilnahme der Stadtväter — die Verhandlung eines zweiten Antrages, den Dr. Árpád Földes eingereicht hatte. Der Antragsteller spricht in seinem Antrag den Wunsch aus, daß die in der Hauptstadt befindlichen Zuckervorräte kontribuiert, requiriert und mit Hilfe des einzuführenden Zuckertariffsystems dem konsumierenden Publikum zugänglich gemacht werden. Zur Begründung seines Antrages weist Dr. Földes auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Zucker hin.

Der Antrag wurde an den Magistrat geleitet.

Wahlen.

Der Vorsitzende verkündet nun das Ergebnis der Abstimmung zur Besetzung der im hauptstädtischen Baurat sowie in drei Kommissionen freigewordenen Mitgliedsstellen. In den Baurat wurden Josef Szabó, Dr. Hugó Freyer und Dr. Koloman Heinrich, die auch bisher mit Erfolg als Mitglieder des Baurats tätig waren, gewählt, in die volkswirtschaftliche Kommission József Bosnyák, in die Rechtskommission Dr. Karl Gebhardt, in die Sanitätskommission Béla Vid und Josef Laumann.

Interpellationen.

Die Reihe der Interpellationen eröffnete Dr. Alexander Pető. Er will in der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl interpellieren. Zunächst tadelt er das Vorgehen des Bürgermeisters Dr. Bárczy, der es nicht der Mühe wert halte, die Interpellationen anzuhören. (Dr. Bárczy hatte nämlich inzwischen an den Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy den Vorsitz abgetreten und sich entfernt.)

Vorsitzender Dr. Bódy: Der Bürgermeister ist in amtlicher Sache abwesend. Uebrigens wird die Stadtrepräsentanz in der nächsten Generalversammlung reichlich Gelegenheit haben, sich mit allen Approvisionierungsfragen zu beschäftigen.

Nun erst brachte Dr. Alexander Pető seine Interpellation ein. Er fragte den Bürgermeister, ob er geneigt sei, den Beschluß der Generalversammlung, der den Magistrat verpflichtet, monatlich über die Approvisionierungslage Bericht zu erstatten, zu respektieren, ferner bittet er um Aufklärung darüber, welche Verfügungen getroffen wurden, damit die Bevölkerung in dem bisherigen Maße mit Mehl versorgt werde.

Dr. Julius Baránffy fragt den Bürgermeister, ob er davon Kenntnis habe, daß die Bevölkerung stundenlang vor den Lebensmittelverschleißbuden sich drängen müsse und daß sich die ärmeren Klassen nur mit den größten Schwierigkeiten die notwendigen Lebensmittel beschaffen können.

In einer zweiten Interpellation weist Dr. Baránffy auf die herrschenden Verkehrs-misere hin und wünscht, daß auch auf diesem Gebiete zum Besten der Bevölkerung Wandel geschafft werde. Der Interpellant urgierte bei dieser Gelegenheit auch die Ausdehnung des Automobilverkehrs auf die öfner Bezirke.

Johann Wittner bringt die Schwierigkeiten der Beschaffung von Fett zur Sprache. Er betont, daß es reichliche Fettvorräte gibt, die jedoch nicht unter die Budapest Konsumenten gelangen. Die Behörde sollte die Ausfuhr von Schweinefett mit allen Mitteln verhindern. Redner plädiert für die Errichtung einer Fettzentrale. (Widerspruch.)

Eine Stimme: Dann gäbe es überhaupt kein Fett mehr.

Johann Wittner verliest nun seine Interpellation, worin er den Bürgermeister auffordert, bei der Regierung dahin zu intervenieren, daß ein Teil der im Lande vorhandenen Schweine nach Budapest gebracht und deren Fett zur Versorgung des Budapest Publikums verwendet werde. (Zustimmung.)

Dr. Franz Kassai bringt in seiner Interpellation die unhaltbaren Zustände der Leopoldstädter Elementar- und Mittelschulen zur Sprache. Viele Schulen wurden ihrer Bestimmung entzogen und nur die älteren Schulgebäude stehen zu Unterrichtszwecken zur Verfügung. Infolge der Massenfrequenz dieser Schulen lassen selbstverständlich die sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Im Namen der Leopoldstädter Eltern bittet der Interpellant den Bürgermeister, sich von den geschilderten Zuständen zu überzeugen und ehestens Abhilfe zu schaffen. Der Bürgermeister möge ferner die nötigen Schritte einleiten, um durchzusetzen, daß die derzeit zu Militärzwecken okkupierten

Schulen so bald als möglich ihrer Bestimmung zurückgegeben werden. (Beifall.)

Sämtliche Interpellationen wurden an den Bürgermeister geleitet.

Die Tagesordnung.

Um dreiviertel 8 Uhr konnte man endlich zur Tagesordnung übergehen.

Bei der Vorlage über die Sicherung der Wein- und Fleischkonsumsteuer für die Jahre 1917 bis 1919 stellte Michael Hoffmann den Antrag, der Magistrat möge mit den zuständigen Kreisen neuere Unterhandlungen einleiten, um günstigere Bedingungen zu erzielen. Der Antrag wurde angenommen.

Eine größere Debatte rief die Vorlage betreffend eine abermalige Erhöhung der Mietwagentarife hervor.

Mag Márkus weist auf die unhaltbaren Zustände hin, die bei uns auf dem Gebiete des Mietwagenverkehrs herrschen. Besonders scharf wendet sich der Redner gegen die Kutscher, deren Willkür das Publikum hilflos preisgegeben ist. Redner ist überzeugt, daß die Erhöhung der Tarife die Zustände nicht bessern werde; die Vorlage des Magistrats könne ihn hierüber nicht beruhigen. Er wünscht, einen amtlichen Ausweis darüber, wie viel die Mietwagenbesitzer durchschnittlich verdienen, wie hoch ihre Betriebskosten sind usw. Ohne Kenntnis dieser Daten kann man in der Frage der Tarifierhöhung keine richtige Entscheidung fällen. Auf Grund der genauen Daten möge die Sektion eine neue Vorlage unterbreiten. (Zustimmung.)

Heinrich v. Biró schließt sich dem Antrag des Vorredners an und schildert ebenfalls die Mietwagenmisere.

Dr. Ernst Hecht weist auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Mietwagenbesitzer zu kämpfen haben und plädiert für die Annahme der Vorlage.

Nachdem noch Leo Dán gesprochen hatte, wurde der Antrag Márkus' mit großer Majorität angenommen.

Bei der Vorlage betreffend die Pensionierung des Oberphysis Dr. Malen Magharevits würdigte Dr. Wilhelm Báczoni mit Worten wärmsten Lobes die unergänzlichen Verdienste, die sich Dr. Magharevits auf dem Gebiete des hauptstädtischen Sanitätswesens erworben und beantragte, daß die Generalversammlung in Anerkennung dieser Verdienste das Porträt Dr. Magharevits' malen lasse.

Der Antrag Dr. Báczonis wurde unter lebhaften Applaus auf Dr. Magharevits' einstimmig angenommen.

Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß die Generalversammlung.

Ein Kapitel liberaler Schande

schlägt Karl Glossy in einem Aufsatz „Wien und der Kaiser“, veröffentlicht unter dem Strich der gestrigen Mittagsausgabe der „N. Fr. Pr.“, auf, wenn er, weniger als Historiker denn als Gelegenheits-laudator temporis acti, an das Verhalten des Wiener Gemeinderates im Kriegsjahre 1866 erinnert. Glossy rechnet den damaligen Wiener Gemeinderatsliberalen ihre historische Feigheit als Verdienst an, aber selbst seine Schönschreiberi vermag den wahren Charakter der „Kriegsaktion“ des Wiener Rathhauses von 1866 nicht ganz zu verbergen:

Daß bei aller Loyalität in Tagen drohender Gefahr die Vertretung der Stadt Wien den Mut (!) besaß, mit Ernst und Würde (!) die Interessen der Stadt an den Stufen des Thrones zu vertreten, beweist die Aktion des Gemeinderates im Jahre 1866. (Es waren nicht „die Interessen der Stadt an den Stufen des Thrones“, sondern die Interessen des Reichs gegenüber dem Feinde zu „vertreten“! D. M.) Ertrug man mit Ruhe das Mißgeschick, so mischte sich in die traurige Stille der Bevölkerung gar bald lebhaftere Erregung, als sich das Gerücht verbreitete, daß die Regierung beabsichtige, Wien zu verteidigen, sowie auch das Mißtrauen gegen den Staatsminister Belcredi im Gemeinderate lauten Ausdruck fand. Zwar verhielte der Bürgermeister einen bereits vorbereiteten Antrag, dem Kaiser eine Adresse zu überreichen, worin um Behandlung Wiens als offene Stadt und um Einsetzung eines liberalen Ministeriums (solche Schmerzen hatten damals die Wiener Liberalen mitten im Kriege!) geboten wurde. Als aber die Stimmen gegen das Ministerium immer heftiger wurden, begaben sich der Bürgermeister und dessen Stellvertreter am 10. Juli zum Kaiser, um ihn zu bitten, Wien nicht dem Schicksal einer eroberten Stadt preiszugeben. Ohne Rückhalt eröffnete Zelinka dem Kaiser den Wunsch der Wiener Bevölkerung, bezüglich der politischen Verhältnisse solche Aenderungen eintreten zu lassen, die geeignet seien, die Gemüter auch für die Zukunft zu befriedigen zu stellen. Die Zusicherung des Kaisers, Wien als offene Stadt zu behandeln, und die Erklärung, daß er der letzte sein wolle, die Stadt zu verlassen, bannten zwar die Sorge um die nächste Zukunft, aber die nur ganz allgemein gehaltene Antwort hinsichtlich der politischen Verhältnisse ließ eine ruhige Stimmung nicht auskommen. In einer Adresse, die Zelinka, begleitet von den Bürgermeisterstellvertretern, am 23. Juli überreichte, hat die Stadtvertretung zur Leitung der Staatsgeschäfte solche Männer zu berufen, deren entschiedene Taltrast

wie politische Gesinnung den Völkern Oesterreichs die Gewähr einer besseren Zukunft zu geben geeignet sei. Die ungnädige Aufnahme der Deputation erregte in den Kreisen der Wiener Bevölkerung und deren Gemeindevertretung große Bestürzung und veranlaßte den Bürgermeister Dr. Zelinka sich neuerlich zur Audienz zu melden, die auch sofort bewilligt wurde. Mit seltenem Freimuth setzte Zelinka auseinander, welche große Opfer die Wiener gebracht und wie schmerzhaft die kaiserliche Antwort empfunden wurde. Seine Stellung sei anders als die eines Beamten, er sei nicht nur verpflichtet, das Band der Sympathie und der Loyalität zwischen der Bürgerschaft und dem Herrscherhause festzuhalten, er habe auch Pflichten gegen die Bürgerschaft, die ihn nötigen, die Stimmung des Volkes zur Kenntnis des Thrones zu bringen. Zwar anerkannte der Kaiser den Patriotismus und die Opferwilligkeit der Wiener, aber das Wirken des Gemeinderates und dessen Beschwerde wurden in der kaiserlichen Antwort nicht berührt, vielmehr erfolgte am 26. Juli die Verhängung des Ausnahmestandes über Wien und Niederösterreich, der erst im Oktober aufgehoben wurde.

Der Kaiser unterschied also sehr genau zwischen den „Wienern“, die auch damals wie immer patriotisch waren, und dem Gemeinderatsliberalismus, der sich geradezu schmähtlich benommen hat, als Kaiser und Reich in Kriegsnot waren. Das Wien der Türken- und Napoleonkriege hat sich ganz anders benommen, als der Wiener Rathausliberalismus von 1866, der, statt dem ganzen Reiche mit gutem Beispiel voranzuleuchten, dem ganzen Reiche zum Verrücknis und sich selber zur ewigen Schande gereichte. Im Interesse Wiens, das ja für das kläglichste Verhalten des Klüngels, von dem es damals beherrscht wurde, nicht verantwortlich zu machen ist, breiteten wir bisher den Mantel der Vergessenheit über jene Tage der Unehre, so naheliegend es in diesem Kriege mißnützlich war, an jenem Beispiel zu erläutern, wie man es nicht machen darf, und den großen Unterschied von damals und heute aufzuzeigen. Aber da das liberale Hauptorgan noch den perversten Mut aufbringt, die 1866er Wiener Rathausliberalen für ihr unqualifizierbares Versagen belobigen zu lassen, mußte doch einmal der geschichtlichen Wahrheit die Ehre gegeben und gesagt werden, was vom 66er Liberalismus zu halten ist.

28.7.1916

91

6.

Bezug der Gemeindeangestellten des Gagistenstandes während des gegenwärtigen Krieges.

Erlaß des Ober-Magistratsrates Dr. August Mayr vom 21. Oktober 1916, M. D. 4771 (Normalienblatt des Magistrates Nr. 29):

Der Gemeinderat hat am 17. Oktober 1916 zur Pr. Z. 9673 den nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Den zu den Militärgagisten gehörenden Gemeindeangestellten, auf welche die im Anhang II zur Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien (Ausf. 1914) enthaltene Vorschrift über die Personal- und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen städtischen Bediensteten . . . keine Anwendung findet, gebührt, wenn sie für eine Gattin oder ein eheliches Kind zu sorgen haben, während ihrer Militärdienstleistung in dem gegenwärtigen Kriege an Stelle des ihnen nach den bisherigen Bestimmungen belassenen Drittels des Gehaltes (Taggeldes u. s. w.) in Zukunft die Hälfte des Gehaltes (Taggeldes u. s. w.).“

Diese Bestimmung ist vom 1. September 1916 an rechtswirksam.“

Kaiser Karl und die Stadt Wien.

Das Fest der Thronbesteigung unsrer Kaiser ist von der Haupt- und Residenzstadt Wien stets mit jener Herzlichkeit und Freude begangen worden, die über die äußere Form des hergebrachten Rahmens solcher Gedenktage weit hinausgeht. Und so hat auch nunmehr zum Regierungsantritt Kaiser Karls der Stadtrat in seiner gestrigen Sitzung nach einem eingehenden Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig einen Beschluß gefaßt, der dem historischen, innigen Einvernehmen zwischen dem Kaiser und der Stadt, in der die Burg seiner Väter steht, würdig entspricht.

Aber dieses Wort klingt doch zu schwach, wenn man sich die einzelnen Punkte des gestrigen Stadtratsbeschlusses genauer ansieht. In so großzügiger und vornehmer Weise, mit einer so weitblickenden Fürsorge für jene Mitbürger, die Krankheit und Not betroffen haben, ist in Wien bisher noch kein feierlicher Anlaß begangen worden. Die Beträge für die durch den Krieg in Not geratenen Gewerbetreibenden und ihre Angehörigen sowie für die Errichtung eines den Namen des Kaisers tragenden Tuberkulosenheims entspringen einem Beschluß, der dem Bürgermeister und den Stadträten alle Ehre macht.

Die Beschlüsse, die mit dauernden Erinnerungszeichen an die Regierung Kaiser Franz Josefs und an die Thronbesteigung des neuen Kaiserpaares verbunden sind, sprechen beredter als Worte es vermögen von dem Wunsche des Bürgermeisters und der ganzen Stadt Wien, daß sich jenes unlösliche Band der Liebe, das unsern alten Kaiser mit seiner Residenzstadt verknüpfte, auch das junge Kaiserpaar mit der schönen Hauptstadt Oesterreichs und ihren Bewohnern vereinen möge. Gemeinsame Erlebnisse in schweren Tagen verbinden doppelt stark. Immer hat Wien die Kaiserstadt geheißen, und mit Stolz die Kaiserburg in der treuen Gut ihrer Mauern gewußt. So ist es keine Formalität, die Bürgermeister Dr. Weiskirchner und der Stadtrat erfüllt haben, wenn sie den jungen Kaiser und seine Gemahlin nach altem, freiem Brauch der Stadt Wien durch die Tat ehren, sondern der Ausdruck unerschütterlicher patriotischer Zuneigung und altgewohnter Treue und ein Beweis, daß der Kaiser und seine Residenz in jenem historischen Verhältnis zueinander stehen, das ein Erbteil der Vorfahren und deshalb heilig ist.

Die Beschlüsse des Stadtrates.

Anlaßlich des Thronwechsels hat der Stadtrat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung nach einem ausführlichen Referat des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen:

1. Prägung einer Guldigungsmedaille mit den Bildnissen Kaiser Karls I. und Kaiserin Rita,
2. Herstellung eines Reliefs oder eines Gemäldes, darstellend die Guldigung der Wiener Gemeindevertretung vor Kaiser Karl I.
3. Widmung eines Betrages von 200,000 K. zur Verteilung an durch den Krieg in Not geratene Gewerbetreibende, deren Witwen und Waisen.

4. Widmung eines Betrages von 1 Million Kronen zur Errichtung einer Tuberkulosenheimstätte im Anschluß an das Jubiläumshospital der Gemeinde Wien und Benennung derselben als Kaiser Karl-Tuberkulosenheimstätte.
5. Herausgabe eines Erinnerungsbüchleins an Kaiser Karl-Tuberkulosenheimstätte.
6. Benennung der von der Gemeinde zur Errichtung gelangenden Kriegerheimstätte, welche bisher mit I bezeichnet war, mit Kaiser Karl-Kriegerheimstätte Aspern.

Der Bürgermeister hat die städtischen Aemter angewiesen, die Vorlage zur Beschlußfassung des Gemeinderates ehestens auszuarbeiten und vorzulegen.

Schließlich wurde der Bürgermeister ermächtigt, wegen Errichtung eines Monumentes für den verstorbenen Kaiser sich mit der österreichischen Regierung ungesäumt ins Einvernehmen zu setzen.

Kaiser Karl.

Widmungen der Gemeinde Wien zum Regierungsantritt.

Anlässlich des Thronwechsels hat der Stadtrat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung nach einem ausführlichen Referat des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner einstimmig beschlossen:

Prägung einer Guldigungsmedaille mit den Bildnissen Kaiser Karls I. und Kaiserin Zita.

Herstellung eines Reliefs oder eines Gemäldes, darstellend die Guldigung der Wiener Gemeindevertretung vor Kaiser Karl I.

Widmung eines Betrages von 200.000 Kronen zur Verteilung an durch den Krieg in Notgeratene Gewerbetreibende, deren Witwen und Waisen.

Widmung eines Betrages von 1 Million Kronen zur Errichtung einer Tuberkuloseheimstätte im Anschlusse an das Jubiläumsspital der Gemeinde Wien und Benennung derselben als Kaiser Karl-Tuberkuloseheimstätte.

Hinausgabe eines Erinnerungsbüchleins an Kaiser Franz Josef I. für die Schuljugend.

Benennung der von der Gemeinde zur Errichtung gelangenden Kriegerheimstätte, welche bisher

mit I bezeichnet war, mit „Kaiser Karl-Kriegerheimstätte Aspern.“

Der Bürgermeister hat die städtischen Ämter angewiesen, die Vorlage zur Beschlussfassung des Gemeinderates ehestens auszuarbeiten und vorzulegen.

Schließlich wurde der Bürgermeister ermächtigt, wegen Errichtung eines Monuments für den verstorbenen Kaiser sich mit der österreichischen Regierung ungesäumt ins Einnehmen zu setzen.

Zweiter deutschmährischer Städtetag.

Brünn, 10. Dezember. Heute fand im Deutschen Hause die Tagung des Zweiten deutschmährischen Städtetages statt, zu der der Statthalter von Mähren Freiherr v. Heinold, Vertreter fast aller deutschmährischer Städte, die deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Mährens und viele andre erschienen waren.

Bürgermeister von Brünn und Vorsitzender des Städtetages Regierungsrat Schnitzler hielt vorerst dem verbliebenen Monarchen einen tiefempfundeneu Nachruf, in dem er des segensreichen Wirkens weiland Seiner Majestät Franz Josef I. gedachte. Sodann würdigte der Vorsitzende die rühmenswerte Tapferkeit unsrer siegreichen Heere und der treuen Verbündeten und brachte schließlich nachstehendes, von der Versammlung beifällig aufgenommenes Telegramm an die Allerhöchste Kabinettskanzlei zur Verlesung:

„Die zur zweiten Tagung des deutschmährischen Städtetages in Brünn versammelten Bürgermeister und Vertreter der deutschen Städte Mährens gedenken vor Beginn ihrer Beratungen in tiefer Dankbarkeit und ehrfurchtsvoller Trauer des dahingeschiedenen Landesherrn huldigen in angehauchter Treue und Ergebenheit Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin und geloben namens Ihrer Mitbürger, wie bisher auch weiterhin zur Erreichung eines ehrenvoll und dauerhaften Friedens alle notwendigen Opfer zu bringen, in der festen Zuversicht, eine lange und glückliche Regierung Seiner Majestät werde die durch den Krieg geschlagenen Wunden heilen und das geliebte Vaterland einer kraftvollen Entwicklung zuführen. Ferdinand Schnitzler, Bürgermeister der Landeshauptstadt Brünn und Vorsitzender des Deutschmährischen Städtetages.“

Sodann begrüßte Statthalter Freiherr von Heinold den Deutschmährischen Städtetag und dankte dem Städtetag für die hingebungsvolle und begeisterte Mitarbeit zur Erreichung des Kriegszieles.

Bei dem Punkt der Tagesordnung „Lebensmittelfragen“ hielt der Statthalter eine Rede, in der er unter anderm auf die Notwendigkeit der rücksichtslosen Bekämpfung des Lebensmittelmangels und der sonstigen wirtschaftlichen Auswüchse in den Ernährungsfragen hinwies und betonte, daß die Zentralregierung oben an der Arbeit sei, zielbewußt und kraftvoll Wandel zu schaffen. Weiter betonte der Statthalter, daß eine freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung bei der Bekämpfung der Mißstände unbedingt erforderlich sei, und besprach die zu schaffende, alle umfassende Organisation des wirtschaftlichen Patriotismus gegen den wirtschaftlichen Egoismus zwecks gemeinsamer systematischer Aufklärungsarbeit. Durch dieses entsprechend organisierte aufklärende Wirken einerseits und durch ein gleichmäßiges, unerbittliches, strenges Vorgehen anderseits werden gewiß nachhaltige Er-

folge erzielt werden. Dann braucht niemand bei uns bange zu sein; dann haben wir gewiß nicht den Hunger, dann haben die Feinde uns zu fürchten.

In Erledigung der Tagesordnung wurde zunächst der Entwurf der Geschäftsordnung für die freie Vereinigung deutschmährischer Städte angenommen und die Wahlen von 12 Ausschußmitgliedern und 12 Ausschußbeisitzern durchgeführt.

Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Lebensmittelversorgung, wobei sämtliche Redner der Ansicht Ausdruck gaben, daß bei strenger und rücksichtsloser Handhabung der Vorschriften über die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel das Durchhalten vollständig gesichert erscheint.

Sodann gelangten eine Reihe von Resolutionen zur Annahme, darunter ein Beschlufantrag, in welchem der deutschmährische Städtetag die Errichtung von Speiseanstalten in großem Maßstabe empfiehlt wegen der damit zu erzielenden vollständigen Ausnützung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel.

**Rücktritt des Bürgermeisters von
Waidhofen a. d. Y.**

Wegen Mehlmangel in seiner Stadt.

Man berichtet uns aus Waidhofen a. d. Y.: Unser Bürgermeister Dr. Niegelhofer ist wegen Schwierigkeiten, die sich bei der Mehlfversorgung der Stadt ergaben, von seinem Amte als Stadtoberhaupt zurückgetreten. Er hat an das Statthaltereipräsidium diesbezüglich folgende Depesche gerichtet: „Nachdem sich die Mitteilungen des Erlasses vom 21. November 1916 als unrichtig erwiesen haben und eine halbwegs ausreichende und rechtzeitige Versorgung nicht erreichbar erscheint, sehe ich mich genötigt, vom Amte zurückzutreten.“ Der Gemeinderat ist von dem

Rücktritt des Bürgermeisters bisher nicht verständigt und hat daher auch noch nicht Stellung zu dieser Angelegenheit genommen.

17. XII. 1916

Die Vermehrung der Stadtratsmandate.

Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag und Freitag 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung steht als erster Punkt folgender Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner: Im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse beschließt der Gemeinderat, daß bis zur verfassungsmäßigen Aenderung des Wiener Gemeindestatuts statt 27 dreißig Mitglieder des Gemeinderates in den Stadtrat entsendet werden, und überreicht diesen Beschluß dem niederösterreichischen Landesausschuß und der I. I. Regierung.

Die drei neuen Mandate sollen bekanntlich der Opposition zufallen, und zwar soll die fortschrittliche Partei zwei Vertreter, die sozialdemokratische einen Mandatar in den Stadtrat entsenden. Die fortschrittliche Partei hat bereits als ihre Kandidaten die Gemeinderäte Dr. Oskar Hein und Oswald Hohenfinger nominiert. Ob die Sozialdemokraten der Vermehrung der Mandate zustimmen werden, steht noch nicht fest. Den Parteien wird selbstverständlich nach parlamentarischem Usus das freie Präsentationsrecht ihrer Kandidaten eingeräumt.

Einrichtung eines Berliner Stadtschuldbuches.

Berlin ist dem Beispiel des Reiches, des Staates und anderer Gemeinden gefolgt und hat für die Verwaltung der Stadtanleihen ein Schuldbuch eingerichtet. Die großen Vorteile der Benutzung der Schuldbucheinrichtung sind längst bekannt. Diese Vorteile bietet die Stadt nun auch ihren Anleihegläubigern. In das Stadtschuldbuch können Schuldverschreibungen der Stadt Berlin eingetragen werden. Die eingetragenen Schuldverschreibungen werden von der Stadt in diebes- und feuersichere Verwahrung genommen. Die Benutzung des Stadtschuldbuches schützt daher gegen Verlust der Wertpapiere durch Diebstahl, Unterschlagung, Vernichtung durch Verbrennen u. a. m. Die Vernichtung des Stadtschuldbuches selbst ist nicht zu befürchten; es ist in zwei Stücken vorhanden, die in räumlich von einander getrennten Dienstgebäuden sicher aufbewahrt werden. Besonders endlich werden die Schuldbuchakten verwahrt, die den Inhalt des Schuldbuches ebenfalls genau erkennen lassen. Ueber jede Eintragung erhält der Berechtigte außerdem eine Benachrichtigung als Ausweis.

Die Eintragung seiner Schuldverschreibungen überhebt den Gläubiger der Mühe, sein Kapital zu verwalten. Dieses besorgt für ihn der Magistrat (Stadtschuldbuchverwaltung) und zwar kostenfrei. Der Gläubiger hat sich künftig um nichts mehr zu kümmern, auch nicht um die Einlösung der Zinscheine. (Vergleiche hierzu auch die Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil.)

Mitteilungen über die Eintragungen an andere als die Berechtigten sind ausgeschlossen, da das gesamte Schuldbuchpersonal zu strengster Geheimhaltung verpflichtet ist.

Vermehrung der Stadtratsmandate.

Aus der gestrigen Gemeinderatsitzung.

Ganz unvermutet ist aus der Versenkung der Antrag des Herrn Bürgermeister aufgestiegen, das Wiener Gemeindestatut dahin zu ändern, daß der Stadtrat um drei Mitglieder vermehrt, die Zahl seiner Mitglieder mit dreißig festgesetzt wird. Der Antrag stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates vom 22. September; er wurde damals von der Verhandlung abgesetzt, weil die Sozialdemokraten den Wunsch ausgesprochen hatten, sich vorerst noch mit ihren Vertrauensmännern zu beraten. Der Herr Bürgermeister hat kein Geheimnis daraus gemacht, warum der Antrag drei Monate verschollen blieb und warum er plötzlich wieder auftaucht. Die Regierung Stürgkh, von dem Wunsche befehle, dem „außerparlamentarischen Wege“ überall Eingang zu verschaffen, weil dadurch eben ihr „Weg“ legitimiert erschien, hatte dem Plane des Bürgermeisters, das Wiener Gemeindestatut, das ein Landesgesetz ist, mit einem Patent zu ändern, mit Begeisterung zugestimmt. Eine andere Ausnahme fand der Plan bei der Regierung Koerber, die das Patent offenbar nicht bewilligen wollte; infolgedessen hatte der Herr Bürgermeister auch die Absicht, dem Antrag eine andere Form zu geben. Nun hat Koerber demissioniert und der Herr v. Spitzmüller kommt: also meint der Herr Bürgermeister, wieder auf seinen ursprünglichen, von Koerber abgelehnten Antrag greifen zu können. Der Herr v. Spitzmüller wird sich für das Kompliment, das in diesem Weiskirchnerischen Vorgang liegt, wohl bedanken; wir hoffen auch, daß er genau so gesellig und verfassungsmäßig urteilen wird, wie Koerber geurteilt hat. Interessant war es, als Weiskirchner darauf zu sprechen kam, wie Herr v. Spitzmüller die Sache wohl betrachten möge. Er fing an: „Sollte es Herr v. Spitzmüller wagen“, aber was folgte? Ein Ausfall gegen den **Ausgleich** mit dem § 14! Der Ausfall war loblich; aber derjenige, der für die Vermehrung der Stadtratsmandate, für die überdies nicht die geringste sachliche Notwendigkeit spricht, den Weg außerhalb des Gesetzes sucht, macht sich mit Ausfällen gegen den § 14 nur lächerlich. Wobei wir davon gar nicht sprechen wollen, daß die Partei des Herrn Weiskirchner den Weg, den er heute so gescholten hat, direkt fordert.

Die Berufung darauf, daß Sozialdemokraten für irgend etwas, irgendwann und irgendwo den § 14 empfohlen haben, wäre für das, was heute beantragt und beschlossen wurde, noch lange keine Rechtfertigung; man kann immerhin der Meinung sein, daß die Notverordnung für die Reform der Krankenversicherung begehrt werden kann — wir würden uns auch da bedenken — aber das ist, wie Neumann sehr richtig einwendete, eine **Volksnotwendigkeit**. Die „Notwendigkeit“, drei Christlichsoziale im Stadtrat mehr zu haben — denn da fünf Mandate erledigt sind, wäre natürlich für die Berücksichtigung der Minorität der Raum da! —, ist aber keineswegs eine Sache, um derentwillen auch

nur ein Buchstabe des Gesetzes gebeugt werden darf! Die Sozialdemokraten wollen mit der Sache nichts zu tun haben und, wie aus Neumanns trefflicher Erklärung hervorgeht, sie werden auch mit ihr nichts zu tun haben.

Ganz in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Wiener Vertrauensmänner, die „auf das entscheidendste Verwahrung gegen den Plan eingelegt haben, von der Regierung zu verlangen, daß sie das Statut der Gemeinde ändere, indem sie über die Verfassung hinwegschreitet“, hat Neumann im Gemeinderat die zweideutige Aktion gekennzeichnet und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihr und zu der aus der Vermehrung ersolgenden Wahl festgelegt. Wenn Herr Weiskirchner überdies gemeint hat, man könne der Sozialdemokratie nicht mehr als ein Mandat zubilligen — ein Mandat unter dreißig der Partei, die die Hälfte aller Wähler darstellt —, so muß ihm mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Sozialdemokratie davon weit entfernt ist, von ihm Geschenke oder Gunstbezeugungen zu verlangen und zu erwarten; sie fordert ihr Recht, nur dieses, aber dieses wirklich: und ein Mandat unter dreißig nennen wir eher eine Verhöhnung ihres wirklichen Rechtes! Mit wenig Worten und wenig Inhalt hat der Herr Bürgermeister die ungleich dringendere Frage der Wahlreform gestreift, und wenn er sich dieser kardinalen Forderung mit dem „Witze“ zu entledigen vermeint, daß diese Forderung doch auch die Forderung nach einem — Verfassungsbruch einschließe — als ob der Gemeinderat die Sache nicht vorläufig erledigen und mit der Gesehwerdung warten könnte, bis der Landtag da ist! —, so sieht man leider nur allzu deutlich, wie sich Herr Weiskirchner noch immer der Erkenntnis weigert, daß die Wiener Gemeindevahlordnung die erbärmlichste aller Gemeindeverfassungen ist und ein Skandal darüber hinaus... Der Antrag des Bürgermeisters wurde mit 101 gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Wahrhaft erbärmlich haben sich die sogenannten Fortschrittlichen benommen, ihr Führer und Redner Dr. Hein obenan. Die essen alles und kein Verfassungsbruch stört ihre Verdauung, wenn sie nur Mandate kriegen! Ob Herr Dr. Hein für die Vermehrung der Stadtratsmandate auf dem Wege gegen das Gesetz ebenso begeistert wäre, wenn die Nutznießer dieser Vermehrung nicht die „Fortschrittlichen“ wären und insbesondere, wenn unter denen, die aus der Vermehrung bedacht werden sollen, nicht der Dr. Hein wäre?

Gemeindereform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brothausen.

(Siehe Nr. 18649, 18656, 18670, 18677 und 18684 der „Neuen Freien Presse“ vom 23., 30. Juli, 13., 20. und 27. August 1916.)

Wien, 2. September.

VI. Staatsaufsicht.

Durch eine seltsame Verkettung der Umstände ist die Gemeindefreiheit ein bloßer Schein geworden. Unsere früheren Betrachtungen über das „Selbstbestimmungsrecht“ der Gemeinde in ihren „selbständigen“ Angelegenheiten ergeben den Satz: Ob eine Gemeinde einen Stall bauen, ob sie einen Nachtwächter bestellen will usw., darüber steht ihr allerdings ein vorläufiges Bestimmungsrecht zu; aber in höherer Instanz entscheidet darüber der Landesausschuß nach seinem Ermessen! Unsere Selbstverwaltung bedeutet also nicht mehr „Selbst ist der Mann“, „Herr im eigenen Hause sein“, sondern es bedeutet eine provisorische Herrlichkeit, die nur so lange dauert, bis der eigentliche Herr im fremden Hause ein „Höherer“ auf den Plan tritt. Schon das Wort „höhere Selbstverwaltung“ ist ein Widerspruch in sich; ein „unterer“ Selbstverwaltungskörper, der einer „oberen“ Selbstverwaltung untergeordnet ist, hat schon aufgehört, sich selbst zu verwalten. Somit ist bei uns das Wort Selbstverwaltung ein Deckmantel geworden für das gerade Gegenteil von dem, was es sein soll; es wurde zu einem Verwaltetenwerden durch andere. Aus einer Selbstverwaltung der Gemeinde wurde ein Verwaltetenwerden durch den Landesausschuß. Selbstverständlich ist auf diese Weise auch die sogenannte „Selbstverwaltung des Landes“ eine Fälschung geworden: sie bedeutet zum großen Teile, daß auch das Land nicht sich selbst, sondern daß es die Gemeinde, also einen anderen verwaltet.

So sieht also in Wahrheit die Gemeinde als „freie Körperschaft“ aus. Nun wollen wir sie in ihrer zweiten Eigenschaft betrachten, als Dienerin und Helferin des Staates. Auf vielen Gebieten staatlicher Verwaltung ist sie einfach dessen Organ. Auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit wäre es begreiflich, wenn sie der Staatsbehörde als ihrem Vorgesetzten voll und ganz untergeordnet wäre und lückenloser staatlicher Aufsicht unterläge.

Je ehrlicher die Gemeindeordnung das Unvermeidliche zum Ausdruck bringt, desto wahrheitsliebender ist sie; aber gerade auf diesem Gebiete besleibt sich unser Gesetz einer sauberen Halbheit; voll Zartgefühl schützt es gewisse innere Vorurteile der Staatsbehörde, so daß diese oft nur umhertreibt und durch Angeber zur nötigen Kenntnis gelangt; es besteht sozusagen ein Hausrecht der Gemeinde gegen den Staat. Während das Land „durch Absendung von Kommissionen Erhebungen an Ort und Stelle veranlassen kann“, schweigt das Gesetz von einem entsprechenden Visitationrechte des Staates. Nichts wäre selbstverständlicher gewesen als der Satz: Die Gemeinde ist in den ihr vom Staate übertragenen Angelegenheiten den Staatsorganen einfach untergeordnet. Die Regierungsvorlage hatte ihn nicht enthalten, weil sie überhaupt weder vom eigenen noch vom übertragenen Wirkungskreise sprach, und das Abgeordnetenhaus nahm keine Veranlassung, eine solche, die Staatsautorität kräftigende Bestimmung einzuschalten. Gleichsam durch Hintertürchen wurden verschiedene Spezialbefugnisse der Staatsbehörde zur Geltendmachung ihrer Stellung eingeschmuggelt. Nicht so sehr die Gemeinde als solche, vielmehr der Gemeindevorsteher wurde zum hauptsächlichsten Träger des übertragenen Wirkungskreises gemacht, und dadurch wurde die Frage des Einflusses, den der Staat unumgänglich benötigt, zu einer Frage des Einflusses auf bestimmte Personen umgewandelt.

An Stelle des schwerer zu behandelnden Ausschusses bemächtigt sich der Staat des Gemeindevorstehers, betrachtet ihn als Prügelknaben oder Geißel und verschiebt dadurch das natürliche innere Gefüge der Gemeinde. Der eigentlichen Seele der Gemeindeverwaltung, dem Ausschusse, jedoch, der die Mittel für organische Einrichtungen der Gemeinde beisteuert und in dessen Hände der Gesamtbetrieb liegen sollte, kann die Staatsbehörde nur gelegentlich beikommen. Ihm gegenüber verjagt die Staatsaufsicht manchmal ganz, manchmal zum Teil, und gelegentlich wird der Landesausschuß vom Landesausschuß gedeckt. Anstatt einem Uebelstande unmittelbar auf den Leib zu rücken, mußte die Staatsaufsicht eigentlich den ihr schwer zugänglichen Funktionen der einzelnen Organe nachspüren und gelangt im entscheidenden Augenblicke vor eine Mauer, vor der sie Halt machen muß.

Die Praxis der Staatsbehörden hat diese Schwierigkeiten in echt bürokratischer Weise nicht gelöst, aber angangen: obwohl der vom Staate übertragene Wirkungskreis eigentlich eine Mitwirkung der Gemeinde, also ihrer Gesamtheit ist, wurde er im Laufe der Zeit eine ausschließlich bürokratische Funktion des Bürgermeisters unter Ausschaltung der Gemeinde. Dieser Erfolg ist nach vielen Richtungen bedauerlich; für den Bezirkshauptmann ist nun der geeignetste Bürgermeister nicht, wer die Gemeinde am besten verwaltet, sondern der Mann, der ihm die besten Schreiberdienste leistet. Die Bürokratisierung der Gemeinde ist damit in die schönsten Wege geleitet. Aber das wäre noch nicht der größte Schaden; indem die Staatsbehörde bei ihrer Aufsicht von der Gemeinde als solcher hinübergeliegt auf ein einzelnes Organ, das doch wieder nicht die Gemeinde ist, wird die ganze Aufsicht nur zu leicht wirkungs- und ergebnislos; über den Einzelfall kommt sie nur selten hinaus. Selbst wenn es ihr gelingt, ein einzelnes Uebel abzustellen, so fehlt ihr die Handhabe, dauernde Verwaltungseinrichtungen zu schaffen — kein Wunder, wenn auch der tätigste Bezirkshauptmann bald erlosch im Kampfe mit einer Hydra, deren Köpfe auf so vielen verschiedenen nachwachsen. Lückenlose Staatsaufsicht im übertragenen Wirkungskreise, Verantwortlichkeit und

Heranziehung der Gemeinde zur Erfüllung staatlicher Pflichten ist ein notwendiges Reformprogramm.

Wenn aber schon die staatliche Aufsicht so sehr zum Schaden der Sachlichkeit zu einer Frage der Personenaufsicht geworden ist, dann — sollte man meinen — müßte eine ganz besondere Aufmerksamkeit gerade der Personenfrage zugewendet werden. Wer die Gemeinde leitet und vertritt, übernimmt nicht bloß staatliche Aufgaben; auch die eigenen Angelegenheiten bilden einen Bestandteil der öffentlichen Verwaltung, und dem Staate darf es nicht gleichgültig sein, ob diese Personen staatsrein oder staatsfremd oder ob sie gar offene oder heimliche Werber für Interessen des Auslandes sind. Der Staat muß aller dieser Personen unbedingt sicher sein; bedingte Patrioten, die auch anders können, genügen nicht für Vertrauensstellungen der öffentlichen Verwaltung, und dies gilt nicht nur für die Inhaber von Ehrenstellen, sondern auch für das letzte Gemeindeorgan, für jeden Abschreiber und Bureaudiener. Die Versorgung der Kriegsinvaliden bringt die Frage der Aemterbesetzung bei Kommunal- und Landesämtern ins Rollen; da genügt es nicht, daß eine gewisse Anzahl von Posten militärischen Anwärtern vorbehalten wird, während die Stellenvergebung in der Hand der kommunalen Parteigrößen verbleibt. Die ebenso wichtige Frage ist, aus wessen Hand diese Leute ihr Amt erhalten, von wem ihre Zukunft dauernd abhängt. Nicht jeder, der aus dem Kriege oder aus der Gefangenschaft heimkehrt, ist deshalb schon ein zuverlässiger Patriot, und nicht jeder wird es zeitlebens bleiben, wenn sein Schicksal und seine Beförderung den jeweils herrschenden Parteien überliefert wird. Eine Zusammenfassung des kommunalen Beamtenstandes, ein Uebergang zwischen Staats- und Selbstverwaltungsbeamten, eine vom Staate geregelte Anstellung und Beförderung aller jener, die im öffentlichen Dienste stehen, würde diesen Personen ebenso förderlich wie der Verwaltung dienlich sein.

Noch in einer anderen Hinsicht wäre eine kräftige und zugreifende Staatsaufsicht erwünscht, nämlich um zu verhindern, daß die Gemeinde Gesetzwidrigkeiten begehe, sei es in ihrer Eigenschaft als Hilfskraft des Staates, sei es als freie Korporation. Gesetzwidrigkeiten darf der Staat nirgends dulden, am wenigsten seitens einer Körperschaft, die, mit Machtmitteln ausgestattet, öffentliche Interessen verwaltet. Dieses Prinzip ist nun zwar in der Gemeindeordnung voll und ganz ausgesprochen, aber leider versagt es bei der Geltendmachung. Das vorhin erwähnte Uebel, daß die Frage des staatlichen Einflusses auf die Gemeinde zu einer Frage des Einflusses auf bestimmte Gemeindeorgane umgewandelt und dadurch teilweise lahmgelegt wurde, wiederholt sich auch hier. Zwar ist der Behörde eine Reihe kleiner Mittel und Mittelchen dosiert an die Hand gegeben, die sich einmal gegen den Ausschuß, einmal gegen den Vorsteher richten, aber sie alle zusammen bieten dennoch keine lückenlose Abwehr gegen Gesetzwidrigkeiten; der Gedanke wäre da, aber es fehlt das System, ihn kraftvoll durchzusetzen.

Da ist vor allem das Recht der Staatsbehörde, den Vollzug gesetzwidriger Ausschußbeschlüsse zu sistieren. Gewiß kein übler Gedanke; aber doch nur ein halbgeschlächtiges Mittel. Diese Sistierung ist weder geeignet, der drohenden Gesetzwidrigkeit vorzubeugen, noch in der Lage, die einmal begangene aufzuheben; denn das Eingreifen ist versüßt, so lange der gesetzwidrige Beschluß nicht wirklich gefaßt ist, und es kommt zu spät, wenn der Beschluß einer weiteren Ausführung nicht bedarf (zum Beispiel eine Demonstration), oder sobald er bereits in Vollzug gesetzt ist; nur ein blitzartiges Eingreifen zwischen Beschluß und Vollzug ist der Staatsbehörde gestattet. Nun liegt blitzartige Tätigkeit unseren Behörden wenig, und wenn sie es versuchen, kommt gewöhnlich eine Ueberstürzung heraus.

Ein anderes Mittel ist die „Abhilfe“, welche die Staatsbehörde auf Kosten der Gemeinde verfügen kann, wenn diese ihre Aufgaben nicht erfüllt; aber auch dies ist meist eine stumpfe Waffe, was ich statt theoretischer Auseinandersetzungen an einem Beispiel zeigen möchte. Obwohl die Gemeinde verpflichtet ist, einen Friedhof zu halten, darf doch die Bezirksbehörde bei drohendem Platzmangel nicht „Abhilfe“ treffen, so lange der bestehende Friedhof nicht befüllt ist; denn bis zu diesem Augenblicke hat die Gemeinde noch immer ihre, auf die Beerdigung gerichteten Pflichten erfüllt. Wenn aber der Friedhof voll befüllt ist und nun die Gemeinde ihre Beerdigungspflichten nicht einhalten kann, so ist zwar der Anlaß zur Abhilfe gegeben, gleichzeitig aber auch die Sanitätswidrigkeit bereits eingetreten — das Uebel steht schon in voller Blüte da.

Bisher haben wir die Aufsicht, welche der Landesausschuß übt, und jene, welche der Staat besorgt, getrennt betrachtet; die erstere erdrückt das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde in eigenen Angelegenheiten und die andere genügt weder für die Mitwirkung der Gemeinde in staatlichen Angelegenheiten, noch zur Verhinderung von Gesetzwidrigkeiten. Dem Zuviel auf der einen Seite steht ein Zuwenig auf der anderen Seite gegenüber. Vielleicht, so könnte man denken, ergänzen sich beide Aufsicher in ihrer Tätigkeit? Dies trifft schon deshalb nicht zu, weil der eine der beiden Jugendwächter Staatswillen, der andere Landeswillen vertritt und Staat und Land in Oesterreich politische Gegensätze bilden. Sie ergänzen sich seltener, als sie sich widersprechen; es ist, als ob einem Gespann zwei Rutscher vorgelegt wären, von denen der eine „Hüh“ und der andere „Hott“ ruft. Denn seltsamerweise haben sehr oft beide gleichzeitig die Befugnis, in ein und derselben Sache Recht zu sprechen und zu befehlen. So kommt es — und zwar keineswegs als ungewöhnlicher Ausnahmefall — vor, daß der Landesausschuß einen Ausschußbeschuß im Rekurswege als gesetzmäßig passieren läßt, den die Staatsbehörde als gesetzwidrig beanstandet, oder umgekehrt, daß der Staat gerade das als gesetzmäßig anerkannt hat, was das Land als gesetzwidrig aufhebt. Und als ob des Zammers nicht genug wäre, tritt noch die Ironie hinzu: während zur Verhinderung positiver Tätigkeit der Einspruch eines dieser Jugendwächter genügt, wird gerade in solchen Fällen, wo rasches Handeln am Platze wäre, bei pflichtwidriger Untätigkeit die Uebereinstimmung beider verlangt. Was aber das Traurigste ist: wenn es sich um organische Einrichtungen in der Gemeinde handelt, die einen über den Einzelfall hinausgehenden Fortschritt bedeuten würden, da verjagen

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 72.

Freitag den 8. September 1916.

Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Fernsprecher: Rathaus, Klappen Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 46. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom
12. Mai 1916.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hof und
Rain, die Gem.-Räte Steiner, Leitner, Dr.
Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn,
Reumann und Skaret, ferner Magistrats-
Direktor Dr. Rächtern und Magistrats-Sekretär
Dr. Roskopf.

Beurlaubt: Gem.-Rat Schmid.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und berichtet über die Vorgänge des gestrigen Tages im X. Bezirke und führt aus, daß dieselben zweifellos einen sehr ernststen Charakter tragen. Mit aller Mühe habe er 600 kg Schmalz aufbringen können, die er mit zirka 50 Kisten Eier im X. Bezirke heute auf den Markt brachte. Das Gemeinderats-Präsidium habe sich durch diese Vorgänge bestimmt gefunden, beim Herrn Statthalter heute vorzusprechen; die Unterredung beim Statthalter sei ergebnislos gewesen, denn dieser habe das Gemeinderats-Präsidium an den Herrn Minister des Innern gewiesen. Der Herr Minister des Innern erklärte, mit der „Miles“ nichts zu tun zu haben. Das Gemeinderats-Präsidium habe neuerlich die Forderung erhoben, daß unbedingt Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Eierversorgung Wiens

zu sichern. Während am flachen Lande für 2 K 20 Stück Eier erhältlich sind, sei in Wien nicht ein Ei aufzutreiben. Die Fettfrage sei auch vom Regierungsstandpunkte trostlos. Zur Regelung der Milchversorgung habe er bereits im Jänner um Beistellung von Kühlwaggons ersucht; trotz wiederholter Urgezen habe er bis heute vom Eisenbahnministerium keine Antwort erhalten. Gelegentlich einer Besprechung im Ministerium des Innern habe der anwesende Vertreter der militärischen Behörde versichert, daß der Gemeinde Wien in kürzester Zeit 250 Kühlwagen zur Verfügung gestellt werden; bis heute habe die Gemeinde auch nicht einen Kühlwagen erhalten. Nach den letzten Berichten des Markt-amtes kommen bereits täglich über 20.000 l saurerer Milch in Wien an. Der Herr Minister des Innern erklärte, er werde sich in der Fettfrage an das Kriegsministerium wenden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß es ihm gelungen sei, aus dem Lager in Gmünd einen Waggon Speck gegen Rückersatz zu erhalten, der morgen zur Verteilung gelange. Er habe auch ein Offert auf Fett ausländischer Provenienz erhalten, dessen Ankauf jedoch der Gemeinde ein großes finanzielles Opfer auferlege.

Magistrats-Sekretär Dr. Roskopf berichtet, der Direktor-Stellvertreter Beri der „Miles“ habe das Anbot gemacht, der Gemeinde ein Quantum Fett ausländischer Provenienz, über welches die „Miles“ verfügt, zur Verfügung zu stellen. Es hätten sich nämlich nahezu alle österreichischen Städte an die „Miles“ telegraphisch um Fett gewendet, sie würden es zu jedem Preis übernehmen. Bei dem Anbote handle es sich um drei Waggons Schweinefett, die gegenwärtig in Fässchen lagern, in Fässern zu 50 bis 100 kg; der Preis stelle sich auf 12 K per Kilogramm. Ein Waggon hievon könnte bereits heute in Wien eintreffen und weitere Sendungen bis zu zehn Waggons könnten prompt nachfolgen.

8.7.1916

II
4

Obmänner-Konferenz

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er sich entschlossen habe, zur Deckung des Bedarfes an Fleisch und Fett für die städtischen Anstalten und für die öffentliche Aus- speisung eine größere Anzahl von Schweinen anzukaufen.

Magistrats-Sekretär Dr. Roskopf berichtet, eine der größten Firmen auf dem Zentral-Viehmarkte habe der Gemeinde ein Anbot auf 800 Schweine von Primissima-Qualität im Gewichte von 360 bis 380 kg per Paar gestellt. Von dem ursprünglichen Preise von 7 K 60 h per Kilogramm Lebend- gewicht sei die Firma nach längeren Verhandlungen auf den Preis von 7 K 10 h ab Standort herabgegangen. Dazu kämen noch die Transportkosten und das Transportrisiko, das mit Rücksicht auf die Qualität der Schweine ziemlich bedeutend sei. Das Geschäft sei zum Abschlusse gekommen, doch habe sich der Käufer mit Rücksicht auf die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse auf dem Schweinemarkte in letzter Stunde vorbehalten, vorläufig nur 360 bis 400 Stück zu liefern (10 bis 12 Waggon), die restlichen Stücke wolle die Firma in einigen Wochen liefern. Im Laufe der nächsten Woche werden die Schweine nach Wien ver- laden und es sei mit der Großschlächterei-Aktiengesellschaft eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher die Großschlächterei das Schweinefleisch zum Höchstpreise zum Verkaufe übernimmt und das gesamte Fett für die Gemeinde eingiebt. Der Preis des Fettes wird sich für die Gemeinde Wien auf zirka 14 bis 15 K per Kilogramm stellen, daher von einer Abgabe an den Konsum keine Rede sein könne.

Gem.-Rat Steiner spricht sich für diesen Ankauf aus und regt an, aus diesen Schweinen auch Blut- und Leberwürste für die städtischen Anstalten herstellen zu lassen, wodurch sich der Fettpreis verbilligen würde.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Ankaufe einmütig zu.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die für den X., XIV. und XV. Bezirk anlässlich der letzten Unruhen platatierte Kundmachung, nach welcher sämtliche Haustore um 8 Uhr abends, die Gast- und Schankgewerbe um 9 Uhr abends geschlossen werden müssen und kein Bewohner des Bezirkes unter Verantwortung des Haushaltungsvorstandes während der Tagesstunden ohne erhebliche Gründe sein Wohnhaus verlassen dürfe.

Gem.-Rat Dr. Hein meint, daß diese Kundmachung eher zur Beruhigung des Publikums diene und glaubt, die Obmänner- Konferenz solle nach Ablauf von zwei bis drei Tagen gegen die letzte Bestimmung der Kundmachung, die eine besonders drückende sei, Vorstellung erheben.

Gem.-Rat Skaret mißt dieser Verfügung nicht jene Bedeutung bei, auf die man nach dem Texte schließen könnte. Er glaube, daß man mit dieser Verfügung hauptsächlich die jungen Leute, die sich an den Demonstrationen aus „Heß“ beteiligen, von der Straße fernhalten wolle.

Vize-Bürgermeister Hierhammer verweist darauf, daß die Vorkommnisse der letzten Tage in Verbindung mit dieser Kundmachung von der feindlichen Presse gewiß ausgenützt würden. Es werde dort einfach heißen, die Zustände in Wien seien bereits derartige, daß die Wiener ihre Häuser bei Tag nicht mehr verlassen dürfen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt hierauf, in dieser Angelegenheit einige Tage abzuwarten und dann erst eventuell eine Vorstellung zu erheben und schließt die Sitzung.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:

Reumann m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.

Magistrats-Sekretär.

19. IX. 1916

8

Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

(Fünfundzwanzigste Folge.)

Seit August haben wir einen Feind mehr. Rumänien ist dem Beispiele Italiens gefolgt und, nachdem es schon seit Kriegsbeginn seine Bündnispflicht gebrochen und nicht einmal ehrliche Neutralität gehalten hat, ist es jetzt plötzlich in ungarisches Grenzland eingefallen. Am Ausgange des Krieges wird der neue Verrat voraussichtlich nichts ändern. Schon haben wuchtige Schläge den Rumänen zwei wichtige Donaufestungen entzogen und etwa ein Siebentel ihrer Heeresmacht außer Kampf gesetzt. Die Saloniki-Armee, die Rumäniens Angriff unterstützen sollte, ist selbst in schwere Bedrängnis gebracht. Die Russen im Osten, die Engländer und Franzosen im Westen können trotz der Massenaufgebote ihrer Kräfte keine nennenswerten Erfolge erzielen, und nicht besser ergeht es den Italienern. Im schwersten Kampfe behaupten die Mittelmächte an allen Grenzen ihre ungebrochene Gegenwehr!

In Wien sind die Verhältnisse im abgelaufenen Monate ziemlich unverändert geblieben. Der Geldstand ist bei den Sparkassen und bei den Banken neuerlich gewachsen, die Eingänge an direkten Steuern sind fortdauernd befriedigend. Nach den

Ausweisen des Wiener städtischen Steueramtes

sind im August eingezahlt worden:

	1915	1916
an Staatssteuern, und		
zwar:		
an Realsteuern	K 11,694.143·04	K 12,221.946·13
„ Erwerbsteuern	1,196.350·11	1,148.364·24

	1915	1916
an Einkommensteuer	K 2,004.207·18	K 1,959.570·39
„ Rentensteuer	161.093·62	139.703·69
„ Besoldungssteuer	103.679·63	66.795·12
„ Lantiemensteuer	62.277·13	175.167·57
„ Militärtage	43.983·34	59.412·16
„ Kriegsgewinnsteuer	—	4.835·—
„ Verzugszinsen	49.319·23	59.087·81
„ Landesumlagen	5,332.000·—	5,458.000·—
„ Gemeindeumlagen	14,338.000·—	14,900.000·—
„ sonstigen Zuschlägen	216.946·47	180.166·95
Zusammen	K 35,202.000·—	K 36,393.000·—

Gegen den August des Vorjahres ergaben sich somit Mehreinzahlungen von 1,191.000 Kronen.

Sonder-Abdruck. Wien während des Krieges.

Bei der **Kriegsdarlehenskassa** betrug Ende August der Stand der Darlehen 124.188.800 K, von denen 117.959.040 K durch Wertpapiere, 475.155 K durch Waren und 5.754.605 K durch Hypothekarforderungen sichergestellt waren.

Über die **Erwerbsgelegenheiten** der arbeitenden Bevölkerung liefern die

Ausweise des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

folgendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellen- gesuche	Stellenver- mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen etc.	314	293	225
Holzverarbeitung	219	181	176
Baugewerbe und Spengler	186	148	141
Leber- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer	87	59	60
Kleidermacher	136	143	124
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	213	243	161
Bäcker	214	272	218
Kaffeefieder	730	784	678
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	1002	903	847
Gewerbliche Frauenarbeit	547	772	524
Behrlinge	79	40	25
Summe	3.727	3.838	3.179
Dienstvermittlung	5.812	5.532	4.368
Zusammen	9.539	9.370	7.547

Nicht ohne Interesse ist die Zusammenstellung über die Tätigkeit der

Näh- und Strickstuben der Wiener Frauen-Hilfsaktion im Kriege,

die nunmehr für die Zeit ihres Wirksamkeitsbeginnes (Oktober 1914) bis Ende Juni 1916 vorliegt. Hiernach wurden in 28 Stuben von durchschnittlich 2103 Arbeiterinnen, die bis 50 K Wochenlohn verdienten, **10.681.958 Arbeitsstücke** fertiggestellt, und zwar:

1. Für die I. u. f. Heeresverwaltung:

1. Strohjacke	522.998	Stück
2. Strohjackepölster	524.187	"
3. Leintücher	303.472	"
4. Militärwäsche (Hemden und Hosen)	2.493.323	"
5. Decken und Deckenüberzüge	26.971	"
6. Uniformstücke (Militärmäntel, Hemden und Hosen etc.)	65.775	"
7. Belzmuffe	21.248	"
8. Fäustlinge	18.565	Paar
9. Achselspannen und Armbinden	12.620	Stück
10. Gewehrgrurten	6.913	"
11. Gewehrrollen (Achselrollen)	1.633.500	"
12. Papierdecken	11.603	"
13. Sandfäde	1.063.729	"
14. Ruckfäde	32.150	"
15. Zwieback- und Viktualienfädechen, Brotfäde, Haferfäde	1.414.451	"
16. Zeltblätter	17.096	"

17. Schneemäntel	97.001	Stück
18. Schneebrillen	186.450	"
19. Schutzmasken gegen Gasbomben	25.227	"
20. Schützengraben-Schuhe	3.794	Paar
21. Gummimäntel	4.100	Stück
22. Nachenschützer (Halstücher)	603.124	"
23. Hosenträger	377.353	Paar
24. Fußlappen	600	"
25. Militärleibchen und -Jacken	124.649	Stück
26. Fußwischelgamaschen	192.558	Paar
27. Wintersocken, Wadenstutzen, Schnee- hauben, Baschlitz etc.	197.805	"
	9.981.262	Stück

II. Für Anstalten:

28. Spitalwäsche und Wäsche für städtische Anstalten	146.952	Stück
29. Durchzüge (Kompressen)	18.177	"
30. Handtücher	271.085	"
31. Pantoffel	5.515	"
	441.729	Stück

III. Privatarbeiten:

32. Privatwäsche	13.654	Stück
33. Anzüge (Arbeiter-, Staatsbahner-)	18.740	"
34. Verschiedene Kleidungsstücke	17.557	"
35. Markttaschen	82.613	"
36. Ölzeige	83.785	"
37. Sonstige Arbeiten	42.618	"
	258.967	Stück

Zusammen, die Paare für je 1 Stück
gezählt **10.681.958 Stück**

Die Ausgaben der Näh- und Strickstuben für Material und Arbeitslohn betragen bis Ende August rund **2 Millionen Kronen**, die Einnahmen, soweit sie bis dahin verrechnet sind, **1.5 Millionen Kronen**.

Die

öffentliche und unentgeltliche Ausspeisung

wurde im August von rund **58.000 Personen** in Anspruch genommen; die Kosten dieser Fürsorgeeinrichtung beliefen sich seit Kriegsbeginn bis Ende August auf **7.500.000 Kronen**.

Kriegsküchen,

aus denen gegen geringes Entgelt (10 h für Suppe, 20 h für Gemüse und 30 h für Mehlspeise) Speisen bezogen werden können, sind bisher 16 errichtet; die Zahl der daselbst angemeldeten Personen ist noch nicht über 7000 gestiegen und somit weit geringer geblieben, als man bei der Schaffung dieser Einrichtung erwartet hatte.

Die

Lebensmittelversorgung

der Stadt ließ in mancher Beziehung zu wünschen übrig. **Grünwaren, Gemüse und Obst** waren in reichlichem Maße und verhältnismäßig billig auf den Märkten.

Auch die **Kartoffelzufuhren** genügten, von vorübergehenden Störungen abgesehen, dem Bedarfe. Dagegen behauptete sich eine andauernde **Fettknappheit**, die hauptsächlich dadurch

19./IX. 1916

10

Sonder-Abdruck.

Wien während des Krieges.

veranlaßt wurde, daß der Schweinemarkt fast gar nicht beschickt wurde und der Schweinehandel sich beinahe ausschließlich außer Markt vollzog. Die **Fleischpreise** blieben andauernd hoch, so daß der dadurch stark verringerten Nachfrage entsprochen werden konnte. Die **Milchzufuhren** sanken noch weiter und an heißen Tagen kamen beträchtliche Milchmengen verdorben an. An **Eiern** war bei ansteigenden Preisen kein Mangel.

Nachstehend folgen die Berichte des städtischen Marktamtes über die Beschickung der Märkte.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

wurden aufgetrieben:

	1915	1916
an Rindern	22.767 Stück	8.899 Stück
„ Kälbern	18.544 „	7.009 „
„ Lämmern	220 „	337 „
„ Schafen	2.918 „	5.341 „
„ Schweinen	49.527 „	2.562 „

Die Fleischzufuhren in der

Großmarkthalle

betragen:

	1915	1916
an Rindfleisch . . .	1.791.639 Kilogramm	1.090.802 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . .	11.546 „	6.909 „
„ Schafffleisch . . .	1.519 „	274 „
„ Schweinefleisch . .	883.947 „	289.422 „
„ Kälbern	10.254 Stück	3.968 Stück
„ Schafen	5.126 „	2.697 „
„ Schweinen	2.053 „	1.883 „
„ Lämmern	3 „	65 „

An

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse	206.672 Meterzentner	127.369 Meterzentner
„ Kartoffeln	146.020 „	58.733 „
„ Obst	170.885 „	48.836 „
„ Butter	3.648 „	576 „
„ Eiern	4.960.487 Stück	6.809.687 Stück

Die **Milchzufuhren** durch die Bahn betrugen bloß 16.159.000 l.

An **Steinkohle** wurden auf dem Nordbahnhofe 95.435 Tonnen zugeführt und 93.698 Tonnen abgegeben. Der Vorrat zu Ende des Monats betrug 97.900 Tonnen gegen 124.667 Tonnen im Vorjahre und 82.916 Tonnen im Jahre 1914.

Auf den **Kohlenlagerplätzen** der Gemeinde wurden im August 29.050 Meterzentner Braunkohle im Kleinen und

10.308 Meterzentner in Fuhren, außerdem 2837 Meterzentner Kohlengriech an insgesamt 128.376 Personen abgegeben.

Die

Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel

stellten sich nach den Marktamtsberichten in der letzten Augustwoche, wie folgt:

	Stück	per Kilogramm
Rindfleisch	840 — 1140	
Schweinefleisch	770 — 950	
Schweineschmalz	960 — —	
Schweinespeck	930 — 1000	
Teebutter	880 — 976	
Kochbutter	800 — 840	
Margarine	960 — 1060	
Eier	Stück 26 — 30	
Milch	litrer 42 — 54	
Weizenbackmehl	Kilogramm 120 — —	
Weizenkochmehl	67 — 99	
Brot	50 — 57.5	
Kartoffel	36 — 44	
Sauerkraut	48 — 50	
Zwiebel	80 — 102	
Bohnen	100 — 220	
Petroleum	litrer 44 — 48	
Steinkohle	50 kg 280 — 300	
Braunkohle	50 „ 162 — 240	

Die

Gesundheitsverhältnisse

in Wien sind im abgelaufenen Monate **ungewöhnlich günstig** gewesen.

Die

Krankenbewegung

in den Zivilspitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen betrug im August:

	1915	1916
Anfänglicher Krankenstand . .	12.643	11.123
Zuwachs	9.666	11.441
Abgang durch Entlassung . . .	10.145	10.980
Abgang durch Ableben	685	885
Schließlicher Krankenstand . .	11.479	10.699

Die Sterblichkeit in der Zivilbevölkerung war niedriger als im Vorjahre. Die Sterbeziffer in den vier Augustwochen betrug auf 1000 Einwohner 11.6 gegen 13.3 im Juli 1916 und 12.1 im August des Vorjahres. Die ansteckenden Krankheiten haben einen Tiefstand erreicht; von Kriegsfeuchen waren nur ein Blattern- und ein Flecktyphusfall zu verzeichnen.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:
monatlich K 8.90
vierteljährlich 11.50
halbjährlich 23.—
für Oesterreich-Ungarn:
monatlich K 6.80
vierteljährlich 10.50
halbjährlich 21.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich K 3.90
vierteljährlich 11.50
halbjährlich 23.—
für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereins:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

ichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Mittwoch den 20. September 1916

XXIII. Jahrgang

von Zarecze.

längen bei Höking zurückgeworfen.
n Stellungen in der
ischen Angriffe.

Christlichsoziale Mehrheit bot, erscheint nunmehr durch eigene Initiative des Bürgerklubs beseitigt. Wie so oft schon, gehen auch hier wieder einmal die Christlichsozialen, indem sie den Mahnungen der ernststen Gegenwart willig ihr Gehör leihen, mit gutem Beispiel voran. Während man sich im freisinnigen Lager seit langem über den Sinn des Kampfes auf Leben und Tod, den unsere Monarchie zu bestehen hat, über die Lehren, die aus dem Weltkriege auch für das Parteileben in Oesterreich sich ergeben, herumzankt und nicht klug zu werden vermag, während die freisinnigen Parteiorgane und die Weisesten der vielen Weisen des Freisinnus endlos herumspintistieren, durch welche Formen und Neugestaltungen des Parteiwesens man der Welt denn eigentlich zu verstehen geben solle, daß man die Zeichen der Zeit richtig verstehe, machen sich die Christlichsozialen schon frisch und munter ans Werk, an die praktische Ausführung. Gar vieles von dem, was ungeduldige Reformer schon als endgültige Erfahrung und Entscheidung des Krieges ausrufen möchten, so wie etwa allzu sanguinische gelehrte Forscher irgendeine schöne Hypothese schon als wissenschaftliche Tatsache zu erklären lieben, darf noch als problematisch gelten; wenn aber etwas für das österreichische Parteileben als feste Erfahrung der harten Jahre gebucht werden darf, in denen wir leben, so ist es die Erkenntnis, daß in Zukunft weniger das Trennende und mehr das Gemeinsame der Parteien hervorzuheben ist, daß zum Wohle der Gesamtheit alle verfügbaren und zur positiven Mitarbeit fähigen und brauchbaren Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt werden müssen und daß demgemäß auch das Verhältnis zwischen den Parteien, die Austragung der Meinungskämpfe eine leidlichere Form annehmen müsse, als es vor dem Krieg in Oesterreich dank jener Demagogie, die sich alles erlaubte und beim Parteigegner alles verdamnte, vielfach der Fall gewesen. Indem die Christlichsozialen des Wiener Gemeinderates aus freiem Antriebe, nach reiflicher Ueberlegung und freiem Entschlusse selbst ihren erbittertsten politischen Gegnern, die ihnen in der Vergangenheit jede nur erdenkliche Gefährlichkeit und Bosheit zugefügt haben, gleichwohl die Hand reichen, um sie zur Mitarbeit, zur Zusammenarbeit für das Wohl der Gesamtbevölkerung der Reichshauptstadt einzuladen, so opfern sie hiedurch nicht nur auf dem Altare des Burgfriedens, sondern sie tun, was in ihren Kräften liegt, einer schöneren und erspriesslicheren Zukunft den Weg zu bahnen; sie wagen den Versuch, ob es nicht dennoch, trotz allem und allem, möglich wäre, aus den gegnerischen Parteien das Positive, das schließlich in einem gewissen Ausmaße selbst hinter der starrsten Kruste der Verneinung sich verbirgt, herauszuholen und für die allgemeine Wohlfahrt zu verwerten. Mißlingt das Wagnis — die Christlichsozialen haben das Ihre getan, ihnen kann es nicht schaden; gelingt es aber, um so besser. In jedem Falle haben die Christlichsozialen vorbildlich gehandelt.

Im Zeichen des Burgfriedens.

Wien, am 19. September.

Der Klub der christlichsozialen Mehrheit im Wiener Gemeinderate hat den Beschluß gefaßt, den beiden Oppositionsparteien, Liberalen und Sozialdemokraten, eine Vertretung im Stadtrate zuzugestehen. Die beiden Gruppen wurden verständigt, daß man den Sozialdemokraten einen, den Liberalen zwei Sitze in dem ständigen Verwaltungsausschusse der Reichshauptstadt einräume, und eingeladen, ihre Bewerber für die Wahlprüfung des Gemeinderates namhaft zu machen. Die Vertrauensmänner der Oppositionsparteien haben die Mitteilung zustimmend zur Kenntnis genommen und es besteht wohl kein Zweifel mehr, daß die hochherzige Entschliebung der Mehrheit schon in der allernächsten Zeit praktisch verwirklicht werden wird.

Ein alter Streitstoff, der in der Vergangenheit der liberal-sozialdemokratischen Minderheit immer wieder Anlaß zu den leidenschaftlichsten Angriffen gegen die

Die Wahrheitsliebe verlangt die Feststellung, daß die Gemeinderatsopposition es den Christlichsozialen wahrhaftig nicht leicht gemacht hat, den Schritt zu tun, zu dem sie sich nun entschlossen haben. Wir wollen heute nicht an die keine Schranken des öffentlichen Wohles achtende, an dem gesunden Hausverstand der Wiener

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Vierteljährlich 60 h.
 monatlich 2.60, vierteljährlich 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak- und Vertriebsstellen:
 Monatlich 2.60.
 Böhmen und Ungarn:
 Monatlich 3. —, vierteljährlich 9. —
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich 12. —,
 für alle anderen dem Reichspostverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich 15. —.
 Abonnement werden angenommen
 in der Administration, V. Reich
 Wenzelsplatz 10, Telefon 9101
 I. Schulerstraße 10, Telefon 9101
 II. Wagnersgasse 80, Tel. 40224
 X. Wenzelsplatz 8, Telefon 58264
 XIV. Wenzelsplatz 6, Tel. 83194
 XVI. Wenzelsplatz 64, Telefon 84144
 XVII. Ladnerstraße 22, Telefon 17176
 Alle die an fremde Abnehmer oder
 Vertriebsstellen bezahlten Beträge leisten
 wie keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind kostenlos.

ting

terreich.

er nachmittags.

6. XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzeitung

21.

Ein Stadtratsmandat.

Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1911, den letzten Wahlen, da alle erwachsenen Männer ihre Stimmen in gleicher Weise abgaben, erhielten die Kandidaten der Sozialdemokraten in Wien 146.212 Stimmen — von den 359.742 Stimmen, die da insgesamt abgegeben wurden, mehr als den dritten Teil. Die Christlichsozialen blieben in dieser Wahl hinter den Stimmen der Sozialdemokraten zurück, und wenn wir auch nicht verkennen, daß jene Wahlen einen ausnahmsweisen Charakter hatten und für das Stärkeverhältnis der zwei großen Wiener Parteien Endgiltiges nicht auszusagen vermochten, so bezeugen es doch alle Wahlen, die seit zwanzig Jahren in Wien erfolgt sind, daß die Sozialdemokratie in Wien eine Partei ist, die es an Stetigkeit der Entwicklung mit den Christlichsozialen wohl aufzunehmen vermag und die auch in Größe und Umfang ihnen nur wenig nachsteht. Schon die ersten Wahlen, mit denen sie den politischen Kampfplatz betraten, mit den Wahlen der fünften Kurie im Jahre 1897, haben die Sozialdemokraten als große Partei gezeigt; und seither ist sie ununterbrochen gewachsen. Wenn wir in Anschlag stellen, was es bedeutet, daß die Christlichsozialen mit ihrer Herrschaft über den Magistrat den gesamten Wahlapparat beherrschen — und daß sie dabei von Bedenken nicht angekränkt sind, weiß man —, so können wir wohl sagen, daß die Sozialdemokratie in Wien der Christlichsozialen Partei an Stärke und Entwicklungsfähigkeit durchaus gleichkommt.

An diese Zahlen und an diese Tatsachen mußte erinnert werden, um es begreiflich zu machen, daß wir die Mitteilung, die Christlichsoziale Mehrheit des Gemeinderates, die ihre Parteiorganisation im Bürgerklub hat, sei bereit, der gemeinderätlichen Opposition drei Stadtratsmandate einzuräumen, von denen den Sozialdemokraten eines gehören soll, mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen haben. Der Stadtrat ist ja keineswegs ein beliebiger Ausschuss des Gemeinderates; er ist in Wahrheit das eigentliche Verwaltungso rgan, dem gegenüber der Gemeinderat nur eine Arabeske darstellt. Kann doch der Wiener Gemeinderat über gar keine Sache selbstständig verhandeln, keinen Gegenstand selbstständig beschließen: er kann bekanntlich nur über Referate des Stadtrates verhandeln; jede selbstständige Debatte oder Verhandlung ist ihm verwehrt. Darin ist das Wiener Gemeindestatut einzig: das gibt es ganz bestimmt in keinem Verwaltungskörper, selbst der kleinsten und letzte wird sich nicht so weit fesseln, daß er ohne Erlaubnis nicht den Mund auf tun dürfe. Der Wiener Gemeinderat ist aber auch deshalb nur ein Ornament, weil alle wirklichen Beschlüsse und Entscheidungen, soweit sie nicht bloß laufende Verwaltungsangelegen-

heiten betreffen, längst in den Bürgerklub verlegt sind; die Schöpfer des geltenden Gemeindestatuts haben jenen alten Gemeinderat, der noch durch Kommissionen und Plenum wirkte und der wirklich eine Verwaltung der Gemeinde durch den Rat der Gemeinde war, gründlich beseitigt und an seine Stelle eine Gemeindefürsorge gesetzt, die ihren Sitz im Magistrat und ihre Fortsetzung im Stadtrat hat. Da es nun so ist, so bedeutet ein Stadtratsitz unter dreißig vielleicht eine „Anteilnahme an den Beratungen des Stadtrates“, wie sich die Mitteilung aus dem Rathaus mit einer wohl nicht beabsichtigten Ironie ausdrückt; aber eine Teilnahme an der Verwaltung der Stadt, durch den Stadtrat, gewiß nicht. Und daß nun eine Partei, die der Christlichsozialen so unmittelbar nahe kommt, darin die Erfüllung ihres berechtigten Anspruchs erblicken soll, daß ihr ein Stadtratsmandat angeboten wird, während sich die Christlichsozialen sieben und zwanzig vorbehalten, das wird wohl niemand behaupten wollen. Der Herr Bürgermeister mag es ja ganz gut meinen; aber der eine sozialdemokratische Stadtrat schaut schon beinahe nach Hohn aus.

Es ist wahr, daß sich die Christlichsozialen gegen die so berechnete Forderung der Opposition nach einer Vertretung im Stadtrat durch Jahre hindurch beharrlich gestäubt haben, so daß das Anerbieten der drei Mandate ein gewisses Einlenken, sozusagen eine Milde rung ihres Parteiterrorkismus bedeutet. Aber zu einer Ueberschätzung dieses „Einlenkens“ liegt dennoch nicht der geringste Grund vor. Bleibt es doch weit hinter dem Anbot zurück, das Lueger der Opposition gemacht hat, als er zur Macht gelangte. Nachdem die Christlichsozialen den Wiener Gemeinderat erobert hatten — in den zwei Wahlen im Jahre 1896 —, bot Lueger der Opposition, die damals ausschließlich aus der liberalen Minorität bestand, von den vierundzwanzig Mandaten des Stadtrates sechs an: und der Eintritt der Opposition in den Stadtrat scheiterte nur daran, daß Lueger die Bedingung stellte, unter den sechs liberalen Oppositionellen dürfe sich kein Jude befinden, wogegen die Liberalen auf die Wahl eines erfahrenen und bewährten Gemeinderates, der ein Jude war, nicht verzichten wollten. Ob die Opposition heute zahlenmäßig größer oder kleiner ist, als sie damals war, spielt keine Rolle; seither hat eben das Wahlen in Wahlkörpern und zumal im vierten Wahlkörper die Gemeinderäte ganz anders differenziert; heute kommt es weit weniger darauf an, wieviel Mandate eine Partei im Gemeinderat hat, als wieviel Wähler hinter dieser Partei stehen. Und so wird das Mißverhältnis, das sich in dem einen Mandat, also in dem Dreißigstel für die Partei zeigt, die mehr als ein Drittel der gesamten Wählerschaft verkörpert, schlechtthin unerträglich. Es kann nicht einmal als eine bescheidene Abschlageszahlung erachtet werden; als mehr denn eben die Beseitigung jener sinnwidrigen und verlegenden Tatsache, daß die Christlichsozialen den Stadtrat, den Kern der autonomen Gemeindevertretung, als ihren Parteibesitz betrachten, kann es nicht gewertet werden.

Nun hören wir schon den Einwand der Spender dieses Mandats, daß die Sozialdemokraten in dem aus 165 Mitgliedern bestehenden Gemeinderat nur sieben bis acht Sitze innehaben, weshalb das eine Mandat, das ihnen eingeräumt werden soll, ihre entsprechende Vertretung im Stadtrat sei. Aber daß die Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat eine kleine Gruppe sind, beweist nicht, daß ihre Vertretung im Stadtrat auf jenes Mindestmaß gebracht werden darf, das überhaupt denkbar ist, sondern beweist nur, was freilich nie zweifelhaft war, daß nämlich die Wiener Gemeindeordnung ein Machwerk ist, in dem nicht eine Spur von Gerechtigkeit lebt, das ganz bewußt und ohne jede Regung von Scham oder Bedenken auf die Herbeiführung politischer Vorteile für eine, nämlich für die Christlichsoziale Partei ausgeht. Denn welche Ungerechtigkeiten muß eine Gemeindeordnung in sich aufnehmen, wenn sie es durchsetzt, daß die Christlichsozialen, die nach der Zahl der Wähler die Sozialdemokraten nur ganz unbedeutend überlegen, bei mannigfachen Wahlen von ihnen schon überflügelt worden sind, im Gemeinderat etwa 130 Mandate besitzen und durch die Listen der Gemeindeordnung und durch die Anstöße der Gemeinde-

Selbstverwaltung.

Staatsaufsicht, aber nicht Staatsbevormundung.

Aus Groß-Berliner Kommunalkreisen gehen uns folgende Ausführungen zu:

In seiner Schrift „Das deutsche Volk und die Politik“¹⁾ bezeichnet Hugo Preuß die natürliche Tendenz der Obrigkeitsregierung, die Selbstverwaltung als eine subordinierte Staatsverwaltung zu behandeln, als die Quelle eines chronischen Reibungszustandes, einer Doppelverwaltung und damit einer Kräftevergeudung, Hemmung kraftvoller Initiative und Verdunkelung der Verantwortlichkeit, von denen der fremde Lobredner aus einer völlig anders gestalteten Umgebung heraus kaum eine Vorstellung gewinnen kann. Kurz, aber treffend ist in diesen Worten das Wesen unserer Selbstverwaltung charakterisiert und der Weg angedeutet, den die Gesetzgebung einzuschlagen hat, wenn anders wir zu einer wirklichen Selbstverwaltung in Deutschland, insbesondere in dem führenden deutschen Bundesstaate gelangen sollen. Wenn die deutschen Gemeinden während des Krieges, so sehr auch manche ihrer Leistungen im einzelnen zur Kritik herausfordern, gezeigt haben, was selbstloser Bürgersinn zu vollbringen imstande ist, wenn sie auf mehr als einem Gebiete bahnbrechend vorgegangen sind und aus eigener Initiative Maßnahmen ergriffen haben, die zu ergreifen erst eine spätere Gesetzgebung sie zwang, so nicht wegen, sondern trotz des sogenannten Selbstverwaltungsrechts, das noch einer wesentlichen Ausgestaltung bedarf, wenn es diesen Namen wirklich verdienen soll. Ein freies Selbstverwaltungsrecht zu schaffen, wird eine der vornehmsten gesetzgeberischen Aufgaben bei der Neuorientierung der inneren Politik sein, nicht um den Gemeinden Dank abzustatten für das, was sie in schwerer Zeit zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens getan haben, sondern im eigenen wohlverstandenen Interesse des Staates. Nicht etwa, daß wir verlangen, der Staat solle die Gemeinden in Zukunft schalten und walten lassen, wie sie wollen. An die staatlichen Gesetze müssen sie natürlich genau so wie jedes einzelne Individuum gebunden sein, aber nur an die Gesetze, nicht an beliebige Verordnungen irgendeiner vorgesetzten Behörde, die, wie die Erfahrung lehrt, oft genug der Absicht des Gesetzgebers widerspricht.

Es liegt nahe, unbekümmert um die Lage auf dem Weltmarkt und um die gewaltigen Kämpfe, die sich draußen abspielen, einen Vergleich mit England, dem klassischen Lande der Selbstverwaltung, zu ziehen. Denn auch vom Feinde können und sollen wir lernen. In England ist, wie Redlich in seinem Buch „Englische Lokalverwaltung“ schreibt, alle innere Verwaltung einzig und allein Lokalverwaltung, die von den durch lokalen Zusammenhang natürlich gegebenen Verbänden der Staatsbürger innerhalb der dadurch bezeichneten Territorien geführt wird zur Verwirklichung der von der souveränen Staatsgewalt in Form von Parlamentsakten gegebenen Aufträge und verliehenen Befugnisse. Und Hugo Lindemann, einer der besten Kenner der englischen Municipalverwaltung, schildert in dem kürzlich von Bozi und Heinemann herausgegebenen Sammelwerk „Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland“²⁾, wie zwischen der Verwaltungstätigkeit der lokalen Verwaltungskörper, der Gemeinden, der Distriktsverbände, der Grafschaften und der staatlichen zentralen Behörden in England kein Wesensunterschied besteht, wie er bei uns als aus der Hierarchie der öffentlichen Körperschaften fließend immer noch sorgfältig aufrechterhalten wird. Daher erschöpft sich auch die Tätigkeit der englischen Zentralbehörden mit Ausnahme einiger Gebiete, wie Armenpflege und öffentliche Hygiene, in Aufsicht und Raterteilung; „jedenfalls ist dem Verhältnis der beiden Körper das Unterordnungsverhältnis fremd, in das selbst heute noch trotz aller Gemeinde- und Städteordnungen die staatlichen Behörden, die sich stets als vorgesetzte fühlen, ihre Aufsichtsrechte umzuformen pflegen, und das auch die Gemeindebehörden in angeborenem Unterthanengefühl noch viel zu viel als das natürliche, oft allerdings auch als ein Verhängnis empfinden, gegen das jeder Widerstand vergeblich ist“. Und auch darin wird man Lindemann beipflichten müssen, wenn er behauptet, daß die Gemeinde als unterstes Glied der staatlichen Behördenorganisation, in Unterordnung unter die untersten staatlichen Behörden, das Ideal des absoluten Polizeistaates, auch heute noch das Ideal der staatlichen Bürokratie ist, die zunächst auf dem Verwaltungswege die Befehlsgewalt sich wieder schuf, die ihr die Gesetze genommen hatten, und dann auch die Gesetzgebung zur Stärkung ihrer Gewalt zu benutzen verstand.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird durch die Geschichte bestätigt. Man erinnere sich nur daran, wie die preussische Schulaufsichtsbehörde, gestützt auf eine Verordnung aus dem Jahre 1820, dem Berliner Magistrat verbot, einen zum Mitglied der Schuldeputation gewählten Stadtverordneten zu bestätigen, und wie die Regierung dann, um die bis dahin fehlende rechtliche Unterlage für ihr Vorgehen zu schaffen, mit Zustimmung des Landtags das Schulunterhaltungsgesetz schuf, das ihr erst das Bestätigungsrecht

¹⁾ Eugen Diederichs Verlag in Jena.

²⁾ Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart.

12. IX. 1916

Lokal-Anzeiger.

Hauptstädtischer Munizipalausschuß.

— Der Bericht des Bürgermeisters. —

Budapest, 11. Oktober. Die mit großer Spannung erwartete erste Generalversammlung des hauptstädtischen Munizipalausschusses, in welcher Bürgermeister Stephan Bárczy Bericht über die Vorkommnisse im Zita-Spital und im chirurgischen Instrumentenbetrieb erstattete und die Vorkommnisse im Parlament behandelte, trug auch äußerlich den Charakter eines denkwürdigen Tages. Die Galerie, die nur mit Eintrittskarten betreten werden konnte, war bis zum letzten Plätzchen in überwiegender Zahl mit Damen gefüllt. Die Stadtrepräsentanten selbst hatten sich in selten gesehener großer Anzahl eingefunden. Die Zuhörerschaft fand ihre Rechnung, denn Bürgermeister Stephan Bárczy hatte sich auf seine heutige Rede gründlich vorbereitet. Ohne etwas beschönigen zu wollen, stellte er fest, daß schwere Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, betonte aber gleichzeitig, daß aus diesen Vorfällen gegen die ganze Verwaltung der Hauptstadt Kapital zu schlagen, nicht nur unedel, sondern auch unrecht sei. Vor Parasiten könne sich kein Organismus schützen, ehe dieselben bemerkbar werden, und die Hauptstadt rotte die Parasiten aus, wo sie sie entdeckt. Den Schwerpunkt legte Bárczy eigentlich auf die Vorkommnisse im Parlament und er hielt mit Polonyi eine strenge Abrechnung, in deren Verlauf er zahlenmäßig nachwies, nicht nur, daß Polonyi Unrecht hat, sondern daß alle seine Einstellungen von Böswillen diktiert sind. Jetzt, sagte Bárczy, rechne er noch einmal mit Polonyi ab, in Zukunft aber reflektiere er auf seine feiner Ausführungen mehr. Die Rede Bárczy's machte tiefen Eindruck und es kann wohl festgestellt werden, daß es ihm gelungen ist, durch seine Aufrichtigkeit und sein muthvolles Verhalten den parlamentarischen Vorkommnissen gegenüber eine vertrauensvolle, günstige Stimmung für die Hauptstadt zu erwecken. Seine Rede wurde wiederholt durch stürmischen Applaus unterbrochen und am Schlusse derselben brach ein wahrer Orkan des Beifalls aus. Auch Dr. Wilhelm Básonyi, der als Erster in die Debatte eingriff, hatte einen glücklichen Tag, wenngleich er besonders bei der Kritik der Presse etwas einseitig vorging. Er muß doch selbst fühlen, daß er nicht ganz objektiv war, als er die gesammte Presse apostrophirte, da er doch weiß, daß die größte Hege gegen die Hauptstadt gerade von jenem Blatte betrieben wurde, welchem er am nächsten steht. Im gegebenen Falle hätte er die Objektivität doch über die Freundschaft stellen sollen. Erwähnt zu werden verdient noch die Rede Johann Sós, der über Polonyi in unbarmherziger Weise zu Gericht saß. Fast wie die letzten Parlamentsitzungen, währten die Verhandlungen bis halb 11 Uhr Nachts und dann wurde die Fortsetzung der Verhandlung des Berichtes, zu welchem noch fünf Redner vorgemerkt sind, auf morgen, Donnerstag Nachmittag 4 Uhr vertagt.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichten wir in Folgendem:

Präsident Oberbürgermeister-Stellvertreter Stephan Bárczy eröffnete die Sitzung nach 4 Uhr und theilt zunächst mit, daß in der gesetzlichen Reihenfolge aus dem Baurath Dr. Hugo Bajer, Koloman Heinrich und Joseph Szabó ausgetreten sind. Außerdem wurden in der volkswirtschaftlichen, in der Rechts- und Sanitätskommission Stellen vakant, die in der nächsten Generalversammlung besetzt werden. Präsident theilt ferner mit, daß der König für die Gratulation zu seinem Namenstag der Generalversammlung Dank sagt. Den kürzlich verstorbenen Stadtrepräsentanten Stephan Györy, Dr. Franz Breiter und dem pensionirten Oberfiskal Koloman Melha widmet Redner warme Worte der Anerkennung und des Beileids. Ihr Andenken wird protokollarisch verehrt. An Stelle der verstorbenen Stadtrepräsentanten werden die Ersatzmitglieder Wilhelm Wolf und Ferdinand Göttermayer einberufen. Der Magistrat der Stadt Wien hat für die Siebenbürger Flüchtlinge 10.000 K. votirt, die Vacuum-Dil-Gesellschaft hat für die Armen 5000 K., die Fleischkassen-Aktiengesellschaft für den Tisch hauptstädtischer Angestellten 4000 K., Graf Béla Zich für die Armen 10.000 K. und Samuel Goldfinger zum Andenken an seinen verstorbenen Vater zu verschiedenen Zwecken 2000 K. gespendet. Damit waren die Formalitäten erledigt und es folgte die mit Spannung erwartete

Rede des Bürgermeisters.

Dr. Wilhelm Básonyi hat einen Antrag eingebracht, die Generalversammlung möge beschließen, den Driskismus abzuschaffen und die nächsten Kommunalwahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts durchzuführen. Die Regierung soll

tische Gesetz auf nobellarischem Wege in diesem Sinne abzuändern.

Außerdem sind drei Interpellationen angemeldet. Bürgermeister Stephan Bárczy befaßt sich im Rahmen seines Berichtes zunächst mit den Mißbräuchen im Zita-Spital und im chirurgischen Instrumentenbetrieb

und konstatirt unter Erörterung der bereits bekannten Daten, daß Magistratsrath Dr. Eugen Márkus, der an die Spitze der Sanitätssektion gestellt wurde, im Instrumentenbetrieb schwere Mißbräuche festgestellt hat. Bei der Anstellung Aladár Dénes' seien seine Leichtfertigkeiten vorgekommen. Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy hat Dénes auf Grund ausgezeichnete Zeugnisse des größten Theils der Branche angehörigen Firmen angestellt, und zwar provisorisch mit sechswöchiger Kündigung. Bei den Firmen, deren Zeugnisse Redner verliest, war Dénes vom Jahre 1908—1914 beschäftigt. Bezeichnend sei, daß die Firma J. Keleti, die Dénes ein glänzendes Zeugniß ausgestellt hatte, die erste war, die seine Verfolgung begann. Die beiden Fälle sind wohl bedauerlich, sagt Redner, doch verwahrt er sich dagegen, aus ihnen allgemeine Verdächtigungen zu schmieden. Alle Organismen haben ihre Parasiten, so auch die Hauptstadt, aber der Geist, der hier lebt, ist anständig und ehrlich. Er verwahrt sich gegen die schleichenden und offenen Verdächtigungen und lehnt es ab, festzustellen, aus welchen Motiven diese in einem Theil der Presse und auch im Parlament entspringen. Es genügt, festzustellen, daß sie da sind. (Lebhafter Beifall und Handeklatschen.)

Die Wahrheitsliebe Polonyi's.

Diese Feindseligkeit äußerte sich auch in einer kürzlich von Géza Polonyi im Parlament unterbreiteten Interpellation. Nun befaßt sich der Bürgermeister der Reihe nach mit den im Parlament erhobenen Anklagen, insbesondere aber mit der Schuldenmacherei. Hierauf erwidert Redner, daß Annuitätsanleihen immer dann aufgenommen werden, wenn konsolidirte Anleihen nicht emittirt werden können. Daß Schulden mit Schulden bezahlt werden, ist nicht nur bei der Hauptstadt, sondern in der ganzen Welt der Fall. Hier handelte es sich um weiter nichts, als um die Prolongirung des Kontokorrentanlehens von 21½ Millionen. Dieses Borgehen ist nicht nur gesetzlich, statutarisch und richtig, sondern anders vorzugehen wäre unstatthaft. Und dies nennt der Interpellant leichtfertige Schuldenmacherei. Hiemit in Verbindung steht die Behauptung Polonyi's, daß Wien billigere Anleihen habe als Budapest. Redner weist ziffernmäßig nach, daß das Gegentheil der Fall ist, denn die Wiener Anleihe kostet 6-94 Prozent, während die Budapestener nur 6-88 Prozent kostet.

Die Behauptung Polonyi's, daß die Hauptstadt in das Budget vom Jahre 1916 eine auf Systemisirung von Stellen bezughabende Vorlage „eingeschmuggelt“ habe, nennt der Bürgermeister eine Verdrehung und Unwahrheit, denn diese Vorlage ist auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung in das Budget gelangt.

Der Finanzminister ist nicht entzückt.

Die Kontokorrentanleihen — sagt Redner — sind zu vermeiden, das Leben sei jedoch stärker als das Wollen der Menschen und deshalb sei es oft unvermeidlich, Kontokorrentanleihen aufzunehmen. Ein Beweis hiefür sei die Ablösung der Gaswerke, bei der jedes Säumniß katastrophale Folgen gehabt hätte. Mit einem Rückblick auf die Vergangenheit verweist Redner auf die Zeit vor zehn Jahren. Nach Vollendung des Kápoztásmagherer Wasserwerkes, des Sammelkanals am Ring, der Markthallen und des Schweinefleischhauses wurde fast nichts mehr investirt. Vom Jahre 1902 an wurden während sieben Jahren insgesamt 33 Millionen investirt. Die Investitionsbeträge sanken während dieser Zeit von 6 auf 2½ Millionen Kronen jährlich. Es machte sich auf allen Gebieten eine Lethargie bemerkbar, die Beamten der Hauptstadt waren schlecht dotirt, das Avancement elend und die Pensionsversorgung rückständig. Die Wohnverhältnisse spotteten jeder Kritik, und in Folge der Unthätigkeit der Hauptstadt gerieth das Baugewerbe in Niedergang. Die Schulen befanden sich in Miethhäusern, die Spitäler waren unzulänglich und trotzdem finanzielle Schwierigkeiten und schleichende Defizite. Ich meine — sagt der Bürgermeister —, der Miferen gerade genug. Zu jener Zeit konnte im Magistrat oder in der Generalversammlung das Wort „sozial“ nicht ausgesprochen werden, ohne in den Verdacht des Sozialismus zu gerathen. Das pessimistische, Reformen fürchtende Zeitalter war also von Finanzschwierigkeiten auch nicht befreit, dagegen waren alle fruchtbringenden Betriebe, wie Gas, Elektrizität, Straßenbahn, Omnibus, Kehrichtabfuhr, Spitalsverpflegung verpachtet. Es war nur natürlich, daß der hauptstädtische Haushalt das Gleichgewicht verlieren mußte. Als er — der Bürgermeister — sein Amt übernahm, war es seine erste Aufgabe, den Haushalt in Ordnung zu bringen, was ihm mit Hilfe Alexander Mekerle's und durch Erhöhung der Kommunalsteuern auch gelang, so daß die Mehreinnahmen 4—5 Millionen betrugen. Im Jahre 1909 wurde mit der Durchführung des Investitionsprogramms begonnen. Redner zählt nun die lange Reihe neuer Schöpfungen auf und führt ziffernmäßige Beweise, daß es die größten Unterlassungsünden gewesen wären, nicht zu thun, was geschehen ist. Die Ablösung der Betriebe sei der größte Stolz der Hauptstadt und diene Jenen ewig zur Ehre, die diese Aktion leiteten

Sport.

Herdstrennen in Budapest.

Budapest, 11. Oktober.

Das Totalisator-Handicap bildet die wichtigste Konkurrenz des morgigen Tages. Dieses mit 24.000 Kronen dotierte, über 2600 Meter führende Ausgleichstrennen kann einundzwanzig Pferde am Start versammeln. Das Höchstgewicht hat Potiron zu tragen, während Summe die Reiche abschließt. Unter den Dreijährigen ist Proba, der zweite aus dem Beger, am schwersten gewichtet; dennoch muß man dem Janovitschen Hengst die erste Chance einräumen. Boston, Potiron, Aranos und Kertbeny sind seine gefährlichsten Gegner. Sonst enthält das morgige Programm nichts von Belang.

Kommunal-Angelegenheiten.

Der Bürgermeister über die Angriffe auf die hauptstädtische Verwaltung.

— Generalversammlung des Munizipalausschusses. —

Budapest, 11. Oktober.

Die erste Generalversammlung nach den Ferien, die heute nachmittag vonstatten ging, bot endlich dem Munizipalausschuß Gelegenheit, die verhüllten und unverhüllten Angriffe, die von verschiedenen Seiten schon seit geraumer Zeit gegen die Hauptstadt gerichtet werden, öffentlich zurückzuweisen. Dem Protest der Stadtrepräsentanz verließ Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy in einer großangelegten Rede Ausdruck; in der er, nach einem ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der in den Affären des Jita-Spitals und des Instrumentenbetriebes eingeleiteten Untersuchung, unter dem stürmischen Beifall der anwesenden Stadtväter sämtliche gegen die Verwaltung der Hauptstadt laut gewordenen Klagen mit sachlichen Daten widerlegte und die böswilligen Ausstreunungen gegen die Hauptstadt würdevoll und mit Selbstbewußtsein zurückwies. Ein großer Teil seiner Rede galt den Angriffen, die Abgeordneter Géza Polónyi jüngst wieder einmal gegen die Leitung der Hauptstadt und speziell gegen den Bürgermeister selbst gerichtet hatte. In wirkungsvoller Weise entkräftete Dr. Bárczy die Behauptungen Géza Polónyis; er rechnete ein für allemal mit diesem alten, unversöhnlichen Gegner der Hauptstadt ab, und es kann festgesetzt werden, daß dieser jähle Mann heute in Bárczy seinen Meister fand. Vor den Argumenten des Bürgermeisters schrumpften die Anklagen Polónyis zu absoluter Wesenlosigkeit zusammen.

Der Bürgermeister hatte mit seiner großen Rede ungeheuren Erfolg; sie wurde häufig von lautem Beifall unterbrochen, und als Dr. Bárczy sie beendet hatte, bereitete ihm der ganze Munizipalausschuß minutenlange begeisterte Ovationen.

Nach dem Bürgermeister ergriff Dr. Wilhelm Báczsonyi das Wort, um seinen Antrag auf Abschaffung des Virilismus und Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes für die Gemeinbewähler zu begründen. Der Antrag Báczsonyis wurde vom größten Teile der Stadtväter als unzeitgemäß betrachtet, und man bedauerte, daß Dr. Báczsonyi, statt sich ebenfalls mit ganzer Kraft gegen die Feinde der Hauptstadt zu kehren, parteipolitische Tendenzen verfolgte, die geeignet wären, in der Stadtrepräsentanz politische Spaltungen herbeizuführen.

Den Standpunkt der Gegner des Báczsonyischen Antrages vertrat mit großer Wirkung Kurialrichter Dr. Wilhelm Gaár, der diese Bestrebungen Dr. Báczsonyis unter lebhaftem Beifall seiner Gesinnungsgenossen bekämpfte. Ja, sogar Johann Sód bezeichnete den Antrag Dr. Báczsonyis als unzeitgemäß. Dieser Redner hatte, gleich Bárczy, riesigen Erfolg; unbarmherzig zog auch er gegen Géza Polónyi los, dessen politisches Charakterbild er mit treffenden Worten schilderte.

Da noch mehrere Redner vorgemerkt waren, mußte die Beratung auf morgen vertagt werden.

Das große Interesse, das der heutigen Generalversammlung entgegengebracht wurde, offenbarte sich in der außerordentlichen Teilnahme der Stadtväter. Der Saal war so dicht gefüllt, wie es nur bei außerordentlichen Anlässen vorzukommen pflegt. Auch die Galerie war dicht besetzt.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Vorsitzender Dr. Stefan Bárczy widmet den verstorbenen Stadtrepräsentanten Dr. Stefan Ghöri und Dr. Franz Breitenfeld einen Nachruf, an deren Stelle Wilhelm Wolf und Ferdinand Göttermayer einberufen wurden.

Nach Verlesung der Einläufe trat Dr. Bárczy den Vorsitz an den Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy ab und hielt seine angekündigte Rede.

Die Rede des Bürgermeisters.

Seit unserer letzten Generalversammlung haben sich bei der Hauptstadt bedauerliche Vorfälle ereignet, über die Reschenschaft zu legen ich mich verpflichtet fühle. In Verbindung mit diesen Vorfällen wurden von einem Teile der Presse, sowie im Abgeordnetenhaus gegen die Hauptstadt verschiedene Angriffe gerichtet, über die ich mich nicht stillschweigend hinwegsetzen kann. Die geehrte Generalversammlung möge mir daher gestatten, meinen auf all dies sich erstreckenden Bericht mit möglichster Ausführlichkeit zu erstatten.

Zunächst will ich über die im Jita-Spital und bei dem Instrumentenbetrieb vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sprechen.

Die Affäre des Jita-Spitals.

Nach diesen einleitenden Worten beschäftigte sich der Redner eingehend mit der Affäre des Jita-Spitals. Sobald er von den Unregelmäßigkeiten in dem Spital Kenntnis erlangt hatte, leitete er sofort gegen den Magistratsrat Karl Buzay und die Spitalbeamten Árpád Pézser, Franz Komoróczy und Alfons Horváth die dem Disziplinarverfahren vorausgehende Untersuchung ein; da sich im Laufe der Untersuchung ein gravierender Verdacht gegen Pézser ergeben hatte, verfügte der Redner, daß Pézser seiner

Stelle enthoben und das Untersuchungsmaterial der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Nun setzt die Staatsanwaltschaft das Verfahren fort; Redner hat die Verschleimung des Verfahrens urgiert, erhielt jedoch von der Staatsanwaltschaft bisher noch keine weitere amtliche Verständigung.

Die Affäre des Instrumentenbetriebes.

Sodann erstattet der Bürgermeister seinen Bericht über die Affäre des Instrumentenbetriebes. Er wies zunächst auf die Gründe hin, die die Schaffung des Betriebes notwendig gemacht haben, dann beleuchtete er jene Umstände, unter denen Aladár Dénes bei dem Betrieb angestellt wurde. Als der Krieg ausbrach, mußte die Institution, an die die außerordentlichen Verhältnisse besondere Anforderungen stellten, entsprechend erweitert und mit dem nötigen Personal versehen werden. Als Aladár Dénes dies erfahren hatte, ersuchte er, ihn probeweise anzustellen. Er wies ausgezeichnete Zeugnisse von mehreren Firmen der Branche vor; aus den Zeugnissen ging hervor, daß Dénes in den Jahren 1908 bis 1914 in der Branche in anerkannter Weise gewirkt hat, anfangs als Reisender, dann als leitender Beamter, schließlich als Direktor. Dieser Mann ist nun vom Vizebürgermeister Bódy zu Beginn des Krieges als kommerzieller Beamter für das Materialdepot engagiert worden. Schon Ende des ersten Jahres hat das Depot nach dem Berichte der Buchhaltung unter der neuen Leitung sehr günstige Resultate und Ersparnisse in der Höhe von 129.070 Kronen erzielt. In dem Berichte der Buchhaltung wurde eine weitere Entwicklung der Anstalt als wünschenswert bezeichnet.

Als bald tauchten jedoch aus den Kreisen der Instrumenten- und Verbandzeugfirmen bezüglich der Person Dénes' verdächtige Gerüchte auf, es wurde sogar eine Anzeige gegen ihn erstattet, deren Daten von der Firma J. Kóleti, die Dénes zuvor warm empfohlen hatte, geliefert wurden. Trotzdem die eingeleitete Untersuchung die Grundlosigkeit der Klage ergeben hatte, wurde Dénes von der Hauptstadt auf den gerichtlichen Weg gegen seine Ankläger verwiesen. Das Gericht hat denn auch die Kläger wegen Ehrenbeleidigung verurteilt. Das ist die Geschichte der Anstellung Dénes' und seiner Tätigkeit im ersten Jahre. Gelegentlich der Verhandlung der Schlussrechnungen der Spitäler für 1915 meldete Oberrechnungsrat Seregi der Finanzkommission, wie billig der Betrieb für den Bedarf der Spitäler zu sorgen vermag, ferner, daß der Betrieb mit einem Reingewinn von 400.000 Kronen seine Bilanz schloß. Dieser Bericht war geeignet, sowohl die Finanzkommission als auch die Leitung der Hauptstadt vollkommen zu beruhigen.

Die Anzeige gegen Aladár Dénes.

Der Bürgermeister beschäftigte sich nun mit der Anzeige, die Ladislaus Fényes im August bei der Staatsanwaltschaft gegen Dénes erstattet hatte. Auf Grund der Anzeige leitete die Staatsanwaltschaft gegen Dénes die Untersuchung ein, gleichzeitig wurde auch bei der Hauptstadt eine Untersuchung eingeleitet, mit deren Durchführung Magistratsrat Eugen Márkus, der neue Chef der Sanitätssektion, betraut wurde. Am 13. September meldete Magistratsrat Márkus, daß in der Leitung und Kontrolle des Betriebes zahlreiche schwere Unregelmäßigkeiten und Fahrlässigkeiten vorgekommen sind. Auf Grund dieser Meldung ordnete der Redner gegen den Magistratsrat Karl Buzay und gegen die mit der Kontrolle des Betriebes betrauten Beamten Eduard Kohler und Desider Horpáczky die dem Disziplinarverfahren vorausgehende Untersuchung an, mit deren Leitung Vizebürgermeister Dr. Franz Déri betraut wurde. Gegen das Vermögen Aladár Dénes' wurde zur Deckung etwaiger Schäden der Hauptstadt die Exekution durchgeführt.

Da über die Unregelmäßigkeiten und Fahrlässigkeiten, eventuell über die gegen das Strafgesetz verstoßenden Handlungen, sowie über die Frage der Schadenersatzpflicht das kompetente Gericht einerseits und andererseits der Disziplinaranspruch entscheiden werden, will Redner diese Fragen unberührt lassen. Doch schon jetzt kann er melden: im Verlaufe der Disziplinaruntersuchung, sowie der bei dem Betrieb durchgeführten Untersuchung wurde zweifellos konstatiert, daß die Tätigkeit des Instrumentenbetriebes und des Materialdepots weder vom Gesichtspunkte der Geschäftsführung, noch vom Gesichtspunkte der Aufsicht und Kontrolle den Bestimmungen der vom Magistrat herausgegebenen Instruktionen entsprach. Laut dieser Instruktionen durfte der Betrieb in der Regel nur für die Aemter und Anstalten der Hauptstadt Waren liefern und Arbeiten verrichten, doch konnte der Magistrat ausnahmsweise gestatten, daß der Betrieb auch andere öffentliche Anstalten, Spitäler, Kliniken usw. mit Ware versorge; während des Krieges hat der Magistrat dem Betrieb in mehreren Fällen eine schriftliche Erlaubnis hierzu erteilt. Trotzdem nun die Instruktionen nicht gestatten, daß der Betrieb an Privatfirmen Waren abgibt, hat der Betrieb dennoch in zahlreichen Fällen ohne Bewilligung des Magistrats an Privatfirmen Waren verkauft. Was den eventuellen Schaden der Hauptstadt betrifft, kann Redner derzeit keine genauen Angaben hierüber machen, doch schon jetzt kann konstatiert werden, daß der Instrumentenbetrieb der Hauptstadt finanzielle Vorteile gebracht und daß er seiner Bestimmung entsprochen, seine während des Krieges besonders schwierigen Aufgaben mit Erfolg gelöst hat, denn außer dem Spital in der Rébégasse und dem Jita-Spital sind noch weitere 26 Kriegsspitäler von dem Betrieb ausgerüstet worden.

Die Anständigkeit der hauptstädtischen Verwaltung.

Damit habe ich nun — fuhr der Bürgermeister fort — in den beiden bedauerlichen Affären den wahren Tatbestand mitgeteilt. Doch so bedauerlich das sporadische Vorkommen derartiger und ähnlicher Fälle auch sein mag, so müssen wir dennoch mit stärkster Ueberzeugung und Indignation gegen die Verdächtigungen und Insinuationen protestieren, die von den bekannten und unbekannten Feinden der Hauptstadt ausgestreut und so eingestellt werden, als ob hier die Korruption Orgien feiern würde. In dem riesigen Mechanismus der Hauptstadt ereignen sich bei unseren zahlreichen großen Betrieben nur selten ähnliche Fälle. Wenn wir von Unregelmäßigkeiten und Mißbräuchen erfahren, leiten wir sofort eine strenge Untersuchung ein und ahnden jedes Vergehen. In dieser rapid sich entwickelnden Großstadt, wo so viele verschiedene materielle Interessen kollidieren, ist es mit Unterstützung von Seiten der Generalversammlung und unter Mitwirkung des wackeren Beamtenkorps der Hauptstadt gelungen, ein solches ehrliches und anständiges System einzubürgern, auf das nicht nur die Bürgerhast der Hauptstadt, sondern das ganze Land stolz sein kann. Jeder Organismus ist mit Fehlern behaftet und hat seine Parasiten; auch der unsere hat sie. Doch das System und der Geist, die ihn bewegen, sind anständig und

17. IX. 1916

58

Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

(Sechszwanzigste Folge.)

Vier Monate dauert bereits die große gemeinsame Offensive des Bierverbandes, die uns zerschmettern sollte. Mit einem ungeheuren Aufwande von Menschen und technischem Material unternommen, hat sie bisher bewirkt, daß an einigen Stellen unsere Verteidigungslinien um ein paar Kilometer zurückverlegt werden mußten. Rumänien hat den türkischen Verrat, durch welchen es die Entscheidung im Weltkriege herbeizuführen sich vermaß, mit blutigen Niederlagen bezahlt. Die Hinopferung von Millionen Menschen und Milliarden Wert ohne nennenswerten Erfolg für unsere Feinde ist das Ergebnis dieses dritten Kriegssommers!

Der Bericht über die Wiener Verhältnisse im abgelaufenen Monate kann nicht viel Neues bringen.

Die Steuereingänge waren, wie der nachstehende

Ausweis des städtischen Steueramtes

zeigt, ziemlich unverändert. An direkten Steuern wurden im September eingezahlt:

	1915	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern K	1,452.224·45	K 1,381.855·73
„ Erwerbsteuern	636.116·24	„ 528.598·36
„ Einkommensteuer	2,728.808·94	„ 2,991.629·06
„ Rentensteuer	176.677·46	„ 114.267·01
„ Besoldungssteuer	175.607·68	„ 140.988·40
„ Tantiemenabgabe	15.618·76	„ 46.340·33

	1915	1916
an Kriegsgewinnsteuer . . . K	—	K 7.650·—
„ Militärtage	58.206·50	„ 74.509·10
„ Verzugszinsen	123.288·56	„ 74.078·07
„ Landesumlagen	832.000·—	„ 773.000·—
„ Gemeindeumlagen	1,890.000·—	„ 1,843.000·—
„ sonstigen Abgaben	70.451·41	„ 31.616·06
Zusammen . K	8,157.000·—	K 7,929.000·—

Die Einzahlungen im September 1916 blieben somit gegen die vorjährigen nur um 230.000 K zurück, wogegen die Einzahlungen seit Beginn des Verwaltungsjahres (1. Juli) mit 65,780.000 K um 2,052.000 K höher waren als die in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Einlagen bei den Wiener Geld-Instituten zeigten auch im September eine aufsteigende Entwicklung. Bei der Kriegsdarlehenskassa betrug der Stand der Darlehen am

17/X. 1916

59

Londer - Abdruck.

Wien während des Krieges.

Monatsende 124,647.640 K, von denen 118,727.920 K durch Wertpapiere, 469.315 K durch Waren und 5,450.405 K durch Hypothekarforderungen gedeckt waren.

Über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte geben die

Ausweise des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

folgendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellengesuche	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen zc.	243	214	190
Holzverarbeitung	168	147	144
Baugewerbe und Spengler . . .	119	89	96
Leber- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . .	73	56	55
Kleidermacher	168	138	112
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	170	302	128
Bäcker	144	217	146
Kaffeesieder	424	563	370
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	910	868	794
Gewerbliche Frauenarbeit	450	602	410
Behrlinge	49	34	28
Summe .	2.908	3.230	2.473
Dienstvermittlung	7.075	6.383	4.950

Zusammen . 9.983 9.613 7.423

Die Bewegung in den Wohnungsmieten blieb eine andauernd geringe; insbesondere ist die Zahl der Kündigungen von Monatsmieten, die für den 1. August 4780 (gegen 6571 im Vorjahre) betragen hatte, für den 1. September auf 4075 (gegen 6413 im Vorjahre) gesunken. Es hängt dies, abgesehen von dem gesetzlichen und gerichtlichen Schutze der zum Kriegsdienste Eingekückten, hauptsächlich mit dem Entgegenkommen der Hausbesitzer und der vermittelnden Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde und den von diesem gewährten Mitzinsaushilfen zusammen. Die letzteren betragen seit Kriegsbeginn 316.000 K.

Die

unentgeltliche Auspeisung

durch die Gemeinde, die bisher 7-8 Millionen Kronen Kosten erforderte, wurde im September von rund 60.000 Personen täglich in Anspruch genommen. Die Zahl der Kriegsküchen, in denen gegen geringes Entgelt Mittagskost verabreicht wird, ist bis Ende September auf 20 gestiegen, die Zahl der in ihnen verabreichten Speiseportionen belief sich in der letzten Septemberwoche auf 104.000.

Die

Lebensmittelversorgung

der Stadt hatte im abgelaufenen Monate mit mehrfachen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da die inländische Getreideernte regelmäßig erst im Spätherbste für den Verbrauch verfügbar wird, der Bezug aus Ungarn unzureichend, die Einfuhr aus Rumänien aber durch dessen Kriegserklärung unterbunden war, machte sich vorübergehend eine Knappheit in der Mehl- und

Brotversorgung geltend. Dieselbe war umso empfindlicher, als gleichzeitig die Anlieferung von Kartoffeln unter Verkehrsschwierigkeiten litt, die erst in den letzten Tagen überwunden werden konnten. Erhebliche Schwierigkeiten bereitete auch die Beschaffung der erforderlichen Fettmengen, da die Beschickung des Wiener Schweinemarktes aus Ungarn seit Festsetzung von Höchstpreisen fast gänzlich aufhörte und Fettschweine seither nur durch Bezüge außer Markt beschafft werden konnten. Auch die Milchlieferungen erfuhren keine Besserung und blieben andauernd weit hinter den normalen zurück. Die Eierzufuhren waren zwar nicht unbeträchtlich, konnten aber dem gesteigerten Bedarfe kaum genügen, so daß Preissteigerungen eintraten. Die Fleischzufuhren entsprachen der stark verminderten Nachfrage, die gegen Ende des Monats sogar nicht unwesentliche Preisrückgänge für Kalb- und Schafffleisch zur Folge hatte. Befriedigend war die Beschickung der Märkte mit Gemüse, während die Obstzufuhren öfter unzulänglich waren und insbesondere Zwetschen zeitweilig nur durch Vermittlung der Gemeinde auf die Märkte kamen.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Lebensmittelversorgung im Monat September.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

wurden aufgetrieben:

	1915	1916
an Rindern	21.825 Stück	6.493 Stück
„ Kälbern	15.473 „	5.936 „
„ Lämmern	84 „	75 „
„ Schafen	2.170 „	6.124 „
„ Schweinen	33.310 „	2.050 „

Die Fleischzufuhren in der

Großmarkthalle

betragen:

	1915	1916
an Rindfleisch . . .	1,501.514 Kilogramm	739.414 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . .	7.199 „	6.770 „
„ Schafffleisch . . .	217 „	762 „
„ Schweinefleisch . .	443.307 „	143.579 „
„ Kälbern . . .	7.110 Stück	3.275 Stück
„ Schafen . . .	1.587 „	4.258 „
„ Schweinen . . .	2.421 „	3.932 „
„ Lämmern . . .	18 „	107 „

An

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse . . .	157.902 Meterzentner	72.943 Meterzentner
„ Kartoffeln . . .	61.922 „	38.130 „
„ Obst . . .	128.745 „	45.352 „
„ Butter . . .	2.769 „	349 „
„ Eiern . . .	1,473.830 Stück	2,669.222 Stück

Die Milchzufuhren durch die Bahnen sanken auf 12,232.330 l.

Steinkohlen wurden am dem Nordbahnhofe 77.155 Tonnen zugeführt und 82.421 Tonnen abgegeben. Der Vorrat zu Monatsende betrug 92.634 Tonnen.

17/X. 1916

III
60

Sonder-Abdruck.

Wien während des Krieges.

Der Absatz in **Braunkohle** auf den städtischen Lagerplätzen belief sich auf 32.658 Meterzentner im Kleinen, 13.752 Meterzentner in Fuhren und 9.072 Meterzentner Kohlengrieß, im Ganzen auf 55.482 Meterzentner gegen 40.965 Meterzentner im September des Vorjahres. Die Parteienzahl ist auf 145.532 gestiegen.

Die

Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel

stellten sich nach den Marktamtsausweisen in der letzten Septemberwoche, folgendermaßen:

	Seller
Rindfleisch per Kilogramm	840 — 1140
Schweinefleisch "	770 — 950
Schweineischmalz "	960 (Höchstpreis)
Schweinespeck "	930 — 1000
Butter "	912 — 1000
Margarine "	960 — 1100
Eier " Stück	29 — 35
Milch " Liter	44 — 56
Rohmehl " Kilogramm	67 — 99
Backmehl "	120 — —
Brot "	50 — 57.5
Kartoffel "	16 — 28
Zwiebel "	70 — 88
Sauerkraut "	48 — 50
Bohnen "	90 — 220
Zucker "	102 — 106

	Seller
Petroleum per Liter	44 — 48
Steinkohle " 50 kg	280 — 300
Braunkohle " 50 "	162 — 240

Überaus günstig blieben auch im September die

Gesundheitsverhältnisse

Nach den Sanitätsberichten betrug in den Zivilspitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen:

	1915	1916
der anfängliche Krankenstand .	11.479	10.699
Zuwachs	13.280	9.609
Abgang durch Entlassung . .	11.941	8.654
Abgang durch Ableben . . .	875	716
der schließliche Krankenstand .	11.943	10.938

Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in den vier Septemberwochen ebenso wie im August nur 11.2 gegen 11.7 im Vorjahre, 12.2 im September 1914 und 11.8 im September 1913, war also die niedrigste, die in den letzten vier Jahren beobachtet wurde. Auch der Stand der Infektionskrankheiten war sehr niedrig. Von Kriegsepidemien ist die Bevölkerung ganz frei geblieben bis auf eine Erkrankung an Flecktyphus, welche einen Flüchtling aus der Bukowina betraf. Von den übrigen Infektionskrankheiten hat nur die Ruhr mit 66 Zivilfällen, wohl infolge vermehrten Obstgenusses, eine verhältnismäßig größere Ausbreitung gezeigt.

Der Bürgermeister der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weisskirchner.

itung.

1916

17. November

Die Krankenhaus-Gebühren.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Preise für alle Lebensmittel sind während des Krieges gewaltig gestiegen. Die städtische Verwaltung mußte dann notgedrungen Rechnung tragen, und der Magistrat entschloß sich zu einer Vorlage über Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern. Danach sollten vom 1. Oktober ab die Krankenkosten um 1 Mark für den Tag und Kopf (also auf 4 Mark für Einheimische und 4,50 Mark für Auswärtige) erhöht werden; für Kinder unter 14 Jahren sollte es bei den bisherigen Sätzen bleiben. Ueber diese Vorlage, die bereits einmal die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt hat, und die von ihr in einen Ausschuss überwiesen worden ist, berichtet Stadtv. Galland im Namen des Ausschusses:

Er schlägt der Versammlung die Annahme vor, mit der Abänderung, daß die erhöhten Sätze erst vom 1. April 1917 ab erhoben werden sollen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß auch nach der vorgeschlagenen Erhöhung die Stadt Berlin noch einen Zuschuß von 585 367 Mark zu den Krankenhauskosten zu zahlen haben werde. Für die Krankenkasse könne die Mehrbelastung im Hinblick auf ihren großen Vermögensbestand — im Jahre 1913 betrug er 28 Millionen — so wenig in Betracht, daß eine Erhöhung der Beiträge durch sie kaum in Frage kommen werde.

Stadtv. Coblenzer (Soz.) legt noch einmal die Gründe seiner Freunde gegen die Vorlage dar. Daß die Stadt für die öffentliche Wohlfahrts- und Gesundheitspflege Zuschüsse leiste, sei nur selbstverständlich. Die Vorlage bedeute eine schwere Belastung des Mittelstandes, der ohnehin besonders durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen werde. Auch die Krankenkassen seien durchaus nicht so günstig gestellt; sie hätten durch den Krieg enorme Mehrausgaben. Die Vorlage könnte dazu führen, daß die Stadt an Armenkosten zehnmal mehr auszugeben hat, als sie hier an Einnahmen erzielt. Es handle sich hier um eine durchaus unsoziale Vorlage. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) — Stadtv. Dr. Ritter (fr. Fr.) erklärt, daß seine Freunde die Wirkungen der Vorlage nicht so pessimistisch beurteilen könnten und ihr in der Fassung des Ausschusses zustimmen würden. (Bravo.)

Der Antrag des Ausschusses wird hierauf angenommen.

Darauf wendet man sich der Vorlage über Abänderung der Satzung für die Sparkasse der Stadt Berlin zu, die ebenfalls bereits einen Ausschuss beschäftigt hat; Stadtv. Sonnenfeld berichtet hierüber. Er betont, daß die Abänderungen zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs unter den breiten Schichten der Bevölkerung dienen sollen. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der vom Magistrat vorgeschlagenen Abänderung der Satzung mit einigen vom Ausschuss vorgenommenen Änderungen im Text des § 5. Eine Eingabe des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bantiergewerbes C. B. sowie die des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, e. V. soll dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Der Berichterstatter bemerkt, der Ausschuss habe sich überzeugt, daß eine Entwicklung der Sparkassen zu Konkurrenzinstituten für die Banken nicht geplant und jedenfalls ohne erneute Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nicht möglich sei. — Wenn gewisse Drohungen laut geworden seien, als könnten die Großbanken von ihrer Macht der Stadt gegenüber Gebrauch machen, so stehe der Ausschuss auf dem Standpunkt, daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen der Stadt und den Großbanken nicht getragen werden von dem Wohlwollen der Banken gegenüber der Stadt, sondern von dem gemeinsamen finanziellen Interesse der Stadt und der Banken. Auch ist der Ausschuss überzeugt, daß, wenn wirklich die Banken in einer Verblendung, deren wir sie für unfähig halten, es zu einem Kampf zwischen den Banken und der Stadt kommen lassen sollten, es nicht die Stadt wäre, die den Kürzeren dabei ziehen würde.

Stadtv. Loeser: Die Mehrheit meiner Freunde stimmt der Vorlage zu. Im Namen einer Minderheit beantrage ich Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss. Diese Minderheit ist überzeugt, daß die Stadt von der Vorlage keinen Vorteil, sondern nur Kosten haben und den bargeldlosen Verkehr bei den kleinen Sparglern doch nicht einbürgern wird. Der Rämmerer sei mit den

Hauptstädtischer Munizipalausschuß.

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 25. Oktober.

Die heutige Beratung des hauptstädtischen Munizipalausschusses begann im Zeichen der Politik. Die Politik ist zum Glück ein seltener Gast im Saale der Generalversammlung, doch erscheint er einmal, verschwinden alle übrigen Fragen, wohl nicht zum Vorteil der kommunalen Interessen, in den Hintergrund. Die heutige imposante Teilnahme der Stadtväter ist ausschließlich dem Antrage Dr. Vázsonyis auf Abschaffung des Virilismus und Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes für die Kommunalwahlen zu verdanken, welcher Antrag alle Punkte der Tagesordnung — darunter auch einige von ziemlicher Bedeutung — tief in den Schatten stellte.

Während das Schicksal des Vázsonyischen Antrages vor kurzem noch ganz ungewiß war, wußte man heute schon vor Beginn der Sitzung, daß der Antrag angenommen werden wird. Er ist auch tatsächlich mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden, — jedoch nicht in seiner ursprünglichen Fassung. Im Sinne eines Kompromisses zwischen den Anhängern des Antrages und einem großen Teile der Gegner desselben hatte nämlich Johann God — der erste Redner — eine Modifizierung des Antrages, das heißt eine die Tendenz des Antrages erläuternde Einleitung zu diesem, vorgeschlagen. Trotzdem uneingeweihten Personen der Sinn des den Antrag einleitenden Satzes nicht ganz klar sein kann, hatte er doch, wie es scheint, das Gewissen vieler Gegner des Antrages so beruhigt, daß sie für seine Annahme stimmten. Die von God proponierte Einleitung des Antrages soll nämlich die Vertreter der Bürgerklasse darüber beruhigen, daß im Falle der Verwirklichung des Vázsonyischen Antrages die Arbeiterklasse kein absolutes Übergewicht über die Bürgerklasse erlangen wird, sondern daß Bürger und Arbeiter sich zu gemeinsamer, dem Wohle sämtlicher Einwohner von Budapest gewidmeter Arbeit vereinigen werden.

Doch auch in dieser Form lehnte ein Teil der Stadtväter den Antrag ab. Ihr Redner war Hofrat Franz Székely, der mit sachlichen Argumenten, in würdigem Ton, den Wahlrechtsantrag als unzeitgemäß bezeichnete. Seine sachlichen Argumente, sein ruhiger Ton fanden jedoch keine Würdigung bei den Anhängern Dr. Vázsonyis, die durch lärmende Zwischenrufe fortwährend die Ausführungen Székelys störten.

Die Verhandlung des Wahlrechtsantrages hatte auch zahlreiche Mitglieder des Feministenvereins herbeigeloct, die auf der Galerie mit großer Aufmerksamkeit die Debatte verfolgten. Das Erscheinen der Damen war für die Aspirationen der Feministen nicht ohne Erfolg, denn sämtliche Stadtväter, die zu dem Wahlrechtsantrage sprachen, waren galant genug, durch die Erklärung, daß auch sie die Erweiterung des Stimmrechtes auf die Frauen wünschen, die Damen für ihr Erscheinen zu belohnen.

Unter stark reduzierter Teilnahme wurde die eigentliche Tagesordnung der Generalversammlung erledigt. Eine Menge von Interpellationen brachte in die Eintönigkeit einige Abwechslung. Zum Schlusse wurde mit besonderer Wärme des in den Ruhestand getretenen Oberphysikus Dr. Mladen Magharevits gedacht; in innigen Worten, unter dem lebhaftesten Beifall der Anwesenden, würdigte Dr. Wilhelm Vázsonyi die Verdienste des ausgezeichneten Mannes und beantragte, daß die Hauptstadt sein Porträt malen lasse. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung eröffnete stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy um 4 1/4 Uhr nachmittags. Er teilte zunächst mit, daß der Ministerpräsident den Dank des Königs auf die aus Anlaß seines Namensfestes von seiten der Hauptstadt ihm dargebrachten Glückwünsche verdolmetscht habe. (Elenrufe.)

Sodann widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Stadtrepräsentanten Dr. Sigmund Adler einen warmen Nachruf; er würdigte die großen Verdienste des Verbliebenen auf kommunalem und sozialem Gebiete und beantragte, das Andenken des Dahingegangenen im Protokoll zu verewigen und an die trauernde Familie ein Beileidschreiben zu richten. (Zustimmung.)

An Stelle Dr. Adlers wurde Moriz Schlangner einberufen.

Die Aktion für die siebenbürgischen Flüchtlinge.

Magistratsoberrat Madár Marher verlas ein heute eingetroffenes Reskript des Ministers des Innern, worin der Minister der Hauptstadt für deren edle Opferwilligkeit, die sie im Interesse der Unterbringung und Unterstützung an den Tag gelegt, der Budapesters Gesellschaft, die sich mit solchem Eifer der Flüchtlinge angenommen, und durch freiwillige Spenden deren Loß erleichtert hat, ferner jenen Damen, die bei der Verpflegung und Bekleidung der Flüchtlinge so eifrig und hingebungsvoll mitgewirkt, schließlich den hauptstädtischen Beamten, die die Unterstützungsaktion organisiert und geleitet haben, seinen herzlichsten Dank ausspricht. Zum Schlusse bemerkt der Minister, daß er einen Teil der mit dieser Aktion verbundenen Ausgaben der Hauptstadt vergüten werde.

Das Reskript des Ministers wurde beifällig zur Kenntnis genommen.

Der Wahlrechtsantrag Dr. Vázsonyis.

Es folgte nun der Wahlrechtsantrag des Stadtrepräsentanten Dr. Wilhelm Vázsonyi. Der Antrag lautet wie folgt:

Der hauptstädtische Munizipalausschuß spricht den Wunsch aus, daß der Virilismus abgeschafft und schon die nächste Kommunalwahl auf Grund des auf jeden ständigen Budapesters Einwohner sich erstreckenden allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes vorgenommen werde. Die Generalversammlung richtet an die Regierung, sowie an das Abgeordnetenhaus eine Repräsen-

tation mit dem Ersuchen, daß eine derartige legislatorische Verfügung noch vor der allgemeinen Reform des hauptstädtischen Gesetzes ins Leben gerufen werde.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig ausgesprochen, worauf die Debatte über den Antrag begann.

Die Debatte.

Der erste Redner, Johann God, erklärt, daß er den Antrag Dr. Vázsonyis mit einer Modifikation, die er — der Redner — beantragen werde, annehme. Die Modifikation wird das Wesen der Sache nicht tangieren. Den Strom des Fortschrittes — fuhr Redner fort — kann man nicht aufhalten, denn er reißt alle Hindernisse mit sich. Die Erweiterung der Freiheiten der Völker kostete stets schwere Kämpfe, doch schließlich triumphtierte der Fortschritt. Zum Beweise seiner Ausführungen beruft sich der Redner auf einige Beispiele aus der Geschichte. Aus diesen Beispielen geht auch hervor, daß auf je breiterer Grundlage die Konstitution steht, desto sicherer und fester sie ist. Bei uns hat es auch schwere Kämpfe gegeben, bis sich unsere Verfassung bis zur Volksvertretung entwickelt hat. Redner glaubt, die ganze Bürgerschaft müsse es als eine heilige Pflicht empfinden, der rechtlosen Menge zur Erlangung ihres Rechtes auf das allgemeine Wahlrecht beifällig zu sein, besonders jetzt, da jene Tausende von Helden, die auf den Kriegsschauplätzen ihr Blut für das Vaterland vergossen, zu ihrer bürgerlichen Arbeit zurückkehren werden. (Applaus.) Sind diese Helden vielleicht unwürdig, die bürgerlichen Rechte auszuüben? Nach dem Kriege wird es ohne bedeutende Erweiterung der Rechte keinen dauernden Frieden geben. (Beifall.) Wir, hauptstädtischen Männer, haben nicht nur die Pflicht, die Straßen zu beleuchten, sondern auch die Seelen. (Applaus.) Wir müssen endlich auch zu dieser Frage Farbe bekennen, wir müssen aussprechen, daß es zwischen den Menschen keinen Klassenunterschied geben kann. (Lebhafter Beifall.) Redner ist sogar bereit, für eine entsprechende Erweiterung der Rechte der Frauen einzutreten. (Die auf der Galerie befindlichen Frauen haben diese Bemerkung mit lebhaftem Applaus und Elenrufen aufgenommen.) Alles, was arbeitet, muß in die Schranken der Verfassung Eintritt erhalten. Die ungarische Arbeiterklasse kann man heute nicht mehr als eine internationale Masse betrachten. Auch sie muß daher alle ihr gebührenden Rechte erhalten. Freiheit, Friede, Licht ist die Devise des menschlichen Fortschritts. Er nimmt, wie er bereits erklärt hat, den Antrag Dr. Vázsonyis an, wünscht jedoch, daß der Antrag mit folgendem Satz eingeleitet werde:

„Festhaltend an der alten, rechtserweiternden Tradition der Bürgerschaft, will die Generalversammlung mit der gesamten Bürgerschaft gemeinschaftlich die Verwirklichung der Rechtsgleichheit und die Festigung der Autonomie anstreben.“

Die Rede Gods wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Franz Székely bemerkt, daß die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht in der Generalversammlung des hauptstädtischen Munizipalausschusses keine ganz neue Sache ist. Der Munizipalausschuß hat schon wiederholt seinen liberalen Traditionen getreu Stellung in dieser Frage genommen und er kann auch heute seinen Standpunkt nicht ändern. Auch Redner und seine Freunde wünschen, daß das allgemeine Wahlrecht für das ganze Land verwirklicht, ja, daß es sogar auf die Frauen ausgebeht werde. Geht es doch nicht an, daß z. B. der Hausmeister das Wahlrecht ausübe, die Besitzerin des Hauses aber nicht. Wir alle stehen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechtes. Man muß zugeben, daß der Virilismus ein veralteter Standpunkt ist; trotzdem geht es nicht an, mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes gleichzeitig den Virilismus abzuschaffen, ohne ihn mit einer anderen Institution zu ersetzen, z. B. mit einer Minoritätsvertretung usw. Bei den nächsten Wahlen werden ungefähr zweimal so viel Wähler abstimmen als bisher, auch die Arbeiterklasse wird bei dieser Gelegenheit zur Geltung kommen. (Widerspruch bei den Demokraten. Großer Lärm.) Die Arbeiter werden also auch hier im Stadthause vertreten sein. Das ist dem Redner umso sympathischer, als es ihm stets fern stand, die anständigen Arbeiterelemente geringzuschätzen. Er hält die Führer der Arbeiterklasse für politisch reif genug, um an den Arbeiten des Munizipalausschusses teilzunehmen. Doch ebenso wenig Ursache hat man, die gegenwärtige Vertretung der Bürgerschaft geringzuschätzen, denn diese Vertretung ist es, die Budapest zu einer ungarischen Stadt und zu einer Weltstadt gemacht hat. (Lebhafter Beifall.) Wir haben keine Ursache, uns der Vergangenheit zu schämen, niemand hat ein Recht, zu behaupten, daß wir unwürdig sind, die Bürgerschaft der Hauptstadt zu vertreten. Redner ist ebenfalls Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes, doch glaubt er, daß der Vázsonyische Antrag zu weit geht, daß die Verwirklichung dieses Antrages die Machtverhältnisse zum Nachteil der Interessen der Hauptstadt sehr ungünstig beeinflussen würde. Große und ernste Aufgaben harren jetzt unser, wichtige Probleme; jene, die bisher an der Leitung der kommunalen Angelegenheiten teilgenommen haben, sind doch zweifellos geeigneter zur Lösung dieser Probleme, als neue Elemente, denen es noch an der nötigen Erfahrung mangelt.

Die Rede Franz Székelys wurde von den Demokraten durch häufige Zwischenrufe gestört; je länger Székely sprach, desto häufiger und lauter wurden auf gegnerischer Seite die Zwischenrufe, so daß die Worte Székelys schließlich von einem der Stadtrepräsentanten unwürdigen wüsten Stimmengewirr verschlungen wurden.

Dieses Vorgehen der Demokraten löste bei vielen großen Unmut aus, dem sie in folgenden, an die Demokraten adressierten Rufen Luft machten:

— Es ist wirklich unterhört, was Sie sich herausnehmen!

— Auch wir haben Sie ruhig angehört!

— Schöne Anhänger der Redefreiheit!

— Haben denn die Demokraten ein Privilegium zum Sprechen?

Vorsitzender Dr. Bárczy schwingt energisch die Glade und fordert die Störenfriede nachdrücklich auf, den Redner ruhig anzuhören.

Das wirkte, und Franz Székely konnte seine Rede fortsetzen. Ich habe — jagte er — wenig Hoffnung, Sie (auf die Demokratenweisend) zu überzeugen, ich will mich daher kurz fassen und mich auf folgenden Antrag beschränken: Mit Rücksicht darauf, daß der Antrag Vázsonyis nicht zeitgemäß ist, beschließt die Generalversammlung, über den Antrag zur Tagesordnung zu übergehen. (Protestrufe bei den Demokraten. Elenrufe und Applaus bei den Gegnern des Vázsonyischen Antrages.)

Johann Szigethy erklärt im Namen der Freien Bürgerpartei des ersten Bezirks, den Antrag Dr. Vázsonyis samt der von Johann God beantragten Ergänzung anzunehmen. (Beifall bei den Demokraten.)

28. XI. 1916

I
22

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 55. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom
28. Oktober 1916.

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Rain.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer und Hof,
die Gem.-Räte Breuer, Schmid, Dr. Hein,
Dr. Schwarz-Hiller, Dr. v. Dorn, Reu-
mann und Skaret; ferner Magistrats-Direktor
Dr. Rächtern, die Ober-Magistratsräte Dr.
Mayr, Pawelka und Langthaler, Magi-
stratsrat Dr. Ehrenberg, die Magistrats-
Sekretäre Dr. Wanschura und Dr. Rößkopf;
Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Ratter, Markt-
amts-Direktor Bauer.

Entschuldigt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Gem.-
Rat Leitner.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Vize-Bürgermeister Rain eröffnet die Sitzung und teilt
mit, daß Bürgermeister Dr. Weiskirchner infolge Unwohl-
seins sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen läßt.

Ober-Magistratsrat Pawelka berichtet über die Milch-
versorgung Wiens und führt aus, daß sich Ende September die
Absicht der Milchgroßhändler zeigte, die Milch-Verschleißer nicht
mehr zu dotieren, mit der Begründung, daß die Milchanklieferung
bedeutend gesunken sei. Um die Schließung dieser Verschleiß-
stellen zu verhindern, sei es nötig gewesen, eine Verfügung
zu treffen. Unter Berufung auf § 3 der Verordnung vom
26. September 1916, mit welcher die Großhändler verhalten
werden, die Detaillisten im selben Maße wie bisher zu dotieren,
erließ der Magistrat am 1. Oktober 1916 eine Verfügung, mit
welcher die Großhändler beauftragt wurden, die Detaillisten mit
Milch zu versorgen.

Die Ursache, daß die Großhändler die Detaillisten nicht
befriedigen konnten, sei darin gelegen, daß die Milchindustrie-
Aktiengesellschaft („Miag“) eine Anzahl von Händlern aus-
gekauft habe, das heißt, daß sie die Schlüsse derselben gegen
Entschädigung übernommen hatte. Es sei veranlaßt worden,
daß die Händler wieder in die alten Verträge eintreten
und daß die „Miag“ die Versorgung der Verschleißstellen über-

nimmt. Sollte dies im gütlichen Wege nicht möglich sein, so
werde die „Miag“ im Wege der Statthalterei verhalten werden,
diese Verschleißstellen zu dotieren. Die Ursache der geringeren An-
lieferung liege in dem geringeren Bezug aus Ungarn.

Die Statthalterei habe die Absicht, die Höchstpreise für
Milch, die aus Ungarn kommt, zu erhöhen, was voraussichtlich
in kurzer Zeit geschehen werde. Bis jetzt sei noch keine Meldung
eingelangt, daß in der Dotierung der Verschleißstellen eine größere
Störung eingetreten sei. Doch werden sich die Kleinändler für
einige Zeit damit begnügen müssen, daß ihnen kleinere Quanti-
täten Milch zugewiesen werden.

Gem.-Rat Skaret führt darüber Beschwerde, daß die Be-
handlung der Milchfrage von der Regierung zwischen dem
30. September und 1. Oktober in Angriff genommen wurde.

Dies hätte im August geschehen müssen, damit die Vor-
bereitungen rechtzeitig hätten getroffen werden können und am
1. Oktober bereits eine wirksame Milch-Zentrale vorhanden ge-
wesen wäre. Bis die Statthalterei die höheren Preise für
ungarische Milch festgesetzt haben werde, werde diese Milch längst
sich vom Wiener Markte verlaufen haben und er fürchte sehr,
daß man dann wieder bedeutend höhere Preise werde zahlen
müssen, damit sie wieder zurückkehrt.

Gem.-Rat Dr. Hein meint, daß die Festsetzung von höheren
Preisen für ausländische Milch keinen besonderen Schwierigkeiten
begegnen werde. Auch wäre die Kontrolle nicht schwer durch-
führbar, wenn man einzelne Verschleißstellen, zum Beispiel in
den kaufkräftigeren Bezirken ausschließlich mit ausländischer
Milch dotieren würde.

Gem.-Rat Schmid teilt mit, daß der Ministerpräsident
bei einer gestern stattgehabten Besprechung erklärt habe, daß die
ungarische Milch auch noch weiter nach Wien kommen werde; er
habe sich entschieden gegen jede Absperurmaßnahme ausge-
sprochen, weil dies sicherlich zu Repressalien seitens Ungarn
führen würde.

Gem.-Rat Dr. Hein beantragt, es mögen Schritte unter-
nommen werden, damit die bisher aus Ungarn angelieferte Milch
auch weiterhin nach Wien gelange.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Antrage zu und
beauftragt den Magistrat, über die Abgabe von Milch aus-
ländischer Provenienz an Sanatorien und an bestimmte Ver-
schleißstellen in den inneren Stadtbezirken in der nächsten Sitzung
der Konferenz zu berichten.

28. XI. 1916

Minimale Konsumierung

Ober-Magistratsrat Langthaler berichtet, daß die Magistrats-Kundmachung, mit welcher die Festsetzung von bestimmten Verkaufsstunden für gewisse Artikel aufgehoben wird, bereits fertiggestellt und morgen veröffentlicht werde.

Der Inhalt der Verordnung sei folgender:

„Die Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen auf bestimmte Tage und Verkaufsstunden ist verboten. Die Übertretung dieses Verbotes wird mit Geldstrafen bis zu 5000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Auch kann auf den Verlust der Gewerbeberechtigung für immer oder auf bestimmte Zeit erkannt werden. Diese Kundmachung tritt morgen Donnerstag den 5. Oktober 1916 in Wirksamkeit.“

Weiters bemerkt Ober-Magistratsrat Langthaler, daß der Erste Wiener Konsumverein freiwillig eine Rayonierung seiner Kunden durchgeführt habe und daß diese Maßnahme durch die Magistrats-Kundmachung nicht tangiert werde.

Gem.-Rat Schmid regt an, auch den kleinen Geschäftsleuten den Rat zu erteilen, eine Kundenliste anzulegen.

Gem.-Rat Skaret bemerkt, daß der Arbeiter-Konsumverein „Vorwärts“ mit seinen 56 Filialen die Rayonierung schon seit Jahresfrist durchgeführt habe. Den einzelnen Filialen werde entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder das erforderliche Quantum Ware überwiesen und der Geschäftsführer habe die Verpflichtung, für jede Kunde ein bestimmtes Quantum bereitzuhalten. Niemals seien bestimmte Stunden für den Verkauf einer Ware festgesetzt worden. Jede Kunde erhalte einen Bezugsschein und ohne diesen werden keine Waren ausgefolgt.

Ober-Magistratsrat Langthaler teilt weiters mit, daß die Statthalterei dem Magistrat den Auftrag erteilt habe, eine Verfügung zu treffen, daß den Großhändlern, die über eine nicht genügende Anzahl Filialen verfügen, der direkte Verkauf an die Verbraucher untersagt werde. Der von der Statthalterei gewählte Ausdruck „Großhändler mit genügender Anzahl von Filialen“ werde zu großen Auslegungsschwierigkeiten führen. Es werde nur im einzelnen Falle festzustellen sein, ob ein Großhandel vorliege oder nicht. Er halte es nicht für angemessen, eine diesbezügliche Verfügung in Form einer allgemeinen Kundmachung zu treffen. Es solle der Gewerbebehörde überlassen bleiben, jeden einzelnen Fall besonders zu behandeln. Es gebe viele Firmen, die seit Jahren neben dem Großhandel auch den Detailhandel betreiben; nur jene Großhändler, welche jetzt Filialen eröffnen, in der Absicht den dem Kleinhandeler zukommenden Zwischen Gewinn selbst einzustecken, sollen von dieser Verfügung getroffen werden.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt sich mit dem Vorschlage des Ober-Magistratsrates Langthaler einverstanden.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt sich ebenfalls mit der individuellen Behandlung der einzelnen Fälle einverstanden und richtet an Ober-Magistratsrat Langthaler die Anfrage, auf welcher gesetzlichen Grundlage gegen die betreffenden Großhändler vorgegangen werden soll.

Ober-Magistratsrat Langthaler erklärt, daß die Gewerbebehörde im Sinne der kaiserlichen Verordnung N. G. Bl. Nr. 261 ex 1916 amtshandeln werde, und die Amtshandlung entweder auf Grund eigener Wahrnehmung oder über die Berichte der behördlichen Organe eingeleitet werden könne.

Gem.-Rat Schmid spricht sich für die Erlassung einer allgemeinen Kundmachung aus, die für alle Großhändler Gültigkeit haben solle, die nach einem bestimmten Termin, zum Beispiel 1. September, Filialen eröffnet haben.

Magistrats-Sekretär Dr. Roskopf spricht sich gegen die Erlassung einer allgemeinen Kundmachung aus. Gegenwärtig würden von der Gemeinde 50 Großhändler mit Mehl dotiert. Der Konzern dieser Großhändler liefere an die Kleinhandeler die empfangenen Mengen ab und bloß 10 bis 15 Prozent kämen im eigenen Verschleiß im Kleinverkauf zur Abgabe. Dieser Vorgang sei bisher streng eingehalten worden. Es würde diese Kundmachung nicht im Interesse der konsumierenden Bevölkerung liegen.

Gem.-Rat Dr. Hein äußert seine Bedenken gegen die Durchführung von Strafamtshandlungen auf Grund der zitierten Verordnung und gibt zu erwägen, ob nicht die Schaffung einer besseren gesetzlichen Grundlage angestrebt werden solle.

Gem.-Rat Reumann erklärt, die Bedenken des Gem.-Rates Dr. Hein wegen der gesetzlichen Grundlage nicht zu teilen; er stehe vielmehr auf demselben Standpunkte wie Ober-Magistratsrat Langthaler, daß die in Rede stehende kaiserliche Verordnung ausreiche.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller verweist auf Artikel 1 der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, N. G. Bl. Nr. 274, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen. Diese Bestimmung sei in dem vorliegenden Falle eine ausreichende Basis für die Amtshandlungen der Gewerbebehörde.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt, daß dem Wunsche des Magistrats-Sekretärs Dr. Roskopf Rechnung getragen werden müsse.

Marktamts-Direktor Bauer führt aus, daß die Abgabe von Milch und Butter seitens der Großhändler an Konsumenten überhandnehme; vor den neu eröffneten Filialen der Großhändler fänden ungeheure Ansammlungen statt, während der Kleinhandeler nichts bekomme.

Gem.-Rat Dr. Hein gibt der Meinung Ausdruck, daß für die von den Großhändlern eröffneten Filialen der Zeitpunkt des Kriegsbeginnes maßgebend sein solle.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Kartoffelversorgung und führt aus, daß sich dieselbe seit dem 29. September gebessert habe. Während noch am 30. September nur 9 Waggons einliefen, seien am 1. — 16., am 2. — 31. und am heutigen Tage 63 Waggons eingelangt, zusammen also 123 Waggons, das ergebe 30 Waggons pro Tag. Nach den Nachrichten der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und nach Telegrammen aus Russisch-Polen sowie von der Zentral-Transportleitung scheine nun an die Herausnahme und den Antransport der Kartoffel energisch geschritten zu werden.

Heute seien Avisi für 60 Waggons Kartoffeln eingetroffen und es dürfte sich die Situation, wenn nicht abermals unvorhergesehene Hindernisse eintreten, wesentlich bessern. Weiters berichte er, daß der von der Statthalterei erteilte Auftrag zur Beschlagnahme von Kartoffelstückgütern fünf Stunden nach dessen Erteilung wieder aufgehoben worden sei. Auftragsgemäß habe

28. XI. 1916

94

Rumänische Konferenz.

auf den Markt gebracht worden. Die Preissteigerung von 240 K auf 345 K per Kiste sei nicht unbillig, weil in Ungarn der Preis bereits 503 K per Kiste betrage.

Die Eierknappheit in Wien sei darauf zurückzuführen, daß der Eierimport Ungarns zum Teile durch die rumänische Invasion vollständig ausgelegt habe. Eine weitere Ursache liege darin, daß die Eier produzierenden Länder, wie Oberösterreich und Steiermark Importländer geworden seien; sie bemühen sich, Eier aus Galizien zu erhalten. Zwischen dem Ankaufspreis in Galizien und dem Abgabepreise der „Ovum“ in Wien besteht eine Spannung von 11 K per Kiste.

Marktamts-Direktor Bauer führt aus, daß täglich in Rudolfsheim unter dem Voritze des Leiters des Markt-Kommissariates eine Sitzung stattfindet, in welcher die Groß- und Verhandlungspreise festgelegt werden. Der Großhändler habe mit verdorbener Ware zu rechnen und mit Brucheiern. Auch der Detailhändler habe große Spesen für Transport, Verlust u. s. w. zu tragen. Der Preis für Verbraucher sei zwar hoch, jedoch gerechtfertigt.

Auf die Frage des Gem.-Rates Skaret, ob dem Magistrate bekannt sei, ob und wieviele Eier konserviert worden seien, teilt Magistrats-Sekretär Dr. Wanschura mit, daß auf eine bezügliche Frage dem Magistrate seinerzeit mitgeteilt wurde, daß von der „Miles“ zirka 40 Waggons eingefalzt worden seien; in der Tat sei aber die Zahl der von der „Miles“ eingefalteten Eier viel kleiner.

Über die gleichzeitige Anfrage der Gemeinde, wie hoch der von der „Miles“ gebildete Fonds sei, sei auch dessen Höhe bekanntgegeben worden, zugleich aber auch, daß aus diesem 100 Waggons bulgarische Eier bezogen und für Wien eingefalzt werden sollen, doch sei es dazu nicht gekommen, da es unmöglich war, Eier aus Bulgarien zu erhalten.

Mit der „Ovum“ sei eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher sich dieselbe verpflichtete, bis Ende Oktober 2000 Kisten Eier zu konservieren, und seit September nehme die „Ovum“ tatsächlich Konservierungen vor. Es seien bereits 900 Kisten im Kühlhause der Stadt Wien eingelagert. Die Anlieferung der Eier dürste noch bis Mitte Oktober günstig sein, ab Mitte Oktober werde eine direkte Eiernot eintreten.

Magistrats-Sekretär Dr. Wanschura berichtet weiters, daß, als die Fettnot eintrat, der Großschlächtere der Auftrag erteilt worden sei, sämtliche Vorräte in Wien in Verkehr zu bringen. Die Großschlächtere verfügte nur über Vorräte, die ihr die „Miles“ zugewiesen habe, so daß dieser Auftrag nicht ganz durchgeführt werden konnte.

An die Firma Wotrubeck sei der Auftrag erteilt worden, ihre Vorräte in Wien in Verkehr zu bringen, widrigenfalls der Magistrat dieselben beschlagnahmen würde. Gegen diese Verfügung des Magistrates sei Beschwerde geführt worden. Die Firma Wotrubeck müsse übrigens ihr Fett der Militärverwaltung zur Verfügung stellen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn ersucht mit Rücksicht auf die neuerliche Erhöhung der Zuckerpreise abermals an die Regierung wegen Freigabe des Saccharins heranzutreten.

Magistrats-Sekretär Dr. Wanschura teilt mit, daß die Regierung die Freigabe des Saccharins in Aussicht gestellt habe.

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Der Vize-Bürgermeister:
Rain m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Skaret m. p.

Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Die Angriffe der Rumänen im Grenzgebirge westlich von Socani, die Angriffe zweier russischer Armeen gegen die

Die nächste Nummer des „Fremden-Blatt“ wird Montag nachmittags ausgegeben.

Unser heutige Nummer ist die illustrierte Sonntagsbeilage

Das „Welt-Bild“

beigegeben, die wöchentlich erscheint.

Feuilleton.

„Wien nach dem Kriege.“

Von Prof. Dr. v. Sebegg.

Es gehört sicherlich zu den merkwürdigsten psychologischen Erscheinungen unserer Tage, daß wir diese bedeutungsvollen Worte mit voller Ruhe auszusprechen vermögen. Wien nach dem Kriege! Als ob es nicht eine überaus fühne, jede menschliche Voraussetzung weit übertragende Prophezeiung wäre, die wir damit im Grunde genommen zum Ausdruck bringen. Aber mehr noch als das: Wir sprechen diese Worte nicht nur mit voller Ruhe, wir sprechen sie sogar mit dem Gefühl einer gewissen Wahrscheinlichkeit, mit dem Gefühl stiller Trostheit aus — und doch, es sind gleichwohl gewichtige Prophetenworte. Wie ist das möglich? Wie ist es möglich, in den Tagen höchster Nervenanspannung, in den Tagen, die allmählich Ereignisse von größter Wichtigkeit zeitigen, wie ist es möglich, in solchen Tagen ernstlich des Gedankens an die Zukunft froh zu werden? Es ist eben nur unter einer einzigen Voraussetzung möglich, und diese Voraussetzung heißt: Volle Zuversicht. Volle Zuversicht in die Zukunft. Zuversicht in die für uns glückliche Beendigung dieses größten Krieges aller Zeiten. Solcherart also kann und darf in uns eine feste Hoffnung keimen, dürfen wir getroßt und ohne das Schicksal mutwillig herauszufordern auch von einem „Wien nach dem Kriege“ träumen, von ihm reden, reden mit

Saryathen und fleckenblutigen Grenzgebirgen dauern an. Der Aufbruch richtete sich gegen vornehmlich gegen unsere Ziel-

der vollen Ruhe von ihrer Sache, sicheren Menschen. Wien nach dem Kriege soll sein und werden, wie wir es uns denken und wünschen: Geträumt im Bewältigen schwerster Zeiten, geklärt durch unergleichliche ernste Erfahrung, Trost und Zuversicht, aber gegenüber allen neuen Aufgaben, die seiner harren.

Es ist das hohe Verdienst unserer „Lebenseinsicht“, ein bedeutungsvolles Wort in diesem Sinne an die Allgemeinheit gerichtet zu haben, nach will dürfen, eines der allerersten Worte dieser Art. Eine „Denkschrift“ nennt der „Ständige Ausschuss“ für die bauliche Entwicklung Wiens des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereins die dem Umfange nach kleine, dem Inhalte nach aber außerordentlich wichtige Schrift, die unter dem Titel, der an der Spitze dieser Zeilen steht, und über Anregung eines Vortrages Müller-Guttenbrunn vor Kurzem der Öffentlichkeit übergeben hat. *) Es sind nicht weniger als vierzehn selbständige Fragen, die in dieser Schrift teils ausführlicher, teils nur ganz kurz beantwortet, bisweilen selbst nur aufgeworfen werden, aber das schmälert das Verdienst der Schrift keineswegs. Ist doch in gar manchem Falle das Stellen der Frage wichtiger, als deren Beantwortung, die sich ganz von selbst findet, sobald nur einmal Herzhaft gefragt worden ist. Also: Zu fragen, ob nicht dies und jenes anders, ganz anders sein könnte und sollte, als es bisher war und ist — darauf kommt es an und darauf kam es wohl auch den Verfassern unserer Schrift an. Nun denn, wer diese Schrift gelesen hat, ob Late oder Hochdeutsch, der wird sich selber sagen müssen, daß gar manches wirklich „nach dem Kriege“ wird anders werden müssen. Nach dem Kriege? Warum gerade nach dem Kriege? Einmal deshalb, weil der Krieg der große Reinemacher ist, der uns den Mut gibt, der Welt und den Dingen ins Auge zu sehen, der uns aber zugleich auch mit der Hoffnung erfüllt, daß das bisher unmöglich Erscheinende doch möglich ist, der

*) Vgl. das Österreichische Ingenieur- und Architektenvereins 1916.

uns lehrt, große und weitstehende Ziele mit der ganzen Zähigkeit zu verfolgen, die einer guten Sache würdig ist.

Gleich die zweite Abhandlung der Schrift ist ein Meisterstück mitten ins Schwarze: „Ueber die Reorganisation des Beamtenkörpers der Gemeinde Wien.“ Ihr Verfasser — man nennt und kennt ihn, er ist einer unserer begabtesten Techniker — bescheidet sich, wie man sieht, bloß von der Gemeinde Wien zu reden. Im Grunde aber reicht er mit seiner treffenden Kritik weit über diesen verhältnismäßig engen Kreis hinaus und trifft mit ihr das Wesen der gesamten Verwaltung. Der Kern seiner Ausführungen gießt in dem nur allzu wahren Vorwurf, daß der juristische Formalismus stets über die Sachlichkeit gestellt werden und so alle „Voraussetzungen der Sachlichkeit“ im Dilettantismus verkümmern müssen. „Außerhalb des rein juristischen Gebietes“, sagt der Verfasser, „haben die sachkundigen Beamten nicht bloß die sachliche Arbeit zu leisten, sondern sie müssen, um den sachkundigen Beamten, Beamten, Beamten und Entscheidungenden nur einigermaßen einen Einblick in das Wesen des Gegenstandes zu ermöglichen, ihre sachlichen Arbeiten noch mit umfangreichen, bis an den Ursprung der Dinge reichenden, möglichst vollständigen Begründungen und Belegungen versehen, ohne dabei die Gefahr des Mißverständnisses gänzlich vermeiden zu können. Einem sachkundigen Referenten gegenüber würden wenige Sätze genügen, während diese unzureichenden Unterweisungen im besten Falle nur Dilettantismus erzielen können.“ Vortrefflich! Ich erlaube mir der Meinung zu sein, daß diese goldenen Worte über der Spitze — nicht bloß des Magistrats, an den sie gerichtet sind, sondern sämtlicher Beamten des Landes in weithin leuchtenden Letztern verewigt werden sollten. Denn, wie der Verfasser sehr richtig fortfährt: „Schon aus rein menschlichen Gründen wird der sachkundige Referent oder Leiter mit seinen Aufträgen oder Entscheidungen zaudern und zögern, fort und fort „Bedenken“ entdecken, statt färbende Arbeit zu leisten. Den sachkundigen Leiter wird sich den Aufträgen des Sachkundigen leichter angeschlossen, wenn dieser auf anderwärts aus-

3. XII. 1916

97

verstorbenen Stadtrepräsentanten Stefan v. Róka einen warmen Nachruf widmete. An Stelle Róka's wurde das Ersatzmitglied Eduard Lúszig einberufen.

Die Direktion der Rimamurány-Salgótarjánner Eisenwerke u. s. hat zum Besten der Studentenmensa 3000 Kronen und die Steinbrucher Bürgerliche Bierbrauerei 5000 Kronen zum Besten der Steinbrucher Bibliothek gespendet. Den beiden Gesellschaften wurde Dank votiert.

In der Behner-Kommission für Volksverpflegung sind infolge der Abbanfung der Mitglieder Dr. Wilhelm Bássonvi und Dr. Georg Plattky zwei Mitgliedsstellen frei geworden; an Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder wurden Dr. Béla Feleki und Béla Perczel gewählt.

Es folgte sodann die Tagesordnung. Die beiden ersten Punkte: Erhöhung der Preise und Besteuerung des Verbrauchs von Gas und elektrischem Strom wurden zusammen verhandelt. Die Vorlagen referierte Magistratsrat Dr. Johann Bugáth.

An der Debatte nahm als erster Alexander Stern teil. Er bemerkte, daß der Magistrat die Vorlagen den interessierten Körperschaften wohl eingereicht, ihre Stellungnahme jedoch nicht berücksichtigt habe. Auch die Stadt Wien habe ein großes Defizit, doch fiel es ihr nicht ein, das Gas und den elektrischen Strom zu verteuern. Redner weist auf die wirtschaftlichen Nachteile dieses Mittels hin und bezeichnet die Vorlagen als antisozial und für die Industrie schädlich. Die Erhöhung der Preise sei angesichts der Erhöhung der Betriebskosten noch einigermaßen begründet, doch wünscht er, daß nach dem Kriege die bisherigen Preise wieder ins Leben gerufen werden. Zum Schlusse stellte der Redner mehrere im Interesse des Handels und der Industrie gelegene Anträge. Diese Anträge bezogen sich nur auf die Erhöhung der Preise von Gas und elektrischem Licht. Was die Steuervorlage betrifft, lehnt Redner die Vorlage ab; er beantragt, daß der Magistrat angewiesen werde, zur Deduktion des Defizits geeignete Steuern in Vorschlag zu bringen.

Raum zehn Stadtrepräsentanten hatten dem Redner einige Aufmerksamkeit geschenkt. Die meisten hatten den Beratungssaal mit einem Klublokal verwechselt und sich so laut und zwanglos unterhalten, daß die Worte des Redners von dem herrschenden Lärm verschlungen wurden.

Die allgemeine Teilnahmslosigkeit nahm während der Rede Josef v. Herczegs noch bedeutend zu. Der Redner war nicht imstande, sich verständlich zu machen, und selbst die wiederholten Bitten des Vorsitzenden, den Redner anzuhören, hatten keinen Erfolg. Doch Redner ließ sich dadurch in seinen Ausführungen nicht stören und redete — besser gesagt, verlas —, trotz des stetig zunehmenden Lärms, von den meisten der Anwesenden ungehört und unverständlich, seine Rede glücklich zu Ende. Er stellte den Antrag, daß die Steuervorlage von der Tagesordnung abgesetzt und der Magistrat angewiesen werde, zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes im kommunalen Haushalte ein solches Programm auszuarbeiten dessen Verwirklichung mit möglichst geringer Belastung der unbemittelten Klassen verbunden wäre.

Um 6 Uhr verkündete der Vorsitzende das Ergebnis der Abstimmung zur Besetzung der Stellen eines Oberphysikus, eines Oberphysikus-Stellvertreters und eines Magistratsnotärs. Es wurden insgesamt 187 Stimmen abgegeben; zum Oberphysikus wurde der bisherige Oberphysikus-Stellvertreter Dr. Alexander Szabó, zum Oberphysikus-Stellvertreter Physikus Dr. Johann Bégh (beide einstimmig), zum Magistratsnotär der Konzipist Dr. Albert Gömöry gewählt.

Nachdem die von einer Deputation eingeholten Neugewählten den Amtseid abgelegt hatten, wurden sie vom Bürgermeister in warmen Worten begrüßt. Im Namen der drei Beamten dankte Oberphysikus Dr. Alexander Szabó dem Bürgermeister für seine warmen Worte und der Generalversammlung für das in sie gesetzte Vertrauen.

Es wurde nun die abgebrochene Debatte über die beiden Vorlagen fortgesetzt.

Dr. Wilhelm Bássonvi bemerkt, daß die Hauptstadt nur unter dem Druck der Verhältnisse zu dem Mittel der Verteuerung des Gases und elektrischen Stromes greife; er billigt dieses Mittel nicht, doch ist es noch immer viel besser, als wenn man, wie in Wien, die Verkehrstarife verteuern würde. Es ist wohl wahr, daß man auch durch eine Steigerung der

Hauptstädtischer Munizipalausschuß.

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 20. Dezember.

Die Vorlagen über die Verteuerung des Gases und elektrischen Stromes, die in letzter Zeit nicht nur die kommunalen, sondern auch die verschiedenen interessierten kommerziellen und industriellen Körperschaften so sehr beschäftigt hatten, gelangten heute endlich vor den hauptstädtischen Munizipalausschuß. Es hatten sich nicht weniger als zehn Redner vormerken lassen, von denen jedoch heute nur vier ihren Standpunkt entwickeln konnten. Dies taten sie denn auch mit anerkennenswerter, der Wichtigkeit der Angelegenheit entsprechender Gründlichkeit, doch ihre Ausführungen begegneten leider nicht der Aufmerksamkeit, die die Sache verdient hätte. Nur die Rede Dr. Wilhelm Bássonvis — der freilich auch am meisten zu sagen hatte — bildete eine erfreuliche Ausnahme, und es läßt sich mit Bestimmtheit erwarten, daß seine mit treffenden Argumenten unterstützten, für die Interessen der weniger bemittelten Klassen eintretenden Anträge bei der morgigen Entscheidung auf die meisten Stimmen rechnen dürfen.

In der heutigen Generalversammlung wurde Oberphysikus-Stellvertreter Dr. Alexander Szabó für seine bisherigen vortrefflichen Dienste belohnt: der Munizipalausschuß wählte ihn einstimmig zum Oberphysikus; sein bisheriger Wirkungskreis wurde dem ebenfalls verdienstvollen Physikus Dr. Johann Bégh übertragen.

Die Generalversammlung eröffnete stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy, der zunächst beim

29./XII. 1916

MB

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 58. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom
18. Oktober 1916.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: die Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, die
Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner,
Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn,
Reumann und Skaret; ferner Ober-

Magistratsrat Dr. Mayr, Magistratsrat
Dr. Jambak, Magistrats-Sekretär Dr. Roß-
kopf und Marktamts-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung
und gibt die nachstehende Nachweisung über die bei der „Zentral-
stelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und
für die durch den Krieg in Not Geratenen“ im Rathause ein-
gelaufenen Spenden vom 18. Oktober 1916, sowie den nach-
stehenden Physischenbericht über die Zeit vom 12. bis 17. Oktober
1916 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 18. Oktober 1916.

E m p f a n g	B e t r a g		A u s g a b e	B e t r a g	
	K	h		K	h
S p e n d e n:					
Für allgemeine Zwecke:			Fortlaufende Unterstützungen	2,373.811	30
a) von verschiedenen Parteien	1) 4,042.451	34	Einmalige Unterstützungen	1,047.838	91
b) vom Kriegshilfsbureau	1,396.000	—	Auspeisung	7,956.105	89
Für Auspeisungszwecke:			Näh- und Strickstuben	2,064.971	40
a) von verschiedenen Parteien	2) 1,052.606	91	Subventionen	716.594	03
b) durch Erz. Gräfin Dienerth-Schmerling	3) 3,146.213	75	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	43.477	92
überdies in Wertpapieren 132.000 K			Noch nicht rückersetzte Verläge	31.724	94
(Nennwert).					
Für warmes Frühstück für arme Schul-					
kinder	185.275	86			
Für allgemeine und Auspeisungszwecke					
durch Erzellenz Frau Berta Weiskirchner	4,439.883	27			
als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion					
Zinsen der Wertpapiere	82.209	30			
Ersatz für von den Nähstuben geleistete					
Arbeiten	1,662.941	51			
Summe .	16,007.581	94	Summe .	14,234.524	39
Ab die Ausgaben .	14,234.524	39	Anmerkung:		
Daher noch verfügbar .	1,773.057	55	An laufenden Unterstützungen für 4139		
			Personen sind derzeit bewilligt pro		
			Monat	91.713 K 60 h	

Wien, am 18. Oktober 1916.

M ä n n h a l t e r m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

1) Darunter als Erlös für abgegebene 306.760 K 60 h nominale Wertpapiere 253.143 K 21 h
2) „ „ „ „ „ 5.800 „ — „ „ 4.425 „ — „
3) „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ 18.391 „ 55 „
334.836 K 60 h 275.959 K 76 h.

29./XII. 1916

II

Bismarck-Konferenz

M4

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung in der Zeit vom 12. bis 17. Oktober 1916.

In der Berichtszeit war bei der ohnehin sehr niedrigen Sterblichkeit noch eine Verminderung gegen die Vorwochen zu verzeichnen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in der 40. Jahreswoche 11·8 gegen 12·1 in der Vorwoche und 12·3 in der gleichen Woche des Vorjahres.

An Flecktyphus ist ein 22jähriges Mädchen aus Dornabatra und ein ebenso altes Mädchen im II. Bezirke erkrankt, welches jedoch schon vor drei Monaten samt ihren Eltern und Geschwistern aus Galizien nach Wien gekommen war. Nach den im Zuge befindlichen Erhebungen ist ihr Vater vor zirka vier Wochen mit heftigen Kopfschmerzen und Fieber erkrankt gewesen und es liegt die Annahme nahe, daß er den Flecktyphus überstanden hat, ohne daß die Erkrankung zur amtlichen Kenntnis gekommen wäre.

Die übrigen Infektionskrankheiten boten nichts Bemerkenswertes.

Hierauf wird die Beratung über die Schaffung einer Mehleinkaufskarte fortgesetzt.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß der Klub der christlich-sozialen Partei nach eingehender Debatte den Anträgen des Magistrates unter der Bedingung einmütig zugestimmt habe, daß von Seite der Regierung der Gemeinde das erforderliche Mehlsquantum zur Verfügung gestellt werde.

Gem.-Rat Dr. Hein gibt die Erklärung ab, daß der bürgerlich-freieitliche Verband die Vorschläge des Magistrates eingehendst geprüft und einstimmig beschlossen habe, denselben zuzustimmen.

Gem.-Rat Skaret erklärt namens der sozialdemokratischen Partei, daß er für das vorgelegte Projekt mit der Einschränkung stimme, daß seine Partei auf der direkten Dotierung des Kriegsverbandes und der Konsumvereine bestehe, die sich voll und ganz den Bestimmungen über die Einkaufskarte und der variablen Portionierung unterwerfen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt fest, daß sämtliche Parteien mit Ausnahme der Einschränkung des Gem.-Rates Skaret mit den Magistratsvorschlägen einverstanden seien. Es werde nun Sache der Regierung sein, zu entscheiden. Da nun eine Einigung unter den Parteien erzielt sei, sei es nicht mehr nötig, die Angelegenheit an den Gemeinderat zu bringen. Der Bürgermeister beauftragt den Magistratsreferenten, die Vorschläge der Regierung sofort vorzulegen.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob es richtig sei, daß die Regierung eine Rayonierung in ganz Österreich von staatswegen zur Durchführung bringen wolle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß ihm Authentisches hievon nicht bekannt sei.

Gem.-Rat Neumann bemerkt, daß er heute bei einer im Ernährungsamte stattgefundenen Sitzung erfahren habe, daß der Staat den Erfolg der Wiener Rayonierung abwarten wolle.

Hierauf wird in die Beratung über das von Magistratsrat Dr. Jambek in der letzten Sitzung erstattete Referat über die Schaffung einer behördlichen Lebensmittel-Zentralabgabestelle eingegangen.

Gem.-Rat Neumann führt aus, daß die Obmänner-Konferenz die Forderung aufgestellt habe, daß diese Zentralstelle der Gemeinde Wien eine Übersicht über jene Lebensmittel, die nach Wien gelangen und daselbst produziert werden, verschaffen und weiters ein Kontrollrecht haben solle. Die Kompetenz der Zentralstelle sei viel zu eng und lägen gegen dieselbe eine Reihe von Bedenken vor. Er stimme zu, daß diese Zentralstelle von der Gemeinde beschiedt werde.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß er, obgleich ihm die Lösung der Frage nicht zusage, für die Beschiedung der Zentralstelle durch die Gemeinde sei, daß er jedoch verlange, daß mehrere Vertreter der Gemeinde entsendet werden. Weiters verlange er, daß die Kompetenz dieser Kommission dahin erweitert werde, daß sie auch auf die Verteilung der Lebensmittel sich beziehende, bindende Beschlüsse fassen könne.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller stellt das Ersuchen, es möge auch ein Vertreter der Flüchtlingsfürsorge vom Bürgermeister in diese Kommission entsendet werden.

Gem.-Rat Steiner spricht sich ebenfalls für die Schaffung und Beschiedung dieser Kommission aus und schließt sich in der Kompetenzfrage den Ausführungen des Gem.-Rates Skaret an.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt einen speziellen Fall mit, aus dem deutlich die Notwendigkeit des Antrages des Gem.-Rates Skaret erhelle, daß die Kommission nicht bloß ein Kontroll-, sondern auch ein Verfügungsrecht haben müsse.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner faßt das Ergebnis der Debatte dahin zusammen, daß die Obmänner-Konferenz der Schaffung der Lebensmittel-Zentralabgabestelle zustimme, jedoch die Entsendung von drei Gemeindevertretern verlange und weiters fordere, daß sie nicht bloß die Übersicht über den Markt, sondern auch ein Kontroll- und Verfügungsrecht erhalte, und weiters auch ein Vertreter der Fürsorgestelle für Kriegsflüchtlinge in dieselbe entsendet werde.

Gem.-Rat Steiner bespricht hierauf die unhaltbaren Zustände auf dem Eiermarkte und führt aus, daß über Verfügung des Ministers des Innern die Eier durch die „Ovom“ an die Gemeinde übermittelt und von dieser an die Genossenschaft verteilt werden. Eine unter dem Voritze eines Vertreters des Marktammtes allwöchentlich stattfindende Interessenten-Sitzung bestimme den Preis für die nächste Woche. Doch halten sich die Genossenschaftsmitglieder vielfach nicht an denselben. Auch die Bestimmung, daß die Eier geputzt und sortiert verkauft werden müssen, werde nicht eingehalten. Ein Teil der Genossenschaftsmitglieder verkaufe die Eier, ohne sie auf den Markt gebracht zu haben. Bei den galizischen Eiern ergäbe sich ein Profit von 50 K bis 80 K per Kiste. Der Magistrat müsse in dieser Richtung Ordnung schaffen. Bei der herrschenden Eierknappheit gehe es nicht an, daß die „Ovom“ und die „Miles“ Eier im Kühlhause einlagern. Diese Anhäufungen sollten nicht geduldet werden. Es sollte vielmehr dieses Quantum dem Markte zugeführt werden. In Galizien sei ein Höchstpreis für Eier mit 10 h für das Stück festgesetzt worden; mit Rücksicht auf die hohen Futterpreise schlachten die Bauern ihre Hühner. Auch in dieser Frage müsse die Lebensmittel-Zentralabgabestelle eingreifen.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß auch er gehört habe, daß die Mitglieder der Eiergesellschaft den Markt nicht beschieden, sondern dieselben in einem Gasthause („Schwarzer Adler“) zum-

29./XII. 1916

III

Minimale Konfirmation

MS

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die dem Magistrat zugekommene Note von einer Rayonierung nichts enthält und die in den Tagesblättern bei der Konferenz aller Statthalter angeführte Empfehlung der Rayonierung für größere Städte eben eine Empfehlung zur Erwägung der Rayonierung durch die Statthalter und der eventuellen Verfügung derselben durch die Statthalter beinhaltet.

Weiters wird in dem vorliegenden Erlasse empfohlen, für den Fall, als genügend Fuhrwerk zur Verfügung steht, auch die Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel in Erwägung zu ziehen. Nachdem bekanntlich nicht genügend Fuhrwerk zur Verfügung steht, entfällt eben diese Erwägung. Übrigens hat bereits in der Obmänner-Konferenz vom 12. September 1916 Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, fahrbare Verkaufsläden seien aus sanitären Gründen undurchführbar; außerdem würde ihre Durchführung leicht zu Unzukömmlichkeiten führen.

Was in Holland ganz gut möglich ist, weil es dort sich als zweckmäßige und nützliche Vertriebsart herausgebildet hat, ist in Kriegszeiten noch lange nicht zur Durchführung in der Zweimillionen-Stadt Wien geeignet. Wie weit ein solcher Lebensmittelwagen zu Zeiten eines Lebensmittelmangels kommen und wie er bald aussehen würde, das können wir uns leicht denken. Übrigens erinnere ich, daß vordem in einzelnen Bezirken, hauptsächlich aber in kleineren Städten, Wagen mit Hühnern, der „Hendlframer“, der Korbwarenflechter, der Kalkbauer und auch der Gemüßewagen, keine ungewöhnliche Erscheinung waren. Diese Wagen sind eben nur dort notwendig, wo es nicht genügend feste Gewerbsleute gibt, welche die notwendigen Bedarfsartikel verschleifen. In Wien haben wir heute genügend Verschleißer, nur zu wenig notwendige Waren.

Weiters wird angeregt, den in der Presse gemachten Vorschlag: zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für den einzelnen Haushalt die Schulkinder zu verwenden, näher in Erwägung zu ziehen. Dieser Vorschlag ist in der „Neuen Freien Presse“ vom 16. September 1916 erschienen.

Der Vorschlag ist folgender:

Der Haushaltungs-Vorstand meldet bei der zunächst gelegenen städtischen Schule unter Abgabe des Geldes und der betreffenden Lebensmittellistenabschnitte — denn nur auf Lebensmittel, welche auf Karten zu haben sind, soll dieser Vorgang Anwendung finden — unter Bekanntgabe seines Namens und seiner Adresse seinen Bedarf an und bestellt gleichzeitig ein Schulkind zum bevollmächtigten Empfänger. Die Schulleitung stellt den Haushaltungen entsprechend die angeforderten Artikel zusammen und übergibt sie dem magistratischen Bezirksamte. Das magistratische Bezirksamt teilt sie den verschiedenen Verkäufern zu, und sind die Verkäufer verpflichtet, die Ware ordnungsgemäß paketierte, in die Schule abzuliefern. Der Lehrer stellt die Ware nach den Haushaltungen zusammen und übergibt sie dem betreffenden Schulkinde, welches die Ware dem Haushalte abgibt.

Nachdem es sich bei den durch Karten zur Verabfolgung gelangenden Lebensmitteln nicht um bedeutende Quantitäten für den einzelnen Haushalt handelt, sei ein Schulkind leicht imstande, die Beförderung der Ware in den Haushalt vorzunehmen.

Obwohl gegen diesen Vorschlag sich verschiedene Einwendungen erheben lassen, glaube ich doch, daß man denselben der Schulbehörde zur gutachtlichen Äußerung vorlegen könnte.

Schließlich stellt das Ministerium des Innern zur Erwägung, ob sich eine Abkürzung des Anstellens und eine Verminderung der Anzahl der bei den Lebensmittelgeschäften Angeammelten dadurch erzielen ließe, daß durch die zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesenden Wachleute erhoben würde, wie viel Portionen verfügbar sind, und sohin gleich zu Beginn der Ausgabe einen der Anzahl der Portionen entsprechende Menge von Nummern an die Angestellten verteilt würde, so daß diejenigen, welche keine Nummern mehr erhalten können, auch kein Interesse mehr haben, länger zu warten. Allerdings müßte diesen Abgewiesenen dann eine Vorzugsnummer für den nächsten Tag eingeräumt werden.

Diese Maßregel setzt voraus, daß jeder Angestellte ohne Rücksicht auf die Anzahl seiner Karten, beziehungsweise auf die Zahl seiner Haushaltungsmitglieder die gleiche Dosis verabreicht erhält, was tatsächlich oft geschieht. In solchen Fällen fragt schon jetzt meist der Wachmann den betreffenden Geschäftsinhaber nach der vorhandenen Menge, zählt die Beteiligungsmöglichen ab und gibt den anderen bekannt, daß sie nichts mehr erhalten können, worauf ein Teil derselben sich entfernt, ein Teil nicht. Die Abgabe von Nummern erscheint in einem solchen Falle zwecklos. Warum die anderen Angestellten Vorzugsnummern bekommen müssen, ist nicht recht einzusehen, im Gegenteil, es wird sich dann jeder hinten anstellen, um für den nächsten Tag eine Vorzugsnummer zu bekommen, ob er davon Gebrauch macht oder nicht. Vor dem planlosen Verteilen von Vorzugszetteln auf der Straße und an den Ansammlungsorten kann nur dringend gewarnt werden, da alle diese Maßnahmen nur zur Steigerung des Anstellens und nicht zur Hintanhaltung desselben beitragen würden.

Ich komme sohin zu folgendem Resultate:

1. Die Forderung der Regierung nach einer vorübergehenden Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten, in welchen die Angeammelten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden, muß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse als kaum durchführbar und bedenklich erklärt werden.

2. Der Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel kann wegen ungenügenden Fuhrwerkes und aus anderen triftigen Gründen nicht nähergetreten werden.

3. Der Vorschlag, zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für die einzelnen Haushaltungen Schulkinder zu verwenden, wäre dem k. k. Bezirksschulrate zur Begutachtung vorzulegen.

4. Die Polizei-Direktion sei zu ersuchen, daß die Wachleute behufs Abkürzung des Anstellens und Verminderung der Zahl der bei den Lebensmittelverkäufern Angeammelten dahin angeleitet werden, daß sie die Geschäftsinhaber befragen, wie groß der vorhandene Vorrat ist, und bei gleicher Dosierung desselben für jeden Angestellten gleich aufmerksam darauf machen, daß nur bis zu einer bestimmten Reihe der Angestellten Ware vorhanden ist und die übrigen sich daher entfernen wollen, um irgendwo anders eventuell ihren Bedarf decken zu können.

Ich glaube, daß durch die sich immer mehr ausbreitende Lebensmittelabgabe an Konsumentenorganisationen, sowie durch